Thema der Woche: Nach der Europawahl
Niederlage für die Ampel-Parteien

FLUCHT NACH VORN
Frankreichs Präsident Macron löst die Nationalversammlung auf **SEITE 4**

BLICK ZURÜCK
Vor 50 Jahren eröffnete Bonn die Ständige Vertretung in Ost-Berlin **SEITE 9**

Das Parlament

Berlin, 15. Juni 2024 | www.das-parlament.de | 74. Jahrgang | Nr. 25-26 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

An Versprechen erinnert

Evelyn Zupke Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag hat den Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SPD aus dem Jahr 2021 ganz genau gelesen – und erinnert die Ampel nun an ihre Versprechen für die SED-Opfer. In ihrem Jahresbericht 2024 kritisiert die 62-Jährige, dass die Vorschläge aus dem Justizministerium zur Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze hinter den Ankündigungen der Ampel zurückbleiben. Insbesondere vermisst die SED-Opferbeauftragte Erleichterungen bei der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Das gelingt Betroffenen nämlich meistens nicht. Auch die prekäre soziale Lage der SED-Opfer will sie noch verbessert sehen. *scr*

© picture-alliance/dpa

ZAHL DER WOCHE

330

Euro beträgt die SED-Opferrente aktuell. Einen Anspruch haben Haftopfer des SED-Regimes in schwieriger wirtschaftlicher Lage. Der Betrag soll nach Ampel-Plänen dynamisiert werden, Opferbeauftragte Zupke schlägt zudem eine Erhöhung vor.

ZITAT DER WOCHE

»Eine einzige Enttäuschung und ein Manifest der Ratlosigkeit«

Dieter Dombrowski, Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, über den Referentenentwurf aus dem Justizministerium

IN DIESER WOCHE

EUROPA UND DIE WELT
Ukraine Wolodymyr Selenskyjs Rede im Bundestag im Wortlaut **Seite 5**

INNENPOLITIK
Bildung Koalition ringt sich zur Erhöhung der BAföG-Sätze durch **Seite 7**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Energie Union dringt auf Untersuchungsausschuss zu AKW-Abschaltungen **Seite 10**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Postgesetz Mehr Zeit für die Zustellung von Briefen **Seite 11**

MIT DER BEILAGE

Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf

Woche der Entscheidungen

UKRAINE Präsident Selenskyj beschwört die Einheit im Abwehrkampf gegen Russlands Krieg

Eine Wiederaufbaukonferenz in Berlin, das G7-Treffen in Italien und der Friedensgipfel in der Schweiz: Für die Ukraine ist es eine weitere Woche der Entscheidungen. Immer noch wehrt sich das Land gegen den Großangriff, den Russlands Präsident Wladimir Putin am 24. Februar 2022 ins Rollen gebracht hat.
Beim Auftakt in Berlin rief der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Verbündeten seines Landes dazu auf, den russischen Angriffskrieg gemeinsam erfolgreich zu beenden. Man dürfe Russland nicht einen weiteren Marsch durch Europa erlauben, sagte er am Dienstag während einer Sondersitzung des Bundestages. „Es ist unser gemeinsames Interesse, dass Putin persönlich verliert." Der ukrainische Präsident wurde im Plenum mit langanhaltendem Beifall begrüßt. An der Sondersitzung nahmen auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit seinem Kabinett und Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig (SPD) teil.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas im Bundestag © picture-alliance/dts-Agentur

Stacheldraht Selenskyj gab ein Versprechen ab. „Wir werden diesen Krieg nicht vererben." Er müsse aber so beendet werden, dass kein Zweifel bestehe, wer gesiegt habe. Kein Land solle dazu verurteilt werden, durch Stacheldraht geteilt zu sein. Selenskyj formulierte damit die Botschaft, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer den Verlust der von Russland besetzten Gebiete und eine Teilung des Landes als Preis für einen Frieden nicht hinnehmen wollen. Er setzte ein weiteres Zeichen, eines der Zuversicht: Der russische Präsident Putin werde nicht ewig bleiben. Auch an die Überwindung der Mauer in Berlin habe kurz vor ihrem Fall niemand geglaubt. „Es gibt keine Mauern, die nicht fallen", sagte Selenskyj.
Der ukrainische Präsident bedankte sich bei Deutschland für die Unterstützung seines Landes. Er nannte vor allem die Lieferung von „Patriot"-Flugabwehrsystemen. Diese hätten Tausende Menschenleben gerettet. Er ging auch auf die Ukraine-Friedenskonferenz am Wochenende in der Schweiz ein. „Wir wollen der Diplomatie eine Chance geben", sagte er. Die Ukraine habe niemals nur auf die Stärke der Waffen gesetzt. Russland aber müsse für die Entfesselung des Krieges die volle Verantwortung übernehmen.
Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hatte zu Beginn der Sondersitzung der Ukraine die Solidarität des deutschen Parlaments versichert „in Kriegszeiten und beim Wiederaufbau", wie sie betonte. „Ich bin sicher, die russischen Kriegsverbrechen werden geahndet", sagt die SPD-Politikerin.

Selenskyjs Rede fern blieben der größte Teil der AfD-Abgeordneten und alle Vertreter des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Dafür gab es am Folgetag in einer Aktuellen Stunde zu den Ergebnissen der Wiederaufbaukonferenz harsche Kritik. „Sie beschmutzen das Ansehen Deutschlands", sagte Knut Abraham (CDU). Nie sei klarer geworden, wer die „Kollaborateure des Kriegsherrn in Moskau sind". Die AfD-Spitze hatte Selenskyj als „Kriegs- und Bettelpräsident" bezeichnet, das Bündnis Sahra Wagenknecht hatte ihm eine „offene Eskalation des Krieges" vorgeworfen. Abraham ging auch mit der Bundesregierung ins Gericht. Die Wiederaufbaukonferenz sei das richtige Signal. Allerdings hinke das Ansehen Deutschlands in der Ukraine und in Osteuropa dem tatsächlichen deutschen Engagement hinterher und das habe mit der Bundesregierung zu tun: „Es ist immer ein Zögern, ein Wackeln, ein Dann-letztlich-in-die-richtige-Richtung-Kippen, irgendwie kraft- und führungslos."

> **»Es ist unser gemeinsames Interesse, dass Putin persönlich verliert.«**
> *Wolodomyr Selenskyj, Präsident der Ukraine*

Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) machte deutlich, dass die Ukraine neben Waffen auch eine starke Gesellschaft und Wirtschaft brauche, „um diesen Krieg zu bestehen und das Land wieder aufzubauen". Schulze hob die Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen und Hilfe bei der Fachkräfteausbildung hervor. Man konzentriere sich verstärkt auf die Frauen. „Sie sind im Moment diejenigen, die den Alltag mit ihren Familien, in den Betrieben, in den Krankenhäusern am Laufen halten, weil so viele Männer gezwungen sind, an der Front zu kämpfen."
Deborah Düring (Grüne) ging auf verbreitete Sorge vor einer Eskalation des Krieges und den Wunsch nach Frieden ein. Dennoch sei es richtig, die Ukraine auch militärisch zu unterstützen, „damit sie sich selbst verteidigen kann". Einem Aggressor, der mit massiver Gewalt versuche, Grenzen zu verschieben, könne man leider nur militärisch begegnen. „Der Kriegstreiber ist Putin. Er kann diesen Krieg sofort beenden. Er tut es aber nicht."
Matthias Moosdorf (AfD) warnte vor einer Beteiligung von Nato-Soldaten in der Ukraine. „Das ist der Weg in den Krieg." Milliarden von Euro, Hundertausende Tote, Leid und Zerstörung hätten nur dazu geführt, dass die Verhandlungsposition der Ukraine heute schlechter sei als jemals zuvor. Hätte man bei den Verhandlungen im Frühjahr 2022 in Istanbul „die Gemeinsamkeit betont und nicht die Unterschiede, bräuchten wir keine Wiederaufbaukonferenz." Dann hätte sich etablieren lassen, was in diesem Konflikt verfehlt worden sei: „Gegenseitige Sicherheitsgarantien und Koexistenz."

Systemwettbewerb Christoph Hoffmann (FDP) lobte unter anderem unbürokratische Hilfen deutscher Kommunen für das überfallene Land und betonte die Bedeutung staatlicher Garantien zur Mobilisierung von privatem Kapital für den Wiederaufbau. „Wir müssen viel, viel schneller werden in allen Entscheidungen, in allen Hilfen", sagte Hoffmann. Dieser Krieg sei zu einem Systemwettbewerb geworden. „Zeigen wir doch Putin, dass der Westen weit mehr erfinden kann, schneller sein kann als ein korrumpiertes, mafiöses System." (Siehe auch die Seiten 4 und 5) *Alexander Heinrich*

EDITORIAL

Der feine Zwirn

VON CHRISTIAN ZENTNER

Der Gang ins Plenum zu Debatten und Reden ist im Bundestag nicht verpflichtend. Oft gibt es gute Gründe für Abgeordnete, etwas anderes zu machen. Redenschreiben, Gesetzesarbeit, Besucher empfangen, Anfragen beantworten, und vermutlich hat man auch manchmal einfach keine Lust. Eine neue Begründung lieferte nun die AfD, als sie neben dem BSW beschloss, der Rede des ukrainischen Präsidenten im Bundestag nicht zuzuhören. Seine Amtszeit sei abgelaufen, er sei ein Kriegspräsident und - überspitzt wiedergegeben - statt Anzug trage er „Tarnanzug".
Verfangen sollte dabei wohl nicht der Kleidungshinweis, sondern der auf Selenskyjs Amtszeit. Das ist eine Erzählung, die auch der Kreml bemüht. Offen lässt sie, ob denn Wahlen in der Ukraine derzeit möglich wären. Dass Selenskyjs Amtszeit in Friedenszeiten Mitte Mai ausgelaufen wäre, ist auch in der Ukraine jedem klar, das Land ist ein demokratischer Rechtsstaat. Doch nicht einmal die Opposition dort sieht die Möglichkeit für freie und faire Wahlen, wenn gleichzeitig fast ein Fünftel des Staatsgebietes besetzt ist, viele Millionen unter russischer Besatzung leben oder geflohen sind und hunderttausende ukrainische Soldaten in Schützengräben ausharren. Zur Erinnerung: Die Ukraine wehrt sich gegen den Angriff seines russischen Nachbarn.
Wer seiner Rede (Seite 5) fernblieb, verpasste einen Präsidenten, der im Bundestag, wenn auch nicht im feinen Zwirn, das Wort Frieden gleich elfmal benutzte. Dabei machte Selenskyj mit Blick auf die von Russland besetzten Gebiete aber auch klar, dass die Menschen in seinem Land keine Mauer akzeptieren können, die ihr Land zerteilt. Wo könnte man dies besser verstehen als in Deutschland?
Mauern wirken lange nach. 34 Jahre nach der Wiedervereinigung lässt sich der ehemalige Mauerverlauf in Deutschland mit einem Blick auf die Karte der Europawahlergebnisse (Seite 3) jetzt wieder ablesen. Im Westen dominiert die Union, im Osten die AfD. Die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP erreichten bei dieser bundesweiten Wahl nirgendwo im Land eine Mehrheit. Ihr Los teilt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der die Europwahl ebenfalls verlor. Seine Konsequenz: Neuwahlen des französischen Parlamentes (Seite 4). So mancher Abgeordneter wird sich dort jetzt wünschen, noch öfter zu einer Debatte ins Parlament gehen zu dürfen.

Vermittlungsausschuss löst Blockaden

EINIGUNGEN ERZIELT Onlinezugangsgesetz und andere umstrittene Vorhaben passieren Bundestag und Bundesrat

Vertreter von Bundestag und Bundesrat haben im Vermittlungsausschuss am Mittwoch nach teils monatelangen Verhandlungen Durchbrüche bei mehreren gewichtigen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung erzielt. Am Freitag passierten die Beschlussempfehlungen das Parlament und die Länderkammer.

Onlinezugangsgesetz Mit dem Onlinezugangsgesetz erhofft sich die Bundesregierung, den Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern zu beschleunigen. Das ist bereits seit Jahren der Plan, die Umsetzung verläuft allerdings schleppend. Gegenstand der Einigung im Vermittlungsausschuss (20/11790) waren die weitere Nutzung des Elster-Softwarezertifikats. Ferner wird der Übergang zu einem zentralen Nutzerkonto, das bisher als BundID firmierte, künftig aber DeutschlandID heißen soll, zeitlich weiter flexibilisiert.

Bundesschienenwegeausbau Mit dem Gesetz sollen die Investitionen in die Schiene neu geregelt werden. Der Einigungsvorschlag (20/11780) betrifft den Umfang von Sanierungsmaßnahmen am Schienennetz und die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern. Demnach soll das Konzept der Sanierung von besonders stark frequentieren Trassen nicht zulasten anderer Ausbau- und Neubauvorhaben, Digitalisierungsprojekte und der Sanierung anderer Strecken gehen. Der Kompromiss stellt klar, dass neben den Hochleistungskorridoren auch in das übrige Schienennetz investiert wird.

Die Investitionen in die Schiene sollen steigen. Für ein entsprechendes Gesetzesvorhaben gaben Bundestag und Bundesrat nun grünes Licht. © picture alliance / dpa | Matthias Balk

Straßenverkehrsordnung Mit dem Zehnten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes will die Bundesregierung Kommunen ermöglichen, vor Ort beim Einrichten von Busspuren, Tempo-30-Zonen und dem Anwohnerparken flexibler agieren zu können. Mit der im Vermittlungsausschuss erzielten Einigung (20/11800) wird nun klargestellt, dass entsprechende Anordnungen die Sicherheit des Verkehrs nicht beeinträchtigen dürfen.

Videokonferenztechnik Ebenfalls verabschiedet wurde das Gesetz zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten. Danach sollen mündliche Verhandlungen auch per Videokonferenz durchgeführt werden können. Mit der im Vermittlungsausschuss erzielten Einigung (20/11770) werden die Kriterien dafür nun genauer definiert. Liegen diese Voraussetzungen vor, kann der Vorsitzende Richter den Prozessparteien und ihren Vertretern die Videoverhandlung sowohl gestatten als auch anordnen. *scr*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

GASTKOMMENTARE

ABKEHR VOM GREEN DEAL?

Berechtigte Kritik

PRO

© Handelsblatt/Max Brugger

Markus Fasse, »Handelsblatt«, Düsseldorf

Das hochindustrialisierte Europa soll als erster Kontinent der Welt klimaneutral werden. Das ist der Kern des Green Deals, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor fünf Jahren initiiert hat. Es ist ein richtiges Ziel. Nur durch konsequente Dekarbonisierung der Wirtschaft kann der Klimawandel gemildert werden.

Doch nach der Europawahl fordert die Industrie ein Umsteuern in der Klimapolitik. Die Ziele seien zu ehrgeizig, die Vorgaben zu starr, kritisieren vor allem Logistik-, Luftfahrt-, Auto- und Chemieindustrie. Man könnte das als übliches Lamentieren der Industrie abtun, die sich lästiger Vorschriften entledigen will. Vieles an der Kritik ist jedoch berechtigt. Lufthansa-Chef Carsten Spohr ärgert sich über teure E-Fuels, während Golf-Airlines mit billigem Sprit fliegen. BMW-Chef Oliver Zipse warnt vor der Abhängigkeit von China bei Batterierohstoffen. Ex-BASF-Chef Martin Brudermüller kritisiert, dass die EU Chemikalien verbietet, die für die Energiewende nötig sind. Der EU-Rechnungshof betont in einem Bericht, Europa dürfe bei seinem Klimaschutz-Ehrgeiz nicht die industrielle Souveränität aufs Spiel setzen.

Der Green Deal darf kein Diktat sein, sondern muss ein Konsens zwischen Politik, Industrie und Verbrauchern werden. Die Politik soll einen Rahmen schaffen, in dem die Industrie profitabel arbeitet und Verbraucher klimaschonende Produkte nutzen können. Das funktioniert nur, wenn die Industrie weiter in Europa investiert. Die Einigkeit aller demokratischen Kräfte über die Populisten hinweg ist die wichtigste Ressource für wirksamen Klimaschutz und darf nicht verspielt werden. Deshalb ist es richtig, den Green Deal nach der Europawahl auf eine neue Grundlage zu stellen.

Nicht zurückfallen

CONTRA

© Tagesspiegel/Assmann

Anja Wehler-Schöck, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Das Geunke um die Zukunft des Green Deals ist so alt wie das Klimapaket selbst. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sei damit zu weit gegangen, habe viele Menschen überfordert, ihre Sorge vor einem Wohlstandsverlust nicht ernst genommen, lauteten manche Vorwürfe. Nicht nur aus dem rechten Spektrum, sondern auch aus ihrer eigenen Fraktion, der Europäischen Volkspartei. Nun ist der befürchtete Rechtsruck bei den Europawahlen eingetreten. Viele der erstarkten Rechtsparteien sind gegenüber klimapolitischen Vorhaben wie dem Green Deal skeptisch bis feindselig eingestellt. Sie werden nicht nur im Europäischen Parlament ein größeres Gewicht haben, sondern auch im Rat. Denn in etlichen EU-Mitgliedstaaten sind rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien derzeit zumindest an der Regierung beteiligt. Und dennoch: Für eine Rücknahme des Green Deal gibt es auch unter den neuen Bedingungen keine Mehrheit. Zwar wird Ursula von der Leyen Zugeständnisse machen müssen. Nicht nur auf ihrem Weg zu einer zweiten Amtszeit an der Spitze der EU-Kommission. Auch um für ihre Vorhaben immer wieder aufs Neue Mehrheiten zu finden. Doch an ihr liegt es nun, dafür zu sorgen, dass der Green Deal dabei nicht verwässert wird.

Als „Mondlandung" bezeichnete sie 2019 den Green Deal. Das ist ihr Klimapaket keineswegs. Eher ein erster Schritt, um die Zukunft unseres Planeten für kommende Generationen sichern. Dahinter darf die EU nicht zurückfallen. Die sich häufenden Extremwetterereignisse bieten einen Vorgeschmack auf das, was uns in den kommenden Jahrzehnten erwarten wird, wenn konsequenter Klimaschutz nicht bald politischer Konsens wird.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 5
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

»Keine Hängepartie«

MANFRED WEBER Der EVP-Vorsitzende fordert schnell Klarheit für die erneute Wahl von Ursula von der Leyen zur EU-Kommissionspräsidentin

© picture-alliance/Anadolu/Dursun Aydemir

Herr Weber, lastet nach diesem Europawahlergebnis mehr Verantwortung auf der EVP?
CDU, CSU und EVP haben von den Wählerinnen und Wählern viel Vertrauen bekommen. Viel Vertrauen bedeutet aber natürlich auch viel Verantwortung für Europa, für den Zusammenhalt, für die Zukunft. Dessen sind wir uns bewusst.

Die EVP konnte aber nicht verhindern, dass die demokratische Mitte bei der Wahl insgesamt verloren hat. Hätte sie den Zulauf zu den Rechtspopulisten noch stärker bremsen können?
Die EVP ist die einzige politische Kraft der demokratischen Mitte, die an Mandaten sogar zugelegt hat. Das ist in dieser herausfordernden Zeit nicht selbstverständlich. Es gibt Länder, in denen Radikale zugelegt haben, in anderen Ländern haben sie verloren. Klar ist nach dieser Wahl: Die einzige politische Kraft, die den Zulauf für die Radikalen stoppen kann, ist die EVP. Auf Deutschland übersetzt bedeutet dies: CDU und CSU sind das Bollwerk gegen die Extremen und Nationalisten, wie die AfD.

Trotzdem gibt es europaweit den Zulauf zu radikalen Kräften. Das kann Sie doch nicht zufrieden stellen?
Es scheint mir ein Grundproblem der Ampel-Parteien in Deutschland zu sein, dass sie zu sehr ihrer politischen, teils ideologischen Agenda folgen und zu wenig auf das hören, was die Menschen umtreibt. Deshalb haben sich die Leute von der Ampel abgewendet. Und das ist in der EU mit den Brüsseler Ampel-Parteien, also dem linken Spektrum dort, ganz ähnlich. Wir werden Populismus und Radikalismus nur dann stoppen können, wenn wir die Sorgen aufgreifen und die Probleme lösen. Darauf muss der Fokus liegen und deshalb ist es notwendig, dass die Politik in der EU bürgerlicher wird..

Das Bild einer EU, die an den Menschen vorbei agiert, beispielsweise auch durch den Green Deal von Ursula von der Leyen, propagieren die Rechtspopulisten in Europa. Werden Sie jetzt vielleicht Fratelli d'Italia benötigen, um Ihre Spitzenkandidatin erneut zur EU-Kommissionspräsidentin wählen zu lassen?
Die politische Mitte mag durch die Verluste anderer Parteien vielleicht geschwächt sein, aber sie ist stark genug, um Europa auf Kurs zu halten. Das liegt vor allem daran, dass die EVP eine bürgerliche Politik aus der Mitte heraus durchsetzen wird. Wir werden – und das wiederhole ich gebetsmühlenartig – mit allen demokratischen Kräften in Europa sprechen, natürlich sind wir schon jetzt mit Sozialdemokraten und Liberalen im Kontakt. Wir sind offen für Gespräche mit all denen, die konstruktiv für Europa mitarbeiten wollen.

Ein Dementi ist das nicht...
Nochmal: Wir sprechen derzeit mit den Sozialdemokraten und Liberalen. Es ist jetzt der Europäische Rat am Zug mit der Nominierung der Kandidatin.

Auch im Rat könnte es dazu kommen, dass Italien die Personalie von der Leyen unterstützt.
Ich gehe davon aus, dass Ursula von der Leyen im Europäischen Rat eine breite Zustimmung bekommen wird. Europa kann sich in herausfordernden Zeiten wie diesen keine Hängepartien leisten.

Auf wen können Sie sich im Rat neben den 13 Staats- und Regierungschefs der EVP denn verlassen? Ohne Deutschland und Frankreich wäre ein Vorschlag doch kaum denkbar.
Es gehört zur guten demokratischen Tradition, dass die Kandidatin des Wahlgewinners nominiert wird. Diese Erwartungshaltung haben wir an Bundeskanzler Olaf Scholz, auch als Vertreter der Sozialdemokraten, und an Präsident Emmanuel Macron als Liberalen.

Dann wartet noch die Bestätigung im EU-Parlament. Dort sind wir wieder bei Ihrer Verantwortung als Wahlsieger. Gemeinsam mit Sozialdemokraten und Liberalen gäbe es eine solide Mehrheit. Was tun Sie, damit es zu dieser pro europäischen Mehrheit kommen kann? Appelle alleine werden es kaum richten?
Sozialdemokraten und Liberale haben der EVP und mir als Wahlgewinner 2019 die Unterstützung verweigert. Das darf nicht mehr passieren. Man kann nicht immer von Demokratie reden, und wenn es dann darauf ankommt, wird taktiert. Ich gehe davon aus, dass wir einen Weg gemeinsam finden werden.

Das hört sich so an, als ob Sie die Vorgänge nach der Europawahl 2019 noch nicht vergessen hätten? Damals traten Sie als Spitzenkandidat an, gewannen die Wahl und am Ende schlug der Rat überraschend Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin vor.
2019 ist ein großer Schaden für die europäische Demokratie entstanden. Aber jetzt geht es um die Zukunft. Und da sollten wir sehr sensibel mit der Frage umgehen, welches Signal wir den Wählerinnen und Wählern geben.

Da wären wir wieder beim Appell. Einen solchen gab es diese Woche auch im Deutschen Bundestag vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Sie hatten Selenskyj zu Jahresbeginn in Kiew getroffen...
Die Situation der Ukraine macht uns bewusst, dass wir in außergewöhnlichen Zeiten leben. Es herrscht Krieg in Teilen Europas, der uns ganz unmittelbar betrifft. Der russische Aggressor bedroht uns direkt und bekämpft uns hybrid in vielfältiger Weise. Putins Ziel ist, die Demokratien zu schwächen und zu spalten, er hat Angst vor der Idee der Freiheit. Präsident Selenskyj erinnert uns zu Recht an diesen fundamentalen Kampf, den die Ukraine um ihre Freiheit und unsere Werte führt. Wir haben die moralische und faktische Pflicht, sie dabei zu unterstützen, wo es nur geht. Dafür braucht es europäische Einheit und Stärke.

Die Unterstützung der Ukraine wird inhaltlich eine der entscheidenden Fragen im neuen EU-Parlament sein. Deutschland schickt nun mit dem BSW eine weitere Partei, die diese Unterstützung kritisch sieht, die Partei erhielt auf Anhieb einigen Zuspruch. Stehen die Menschen in Europa weiter an der Seite der Ukraine?
Davon bin ich überzeugt und das wird sich auch nicht grundlegend ändern. Das europäische Lebensmodell, der European Way of Life, ist sehr, sehr wertvoll und ich bin mir sicher, dass die Europäerinnen und Europäer dies schätzen. Deshalb sind sie bei aller Herausforderung auch dazu bereit, einen Preis für diese Werte zu bezahlen und der ist im Moment vor allem die Unterstützung für die Ukraine.

In Sachen EU-Beitritt meldete die Kommission kurz vor der Europawahl, dass die Ukraine alle Auflagen für Aufnahmegespräche erfüllt habe. Werden damit die Beitrittsgespräche in dieser Wahlperiode beginnen, trotz des Krieges?
Die Ukraine braucht eine europäische Perspektive. Die Menschen dort kämpfen darum, dass sie Teil Europas sein und dies selbständig entscheiden können. Die Ukraine hat einen aufwendigen Weg bis zur EU-Mitgliedschaft vor sich und muss dafür die Beitrittskriterien erfüllen. Wichtig ist mir, dass die Beitrittsperspektive real ist. Die tapferen Ukrainerinnen und Ukrainer dürfen nicht auf den St. Nimmerleinstag vertröstet werden.

Das Gespräch führte Christian Zentner

Manfred Weber (51) ist Partei- und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP). Dem Europäischen Parlament gehört er seit 2004 an. Weber ist auch Stellvertretender Parteivorsitzender der CSU.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Ordnende: Robin Wagener

Es ist einer dieser Tage. Robin Wagener sitzt allein im Abgeordnetenrestaurant, schaut kurz nach rechts auf den Plenarsaal und fragt: „Ist wirklich erst Mittwoch?" Viel los gewesen, in diesen Sitzungstagen. Da war die Ukraine-Wiederaufbau-Konferenz, ein Parlamentarischer Abend mit dem Yalta European Strategy-Netzwerk – und eine Lesung von Briefen, die belarussische Frauen aus dem Gefängnis heraus schrieben, „das ging sehr nah", sagt Wagener. Und dann war da noch der Auftritt des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi vor den Bundestagsabgeordneten, dem die Abgeordneten des BSW und die der AfD mehrheitlich fernblieben. „Es ist eine Schande, dem Präsidenten eines angegriffenen Landes nicht zuzuhören", sagt Wagener. „Das zeigt, wie wenig sie sich für Verhandlungen interessieren, wenn sie einfach wegbleiben."

Doch AfD und BSW erscheinen in dieser Woche nach der Europawahl als Gewinner, während die Grünen arg gebeutelt wurden, und Wagener, Abgeordneter der Grünen aus Lippe, muss die Ergebnisse erstmal verdauen. „All diese Krisen wie der Ukraine-Krieg oder der Klimawandel verunsichern die Menschen, das verstehe ich total. Da wird dann viel vereinfacht, nur ist das keine Lösung." Und was heißt das für seine Partei? „Es bleibt unsere Aufgabe, Probleme anzugehen und nicht wegzureden." Ein Hauch von Müdigkeit umspielt seine Augen.

Man kann nicht sagen, dass sich Wagener bisher im Leben oft wegduckte, dafür mischte er immer reichlich mit. In der Jugend begann er sich im Roten Kreuz zu engagieren, arbeitete in verschiedenen Gremien vom Ortsvereinsvorsitzenden bis zum Bundesleiter des Jugendrotkreuzes. Er ist Trainer für Karate und Laienprediger in der lutherischen Kirche. Und er saß für die Grünen zwischen 2002 und 2013 sowie zwischen 2020 und 2023 im Stadtrat Bad Salzuflens. Der Sohn einer Psychologin und eines Pfarrers, beide selbst bei den Grünen aktiv, studierte Jura und ist Richter in der Sozialgerichtsbarkeit. Seit 2021, dem Jahr seines Einzugs über die Landesliste in den Bundestag, ruht sein Amt.

© MdB Wagener/L. Gerke

»Man kann in Deutschland ziemlich gut leben. Das ist das Ergebnis von Jahrzehnten voller Kompromisse.«

Wie kommt man dazu, in seinem Leben so viel Institutionelles zu haben? „Ich bin schon vereinsgeprägt", sagt er, „fand es immer schön, vielfältige Sachen zu machen". Ordnung und Satzung seien Dinge, die die Schwachen schützten. „Man handelt mit ihnen aus, wie man miteinander redet." Selbstredend, dass Wagener im Bundestag gleich in zwei Ausschüssen sitzt: im Auswärtigen und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union; im Verteidigungsausschuss ist er stellvertretendes Mitglied, ferner fungiert Wagener als Leiter der deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und als Koordinator im Auswärtigen Amt für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit dem südlichen Kaukasus, der Republik Moldau und Zentralasien. Durch all diese Engagements zieht sich ein roter Faden. Demokratie und Freiheit sieht er von autokratischen Tendenzen bedroht, in Deutschland und anderswo. Schon vor Jahren arbeitete er beim grünen Landesverband in NRW zu Extremismus. Beim Roten Kreuz berührte ihn das humanitäre Völkerrecht, und die Organisationsleitsprüche „Inmitten der Waffen Menschlichkeit" sowie „Durch Menschlichkeit zum Frieden" – „die sind mir zu einem Kompass geworden".

Wenn Wagener redet, und er redet meist schnell, drückt er den Rücken gerade. In ihm steckt etwas Bestimmtes. Sein Eintritt bei den Grünen zum Beispiel führt er mitunter auf deren Haltung zum Klimawandel zurück: „Es geht eben um die Existenzmöglichkeit unserer Spezies." Nur wenn er über die amtierende Ampel-Koalition spricht, schleicht sich Ungefähres ein. „Die Debatten zwischen uns drei Parteien sind ermüdend", sagt er über das Zusammenspiel von SPD, Grünen und FDP. „Aber dieses Ringen bleibt ein Wesen der Demokratie." Kompromisse, schiebt er nach, würden allzu schlecht geredet. „Dabei kann man in Deutschland ziemlich gut leben. Das ist das Ergebnis von Jahrzehnten voller Kompromisse." Das ist dann am Ende resoluter, als es im ersten Moment klingt.

Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brüßler (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (mis)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
14. Juni 2024

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament" wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS
Wir vermeiden CO_2 durch den Versand mit der Deutschen Post

Die EVP gewinnt bei den Europawahlen 2024 deutlich. Ursula von der Leyen (Bildmitte) kann auf eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin hoffen. © picture-alliance/AP/Andreea Alexandru

Die Mitte bleibt stabil

EUROPAWAHLEN EVP siegt, Rechte legen zu, Grüne und Liberale verlieren, S&D leichte Verluste

Die Europawahlen haben an der Machtverteilung im Europäischen Parlament nicht spektakulär viel verändert. Doch hinter dem Gesamtergebnis verbergen sich Erdrutsch-Resultate in wichtigen EU-Staaten, die das vereinte Europa nachhaltig beunruhigen: Rechtsaußen-Parteien sind in Frankreich, Österreich, Italien und Ungarn stärkste Kraft geworden, in Frankreich rief Präsident Emmanuel Macron deshalb Neuwahlen aus (siehe Seite 4). Unterm Strich jedoch hat die christdemokratische Parteienfamilie der EVP einen deutlichen Sieg eingefahren, auch in Deutschland liegt sie klar vorn. Ob dieser Erfolg auch für die Wiederwahl von Kommissionspräsidentin Ursula von Leyen (CDU) reicht, ist noch nicht sicher.

Im Europaparlament konnte die Europäische Volkspartei (EVP), der auch CDU und CSU angehören, ihre Position als stärkste Kraft noch ausbauen und stellt nun 189 der 720 Abgeordneten. Zweitstärkste Kraft bleiben die Sozialdemokraten (S&D), die mit leichtem Verlust auf 135 Mandate kommen. Größere Einbußen verzeichnen die Liberalen (Renew) mit 79 Sitzen und die Grünen mit 53 Sitzen, auf die Linke entfallen 36 Mandate. Die Mitte steht damit weiter solide: EVP, S&D und Liberale, die im Parlament bislang als loses Bündnis zusammengearbeitet haben, hätten noch eine klare Mehrheit von 403 Sitzen. Wie erwartet legten die Rechtsaußen-Parteien zu: Das relativ gemäßigte Rechtsbündnis der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) verfügt über 73 Sitze, das extremere Bündnis Identität und Demokratie (ID) über 58. Hinzu kommen aber noch Rechtsaußen-Abgeordnete, die vorerst keiner Fraktion angehören, unter anderem die 15 Parlamentarier der AfD und die zehn der ungarischen Fidesz-Partei. Insgesamt sind nach der Wahl sogar noch fast hundert Abgeordnete, meist aus Kleinstparteien, keiner Fraktion zuzuordnen, das erschwert ein genaues Bild. Aber nach vorläufiger Schätzung dürften organisierte Rechtsaußen-Kräfte etwa ein Viertel der Abgeordneten stellen statt bisher ein Fünftel – sie sind gestärkt, von einer Blockademöglichkeit aber auch künftig weit entfernt.

Ampel mit Verlusten In Deutschland konnten CDU und CSU ihr Ergebnis von 2019 noch leicht steigern, mit 30 Prozent sind sie klarer Wahlsieger (plus 1,1 Prozentpunkte). Zweitstärkste Partei ist die AfD mit 15,9 Prozent, eine deutliche Verbesserung gegenüber den elf Prozent von vor fünf Jahren. Die regierenden Ampelparteien erlitten Verluste, die SPD fuhr mit 13,9 Prozent einen neuen historischen Minusrekord bei einer bundesweiten Wahl ein (minus 1,9 Prozentpunkte). Die Grünen erlitten die stärksten Einbußen, sie stürzten von 20,5 Prozent auf jetzt nur noch 11,9 Prozent ab. Die FDP kam auf 5,2 Prozent (minus 0,2 Prozentpunkte). Das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erzielte aus dem Stand 6,2 Prozent – die Linke erreichte dagegen nur 2,7 Prozent, 2019 waren es mit 5,5 Prozent noch doppelt so viel. Die kleinen Parteien Freie Wähler, Volt, Die Partei, ÖDP, Tierschutzpartei, Familienpartei und Partei des Fortschritts errangen ebenfalls Mandate.

Europaweit finden vor allem die zum Teil haushohen Siege von Rechtsparteien in wichtigen Mitgliedstaaten Beachtung: In Frankreich wurde die rechtsradikale Partei Rassemblement National von Marine Le Pen mit ihrem Spitzenkandidaten Jordan Bardella stärkste Kraft und holte mit 31,4 Prozent mehr als doppelt so viel wie Macrons proeuropäisches Mitte-Lager, das auf 14,6 Prozent kam. Knapp dahinter landeten die Sozialisten mit 13,8 Prozent. Macron kündigte noch am Wahlabend als Konsequenz aus der Niederlage eine Neuwahl der Nationalversammlung an.

Der französische Präsident ist angeschlagen, dagegen geht Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni gestärkt aus der Wahl hervor: In Italien wurde ihre rechtspopulistische Regierungspartei Fratelli d'Italia führende Kraft. Sie kommt auf 28,8 Prozent, ein Plus von mehr als 20 Punkten im Vergleich zur Wahl 2019. Auf Platz zwei liegt ein linkes Bündnis um die sozialdemokratische PD mit 24,1 Prozent. In Österreich gewann die rechtspopulistische FPÖ mit 25,4 Prozent vor der konservativen ÖVP (24,5 Prozent) und der sozialdemokratischen SPÖ (23,2 Prozent). In Polen erreichte die liberalkonservative Bürgerplattform von Ministerpräsident Donald Tusk mit 37 Prozent knapp Platz eins vor der nationalkonservativen PiS-Partei, die auf 36 Prozent kommt. In Ungarn konnte sich die Fidesz-Partei von Premier Viktor Orbán zwar mit 44,2 Prozent auf Platz eins behaupten, im Vergleich zur Wahl 2019 ist das aber ein Verlust von acht Prozentpunkten; Orbáns Herausforderer Péter Magyar erreichte mit seiner neuen Partei Respekt und Freiheit 29,5 Prozent.

Stühle rücken Magyars sieben Abgeordnete haben bereits eine Einladung, sich der EVP-Fraktion anzuschließen. Nicht nur die Christdemokraten hoffen auf Zuwachs, wenn sich das Parlament bis Anfang Juli neu sortiert. Am bislang zersplitterten rechten Rand gibt es Bemühungen, eine größere, schlagkräftige Gruppe zu bilden, die Chancen gelten indes als mäßig: Marine Le Pen, deren Rassemblement National bislang zur extremeren ID-Fraktion gehört, würde sich gern mit Melonis Fratelli d'Italia von der gemäßigten EKR-Fraktion zusammentun: „Dies ist der Moment, um sich zu vereinen", wirbt Le Pen. Dass Meloni sich darauf einlässt, ist unwahrscheinlich; sie dürfte eher auf eine lose Zusammenarbeit mit der EVP spekulieren, was sie in die Nähe des Machtzentrums rücken würde. Viktor Orbán sucht Anschluss bei der EKR-Fraktion, aber dagegen wehren sich Rechtspopulisten aus Skandinavien. Die AfD hofft, nach dem Ausschluss ihres Spitzenkandidatin Maximilian Krah aus der deutschen Abgeordnetengruppe wieder in die ID-Fraktion aufgenommen zu werden, handelte sich aber kurz nach der Wahl erstmal eine – womöglich vorläufige – Absage ein.

Es wird noch dauern, bis sich das Parlament sortiert hat. Das macht es für Ursula von der Leyen nicht leichter, eine Mehrheit für ihre Wiederwahl zu organisieren. Die 65-Jährige bekräftigte am Wahlabend den Anspruch, auch die nächsten fünf Jahre als Präsidentin die EU-Kommission zu führen. Allerdings benötigt sie eine doppelte Mehrheit: Sie muss erst vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs mit qualifizierter Mehrheit nominiert werden, danach muss das EU-Parlament sie mit absoluter Mehrheit wählen. Die Regierungschefs dürften beim informellen Gipfel am Abend des 17. Juni ein Personalpaket vorbereiten, das sie beim regulären Gipfeltreffen Ende Juni beschließen wollen.

Dass von der Leyen als Teil des Pakets zur Wiederwahl vorgeschlagen wird, halten Diplomaten in Brüssel angesichts des deutlichen Wahlsiegs der EVP für sehr wahrscheinlich. Macron, der vor der Wahl andere Personalpläne hatte, gilt als zu geschwächt, um von der Leyen zu stürzen. Ungewöhnlich früh zeichnet sich deshalb eine Einigung ab, auch auf die anderen Spitzenjobs: Die Position des Ratspräsidenten könnten die Sozialdemokraten mit dem früheren portugiesischen Premier António Costa besetzen, während das Amt des EU-Außenbeauftragten an die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas gehen könnte. Zur Absprache gehört auch, dass die Christdemokratin Roberta Metsola ihr Amt als Parlamentspräsidentin fortsetzen kann. Ihre Wahl gilt als sicher, wenn die Abgeordneten Mitte Juli zur ersten Plenarsitzung zusammenkommen.

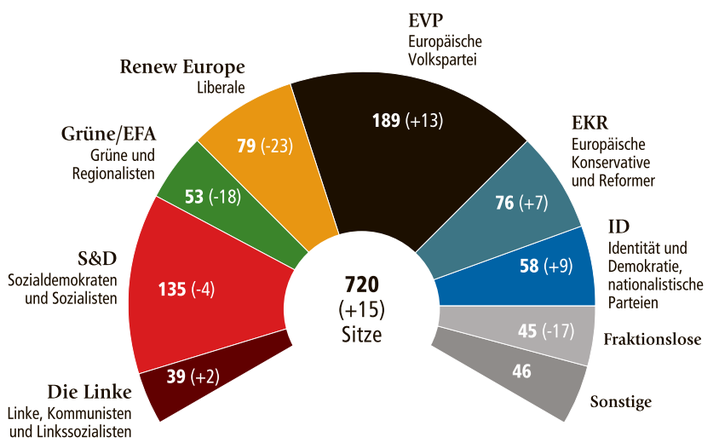
Unklare Mehrheit Von der Leyen, die sich dann ebenfalls der Wahl stellen müsste, hat indes noch zu kämpfen. Die EVP, Sozialdemokraten und Liberale, die von der Leyen beim letzten Mal mit ganz knappem Ergebnis ins Amt brachten, haben rechnerisch zwar auch diesmal eine Mehrheit. Doch weil es keinen Fraktionszwang gibt und von der Leyens Stil manche Abgeordneten geärgert hat, ist fraglich, ob sie die erforderlichen 361 Stimmen erreicht – in Brüssel kursieren Analysen, nach denen von der Leyen von den drei Fraktionen nicht 400, sondern nur etwa 340 Stimmen bekäme. Lässt sich von der Leyen also auch mit den Stimmen der Rechtsaußen-Parteien, vor allem aus Melonis Lager, wählen? Von der Leyen und führende EVP-Politiker halten sich das als Option offen, doch drohen Sozialdemokraten und Liberale, in einem solchen Fall ihre Zustimmung zu verweigern.

Erstmal spricht von der Leyen nun mit den beiden Fraktionen, vielleicht auch bald mit den Grünen. Von der Leyen könnte am Ende helfen, dass die Abstimmung geheim ist. So zeigt sie sich „ziemlich zuversichtlich", dass sie als Kommissionspräsidentin weitermachen kann. *Christian Kerl*

Der Autor ist EU-Korrespondent der Funke Mediengruppe in Brüssel.

Neue Sitzverteilung im EU-Parlament

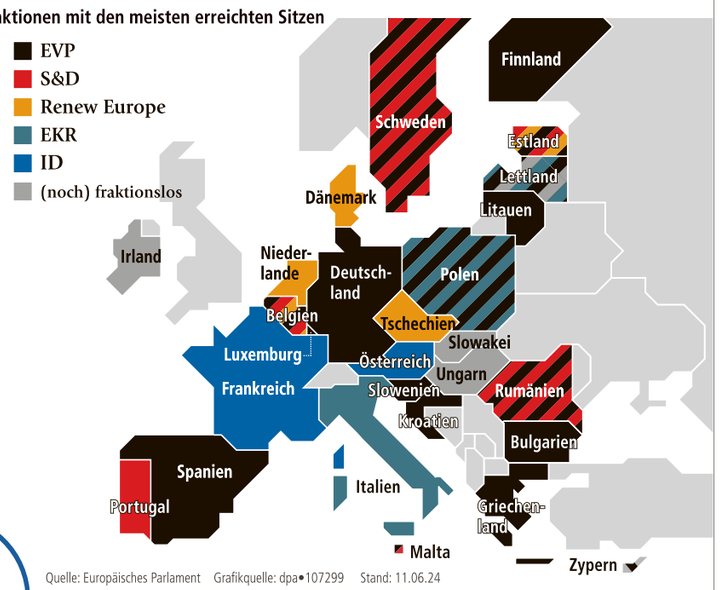
Anzahl Abgeordnete nach Fraktionen mit Gewinnen und Verlusten an Sitzen



Quelle: Europäisches Parlament Stand: 14.06.24, 10:34 Uhr

Europawahl: Ergebnisse in den Ländern

Fraktionen mit den meisten erreichten Sitzen

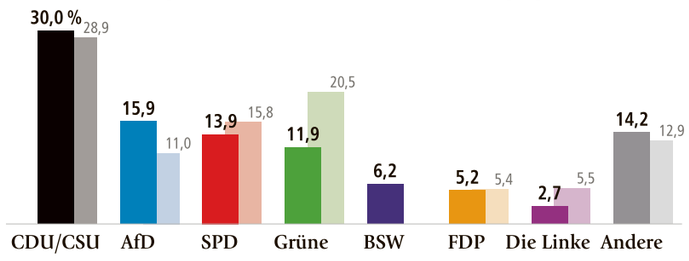


Quelle: Europäisches Parlament Grafikquelle: dpa•107299 Stand: 11.06.24

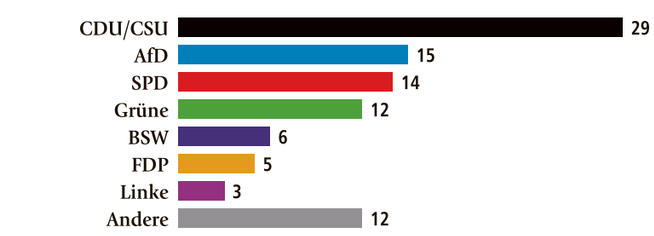
EUROPA-WAHL

Ergebnisse Europawahl 2024 in Deutschland

Stimmenanteile mit Vergleich zur Wahl 2019 in Prozent, Wahlbeteiligung: 64,8 %



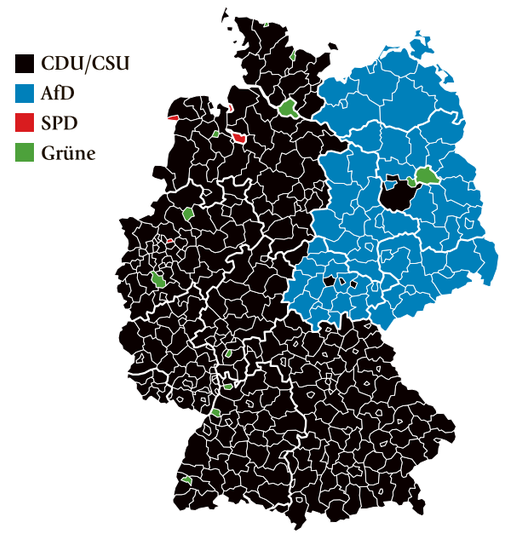
Verteilung der 96 deutschen Sitze im Europaparlament



Quelle: Bundeswahlleiterin Grafikquelle: dpa•107215 Stand: 14.06.24, 10:41 Uhr

Hochburgen bei der Europawahl

Partei mit dem höchsten Stimmenanteil in den Landkreisen und kreisfreien Städten



Quelle: Bundeswahlleiterin Grafikquelle: dpa•107264 Stand: 400 von 400 ausgezählt

ROT

Macron will Klarheit

FRANKREICH Der Präsident setzt Neuwahlen für das Parlament an. Gewinnerin des riskanten Manövers könnte die Rechtspopulistin Marine Le Pen sein

Präsident Emmanuel Macron will auch bei einem Wahlsieg der Rechtspopulisten im Amt bleiben. © picture-alliance/dpa//F. Dugit

Emmanuel Macron kommt bei fast allen Terminen zu spät. Nach den Europawahlen war der französische Präsident allerdings einmal pünktlich. Um 21.00 Uhr begann er seine überraschend angesetzte Fernsehansprache, in der er vorgezogene Parlamentswahlen für den 30. Juni und 7. Juli ankündigte. „Die Herausforderungen verlangen nach Klarheit“, begründete Macron seine Entscheidung, die wie eine Bombe einschlug. Der Staatschef reagierte mit seiner Ankündigung auf den überwältigenden Sieg des rechtspopulistischen Rassemblement National (RN), der bei den Europawahlen 31,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, doppelt so viel wie die Präsidentenpartei Renaissance. „Wir sind bereit, die Macht auszuüben“, erwiderte die Frontfrau des RN, Marine Le Pen, kurz nach der Ansprache des Staatschefs.

Ihr Spitzenkandidat Jordan Bardella hatte bei den Europawahlen das beste Ergebnis überhaupt seit 40 Jahren eingefahren. Nun will Le Pen den 28-Jährigen als Regierungschef ins Pariser Palais Matignon schicken. Dazu müsste ihr RN, der bisher 89 Abgeordnete stellt, allerdings eine Mehrheit der 577 Mandate gewinnen. In der neuen Assemblée Nationale könnte der RN laut einer Umfrage des Instituts Harris Interactive mit 235 bis 265 Sitzen rechnen. Das Präsidentenlager, das bisher eine relative Mehrheit hatte, dürfte nur noch auf 125 bis 155 Parlamentarier (derzeit 249) kommen. Das Linksbündnis sieht das Institut bei 115 bis 145 Sitzen (derzeit 153) und die konservativen Républicains (LR) bei 40 bis 55 Sitzen (derzeit 74).

»Nationaler Block« Die Bildung einer stabilen Mehrheit erscheint angesichts dieser Zahlen schwierig. Marine Le Pen bemüht sich deshalb um Verbündete, vor allem aus den Reihen der Konservativen. Deren Parteichef Éric Ciotti kündigte gegen alle parteiinternen Absprachen an, dass LR eine Allianz mit dem RN bilden werde, einen „nationalen Block“. Der 58-Jährige hatte sich bereits 2022 gegen Macron in Stellung gebracht, als er verkündete, er würde lieber den wegen Rassismus verurteilten Rechtsextremisten Éric Zemmour wählen als den Präsidenten. Nach seiner Entscheidung war Ciotti allerdings weitgehend isoliert: Der Vorstand schloss ihn einstimmig aus der Partei aus. „Sie haben einen Vorsitzenden, der einen Pakt mit dem Teufel eingegangen ist“, bemerkte Macron bei einer Pressekonferenz am Mittwoch. Der Staatschef warnte vor „Bündnissen gegen die Natur“, die sich an den beiden extremen Polen bildeten. Damit meinte er neben Ciotti die Allianz der Linksparteien, die sich am Montag zu einer Volksfront zusammengefunden hatte. Bereits 1936 hatte sich die Linke zu einem solchen „Front Populaire“ zusammengeschlossen, um den Aufstieg des Faschismus zu stoppen. Der neuen Volksfront gehören Sozialisten, die Linkspartei La France Insoumise (LFI), Kommunisten und Grüne an. Ein ähnlicher Zusammenschluss der Linksparteien, der seit 2022 bestand, war nach dem Hamas-Angriff auf Israel zerbrochen, weil LFI sich geweigert hatte, die Attacke als Terrorismus zu verurteilen. Im Europawahlkampf fuhr der starke Mann von LFI, Jean-Luc Mélenchon, eine pro-palästinensische Kampagne mit antisemitischen Untertönen, die vor allem in den Problemvorstädten verfing. Zweimal enthüllten LFI-Abgeordnete in der Nationalversammlung die Palästinenserflagge.

Das neue Bündnis ist gerade wegen Mélenchon umstritten. Der sozialistische Spitzenkandidat bei den Europawahlen, Raphaël Glucksmann, lehnte die Volksfront ab, solange LFI dort den Ton angebe. Der 44-Jährige war bei den Europawahlen nach Bardella und Hayer mit fast 14 Prozent auf dem dritten Platz gelandet. Macron umwarb in seiner Pressekonferenz die Glucksmann-Wähler, die sicher keinen Regierungschef Mélenchon wollten. Für die Partei des unbeliebten Präsidenten ist es schwer, Verbündete zu finden. Ein Angebot von Parteichef Stéphane Séjourné, auf Kandidaturen zugunsten anderer Bewerberinnen und Bewerber des „republikanischen Lagers“ zu verzichten, blieb bisher unbeantwortet. „Wenn am Tag danach die Extreme gestärkt wären, dann würde das die Schwächung Frankreichs bedeuten“, räumte Macron ein.

Heikle Lage Im komplizierten französischen Wahlsystem kommen bei der Parlamentswahl alle Kandidatinnen und Kandidaten in die Stichwahl, die mehr als 12,5 Prozent der Stimmen der eingeschriebenen Wähler erhalten. In der zweiten Runde reicht dann eine relative Mehrheit aus. Im Falle von Dreierkonstellationen könnte ein Kandidat verzichten, um einen anderen zu unterstützen – beispielsweise gegen den Rassemblement National. Eine solche „republikanische Front“ war bis vor einigen Jahren noch üblich, brach aber spätestens 2022 zusammen.

Auch deshalb ist die Le-Pen-Partei, die die „nationale Priorität“ für Franzosen gegenüber Eingewanderten fordert, bei den Parlamentswahlen nun haushoher Favorit. Eine absolute Mehrheit würde zu einer „Kohabitation“, einer Zwangsgemeinschaft zwischen Macron und einer RN-Regierung, führen. Jeder Gesetzentwurf dürfte dann ein hartes Tauziehen zwischen Legislative und Exekutive werden, da Macron die Texte ablehnen und eine neue Debatte verlangen könnte. Der Präsident hat auch Rechte in der Außen- und Verteidigungspolitik, ist aber auf die Zustimmung der Regierung beispielsweise bei der Militärhilfe für die Ukraine angewiesen.

Wahrscheinlicher als eine absolute ist eine relative Mehrheit für den RN. Bei jedem Gesetz müsste Bardella dann Allianzen mit anderen Parteien schmieden. Außer einigen Konservativen rund um Ciotti stehen allerdings bisher kaum Partner zur Verfügung. Das Regieren dürfte deshalb für Bardella unmöglich werden. Eine dritte Möglichkeit wäre eine Dreiteilung der Assemblée Nationale: Die drei Blöcke, RN, Linksparteien und Renaissance wären gleich stark. In einem solchen Fall wäre Frankreich blockiert, denn Präsident Macron kann erst in einem Jahr wieder Neuwahlen ansetzen. „Wir würden in eine institutionelle und politische Krise stürzen“, warnt der Politologe Oliver Rouquan.

Im Fall einer Blockade des Parlaments wird in Frankreich sogar ein Rücktritt des Präsidenten nicht ausgeschlossen. Macron lehnte einen solchen Schritt am Mittwoch zwar als „absurd“ ab. Falls es aber doch so weit kommen sollte, würde Senatspräsident Gérard Larcher Interimspräsident. Neuwahlen könnten frühestens 20 Tage nach dem Rücktritt abgehalten werden. Macron könnte nicht wieder antreten. Er wäre dann Geschichte. *Christine Longin*

Die Autorin ist Korrespondentin in Paris.

Licht und Schatten bei der Durchsetzung

MENSCHENRECHTE Experten ziehen gemischte Bilanz

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vor über 75 Jahren und die Unterzeichnung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) vor über 70 Jahren gelten als Erfolgsgeschichte. Doch wie steht es angesichts zunehmender Krisen und Kriege um die Durchsetzung der Menschenrechte? Experten lenkten in einer Anhörung im Menschenrechtsausschuss am Mittwoch den Blick auf Schwächen des internationalen und europäischen Menschenrechtssystems.

Wolfgang Kaleck vom European Center for Constitutional and Human Rights beklagte etwa, dass Staaten mit politischer und wirtschaftlicher Macht sich oft nur an das Völkerrecht hielten, wenn es ihren eigenen Interessen diene.

Als problembehaftet beschrieb Rechtsanwalt Hartmut Emanuel Kayser die Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Beschwerden im Staatenbeschwerdeverfahren würden oft nicht eingereicht, weil Staaten eine „Retourkutsche“ befürchteten.

Überlastetes Gericht Stefan von Raumer vom Deutschen Anwaltverein kritisierte, dass ein hoher Anteil von Fällen, über die der EGMR zu entscheiden habe, Fragen betreffe, zu denen es bereits eine etablierte Rechtsprechung des Gerichtshofs gebe. Diese würden jedoch von den innerstaatlichen Gerichten nicht berücksichtigt – ein „maßgeblicher Grund“ für die Überlastung des Menschenrechtsgerichts in Straßburg.

Der Rechtsweg sei für den Einzelnen oft sehr mühsam, monierte Christian Mihr von Amnesty International Deutschland. Das Justizsystem stehe faktisch nicht allen Menschen gleichermaßen offen.

Michael Windfuhr vom Deutschen Institut der Menschenrechte warb für eine Stärkung der zur Überprüfung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte geschaffenen Gremien.

Für die mangelnde Durchsetzung der EMRK machte Gerald Knaus, Vorsitzender der Denkfabrik Europäische Stabilitätsinitiative, die Schwächung des Europarats verantwortlich. Der lasche Umgang mit Aserbaidschan und Russland, die sich durch „systematische Nichtachtung“ der EGMR-Urteile hervorgetan hätten, habe zu einer „Krise der Glaubwürdigkeit“ geführt.

Günter Schirmer vom Menschenrechtsausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarats warnte davor, das „Gütesiegel“ der Mitgliedschaft zu verramschen. Diese setze die Einhaltung von Mindeststandards wie Rechtsstaatlichkeit und Informationsfreiheit voraus.

Auf die Formel „mehr Schatten als Licht“ spitzte schließlich die Rechtswissenschaftlerin Angelika Nußberger von der Universität Köln ihre Bewertung des europäischen Menschenrechtsschutzsystems zu. Angesichts des Ausgangs der Europawahl sprach sie auch von einer „Erfolgsgeschichte mit ungewissem Ausgang“. Die wachsende Europa-Skepsis betreffe nicht nur die EU, sondern auch den Europarat mit seinem Menschenrechtsschutzsystem. *sas*

Solarstrom für Dörfer in Afrika

ENTWICKLUNG Aktivistinnen fordern mehr Investitionen

Deutsche Finanzhilfen zur Schaffung nachhaltiger Energiesicherheit in Afrika sollten nach Ansicht von Aktivisten statt den jeweiligen Regierungen den zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Dies forderten die Klimaaktivistinnen Hilda Nakabuye aus Uganda und Hindou Oumarou Ibrahim aus dem Tschad im Gespräch mit Abgeordneten am Mittwoch im Entwicklungsausschuss.

Große Autos Zivilgesellschaftliche Organisationen hätten keinen Zugang zu Ressourcen, „aber nachhaltige Lösungen“, argumentierte Oumarou Ibrahim. Die Gemeinden bräuchten dringend Solarstrom. Deutschland verfüge über die entsprechenden Technologien. Das Problem sei jedoch: Fördergelder erreichten ländliche Gemeinschaften nicht. Weil mit den Regierungen verhandelt werde, fließe das Geld „in große Autos“ oder bestenfalls „in Energieprojekte großer Städte“, kritisierte die tschadische Aktivistin.

Finanzhilfen sollen der Zivilgesellschaft vor Ort zur Verfügung gestellt werden.

Die Klimakrise sei nicht von Ländern wie ihrem, sondern von Ländern wie Deutschland mit verursacht worden, sagte die ugandische Klimaaktivistin Nakabuye. Auf Kosten der Natur und des menschlichen Lebens hätten sich die Industrienationen entwickelt „und tun dies immer noch“. So plane der französische Ölmulti Total Energies „in einem der schönsten Naturparks der Welt“ den Bau der East African Crude Oil Pipeline, die über 40 Millionen Menschen und die Biodiversität bedrohe.

Es gebe aber Lösungen, um die Energie- und Klimakrise in den Griff zu bekommen: „Wir haben genügend Sonne“, sagte die ugandische Klimaaktivistin. Benötigt würden gerechte und nachhaltige Energiesysteme. Diese aufzubauen, sei nur mit mehr Investitionen möglich. Ölkonzerne müssten dazu verpflichtet werden, Fonds für Verluste und Schäden aufzulegen, verlangte Nakabuye.

Für den Auf- und Umbau der Energiesysteme in Afrika brauche es neben Mitteln der deutschen Entwicklungshilfe ebenso die „Mobilisierung von privatem Kapital“. Das sah der Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Niels Annen (SPD), ähnlich. Dafür wiederum würden in den Partnerländern ein verlässlicher regulatorischer Rahmen sowie Instrumente zur Risikominderung und Risikoteilung benötigt. *hau*

Investitionen unter russischem Raketenhagel

UKRAINE Wiederaufbaukonferenz in Berlin bringt Hilfen für die Wirtschaft des angegriffenen Landes auf den Weg

Gleitbomben auf Kraftwerke, Drohnenangriffe auf Umspannanlagen: Seit Monaten versucht Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine den Druck auf das Nachbarland weiter zu erhöhen. Es geht offenkundig darum, die Zivilbevölkerung zu zermürben, den politischen Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer zu brechen, sich gegen den seit dem 24. Februar 2022 andauernden russischen Großangriff zur Wehr zu setzen.

Auf mittlerweile rund 460 Milliarden Euro schätzt die Weltbank die Kosten des Wiederaufbaus in der Ukraine. Dem stehen knapp 90 Milliarden Euro für militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung durch EU und europäische Geber gegenüber sowie 67 Milliarden Euro durch die USA, wie das Kiel Institut für Weltwirtschaft mit Stand Ende Februar 2024 anführt. Deutschland hat nach Auskunft der Bundesregierung der Ukraine Hilfen im Gesamtwert von rund 34 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – als humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen oder in Form von Waffen.

Kredite für Kleinfirmen Doch gilt es auch, die ukrainische Wirtschaft im Auge zu behalten, die Aufrechterhaltung und Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens und der Verwaltung, auch in jenen Landesteilen, die nicht unmittelbar unter dem Drohnen- und Raketenhagel aus Russland zu leiden haben. „Die Ukraine braucht eine starke Wirtschaft, um den Krieg zu überstehen und das, was zerstört wurde, wiederaufzubauen“, sagte Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) diese Woche bei der Ukraine-Wiederaufbaukonferenz in Berlin. Kredite für Kleinunternehmen, mehr Städtepartnerschaften, Initiativen für Ausbildung: Laut Schulze sind mehr als 100 Vereinbarungen unterzeichnet worden. Darunter seien Absichtserklärungen zwischen Unternehmen und zwischen Regierungen sowie Vereinbarungen für Allianzen und Initiativen. Gemeinsam mit zwölf weiteren Staaten und 17 Entwicklungsorganisationen haben Deutschland und die Ukraine eine Allianz zur Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auf den Weg gebracht. Sie gelten als Rückgrat der ukrainischen Wirtschaft, tragen nach Angaben der Bundesregierung zu zwei Dritteln der Wertschöpfung in der Ukraine bei und schaffen mehr als 80 Prozent der Arbeitsplätze dort. Bei der neuen Allianz geht es unter anderem um günstige Kredite für solche Unternehmen. Zu den wirksamsten Hebeln für den Wiederaufbau gehörten vergünstigte Finanzierungen für kleine und mittlere ukrainische Unternehmen, sagte Schulze. Die Gesamtzusagen beliefen sich auf über sieben Milliarden Euro für laufende und neue KMU-Programme. Von dieser Summe entfielen über 4,5 Milliarden Euro auf neue Programme.

© SPD-Fraktion/photothek

»Die Ukraine braucht eine starke Wirtschaft, um den Krieg zu überstehen.«

Svenja Schulze (SPD)

Deutschland und mehr als 50 internationale Organisationen, Staaten und Unternehmen starten außerdem eine Initiative zur Ausbildung von 180.000 Fachkräften für den Wiederaufbau. „Egal wie oft Russland Stromleitungen, Krankenhäuser oder Gebäude zerstört, die Ukrainer werden das Wissen und die Fähigkeiten haben, sie wiederaufzubauen“, sagte Schulze. Die Mitglieder der Fachkräfte-Allianz für den Wiederaufbau werden dafür insgesamt mehr als 700 Millionen Euro bereitstellen.

Klar war auf der Konferenz auch: Mit jedem russischen Angriff steigen die Wiederaufbaukosten weiter. Das vordringlichste Ziel bleibt deshalb eine Friedenslösung für die Ukraine. Zwar hatte Russlands Präsident Putin im Mai erneut Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Allerdings müsse man von den „Realitäten am Boden“ ausgehen. Soll heißen: Die Ukraine soll die Annexion ukrainischen Territoriums durch Russland hinnehmen, bevor verhandelt wird.

Konferenz in der Schweiz Auf der in der Schweiz stattfindenden Friedenskonferenz mit Delegationen aus rund 80 Ländern soll am Wochenende Bewegung in die festgefahrene Lage kommen. Die Ukraine hofft, neutrale oder mit Russland befreundete Länder von der eigenen Position zu überzeugen. Dazu zählt China, das aber durchblicken ließ, dass es die Voraussetzungen für eine Teilnahme als nicht erfüllt sieht. Die wichtigste: Eine Akzeptanz der Konferenz durch Russland und die Ukraine. Russland wird keine Delegation in die Schweiz entsenden. Der Gipfel sei ein „Ball der Satanisten“, hieß es im russischen Fernsehen. Warum der Verbündete China, der zu dem Zeitpunkt eine Teilnahme noch offenließ, auch ein „Satanist“ sein könnte, bleibt ein Geheimnis der Logik russischer Propaganda. *ahe/dpa*

Fatale Fehleinschätzung

AFGHANISTAN Chaos wegen falscher BND-Prognose

Warum bremste das Bundesinnenministerium (BMI) andere Ressorts, als diese ihre afghanischen Ortskräfte vor den Taliban retten wollten? Das ist eine der wichtigen Fragen, die den 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan beschäftigen. Am vergangenen Donnerstag konnten Mitarbeiter des BMI einige Aspekte dieser Frage klären.

Zunächst berichtete Ulrich Weinbrenner, Abteilungsleiter Migration, Flüchtlinge und Rückkehrpolitik im BMI, dass das Ministerium „bis zum Ende“ gegen eine pauschale Aufnahme der Ortskräfte gewesen sei. Grund: Migrationspolitisch habe man einen Präzedenzfall verhindern und aus Sicherheitsgründen keine Personen ohne vorherige Sicherheitsprüfung ins Land lassen wollen. „Wir haben viele Fälle erlebt, wo Straftaten begangen wurden, und da fragte man sich, wie diese Personen reingekommen sind.“

Beim Ortskräfteverfahren (OKV) würden die Ressortbeauftragten individuelle Gefährdungsanzeigen prüfen und feststellen, ob die Anzeige plausibel sei. Bis 2021 habe das Auswärtige Amt (AA) 50 Prozent der Anträge abgelehnt. „Das zeigt, dass da durchaus eine Prüfung stattgefunden hat“ betonte der Beamte: „Das Ortskräfteverfahren hat funktioniert.“

Seine Kollegin Dagmar Busch, die ehemalige Leiterin der Abteilung, die im BMI für das Polizeiprojekt in Afghanistan und das OKV zuständig war, betonte zudem, dass das vom AA seit 2020 geforderte Verfahren „visa on arrival“ (VOA), bei dem es keine Vorprüfungen im Ausland gibt und das nach dem Fall Kabuls aus Not eingeführt wurde, keine wirklich passende gesetzliche Grundlage gewesen sei. Dieses Verfahren sei nur für Einzelfälle vorgesehen. Das BMI habe betont, dass VOA Ultima Ratio sei.

Am Ende musste jedoch sehr schnell auf die Entwicklungen reagiert werden. Niemand habe vorhergesehen, dass Kabul kampflos fallen würde, so Busch. Der Bundesnachrichtendienst (BND) habe berichtet, dass man noch mindestens bis in den September Zeit habe.

Warum der BND mit seiner Einschätzung derart danebengelegen hat, habe er sich gleich nach dem Wochenende nach dem Fall Kabuls gefragt, berichtete der Gruppenleiter beim Bundeskanzleramt (BKAmt), der die Dienstaufsicht über den BND hat. Bis zu diesem Zeitpunkt habe der BND zuverlässige und gute Informationen geliefert, sogar das letztendlich real gewordene Szenario vorausgesagt. Nur die Geschwindigkeit des Eintretens habe der BND falsch eingeschätzt. Der Dienst habe sofort eine eigene Fehleranalyse durchgeführt. Das sei aber ein fortdauernder Prozess. *Cem Sey*

»Ich danke Dir, Deutschland!«

BUNDESTAG Die Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj am 11. Juni 2024 im Wortlaut in der Übersetzung

Liebes deutsches Volk! Alle, die spüren, dass Krieg falsch ist. Alle, die wie die Ukrainer überzeugt sind, dass Krieg ein Verbrechen gegen das Leben ist und die mit ganzem Herzen wollen, dass die Ukraine so schnell wie möglich Frieden erreicht. Alle, die uns unterstützen, die unser Volk, die ukrainischen Familien, den ukrainischen Staat, unseren Schutz unterstützen. Euch allen möchte ich heute vor allem danken – dafür, dass in euren Herzen die Menschlichkeit siegt. Deshalb ist Deutschland dem Schmerz und dem Leid der Ukrainer nicht fremd geblieben. Einfache Menschen, verschiedene deutsche Städte, Bundesländer und Gemeinden – ihr habt geholfen und ihr helft weiter.

Ich danke Dir, Deutschland!

(Beifall)

Meine heutige Rede ist euch allen gewidmet: Denen, die Macht haben, und denen, die Macht geben. Denen, die in ihren Herzen die Menschlichkeit bewahren und deshalb dem Traum von einem friedlichen Europa treu bleiben. Einem Europa, das größer ist als wir alle und das an die Erfahrung von Hunderten von Generationen erinnert, die auf unserem Kontinent gelebt haben – die meisten von ihnen leider nicht in Frieden.

Gerade deshalb hat dieser Traum eine so große Kraft gewonnen: Der Traum von einem Europa, das ein Kontinent der Kultur, ein Kontinent der Menschen und ein Kontinent ohne Krieg sein soll.

(Beifall)

Ich persönlich glaube an ein solches Europa.

© picture-alliance/dpa

Der Funkturm in Berlin wurde in den Farben der Ukraine angestrahlt.

An ein Europa, das für unsere Kinder und Kindeskinder eine glückliche Heimat sein wird.

Das es dem Hass nicht erlauben wird, Wurzeln zu schlagen.

Und das alles tun wird, um diesen Fehler der europäischen Geschichte zu korrigieren, diesen Krieg, der auf unserem Kontinent andauert und der zu einer viel größeren Konfrontation zu werden droht.

Wir werden diesen Krieg nicht vererben.

Wir werden diesen Krieg beenden.

Wir werden diesen Krieg beenden im Interesse der Ukraine und im Interesse von ganz Europa. In unser aller Interesse.

(Beifall)

Im Interesse aller, die nach uns kommen.

Wir werden diesen Krieg beenden zu unseren Bedingungen. Zu Bedingungen, die jeder Mensch nachvollziehen kann, jeder einfache Mensch auf dieser Erde.

Herr Bundespräsident!

Herr Bundeskanzler!

Frau Bundestagspräsidentin!

Frau Bundesratspräsidentin!

Verehrte Damen und Herren!

Verehrte Abgeordnete!

Verehrte Anwesende!

Liebes Deutschland!

Das geteilte Europa war nie friedlich und das geteilte Deutschland war nie glücklich.

(Beifall)

Das wissen Sie nicht von mir, das wissen Sie aus eigener Erfahrung, und deswegen können Sie uns Ukrainer verstehen, warum wir so gegen die Versuche Russlands kämpfen, uns zu teilen, die Ukraine zu teilen. Warum wir alles, wirklich alles tun, um keine Mauer zwischen den Teilen unseres Landes entstehen zu lassen.

(Beifall)

Kein Land darf dazu verurteilt werden, dass Stacheldraht seinen Körper auf Jahrzehnte zerreißt.

Für die unterdrückten Völker Europas gab es nie wirkliche Ruhe. Einige mussten auch nach dem Sieg über die Besatzer weiter gegen die Unterdrückung kämpfen.

»Kein Land darf dazu verurteilt werden, dass Stacheldraht seinen Körper auf Jahrzehnte zerreißt. «

Wolodymyr Selenskyj während seiner Rede. © picture-alliance/dpa/Hannes Albert

Blick in den Plenarsaal während der Rede des ukrainischen Präsidenten. © picture-alliance/Anadolu/Halil Sagirkaya

Gerade deshalb wollen wir jetzt, dass keine Unterdrückung auf dem von Angriffen gezeichneten Land zurückbleibt, keine Unterdrückung in der Seele des Volkes.

Die Ukrainer verdienen Ruhe, einfach Ruhe nach diesem Krieg.

Und jeder, der sein Haus verteidigt hat, jeder, der Angehörige verloren hat, jeder, dessen Kampfbrüder und Kampfschwestern für immer auf den Schlachtfeldern geblieben sind, verdient ein würdiges Ende des Krieges – ein Ende, das keinen Zweifel lässt: Wer hat eigentlich gewonnen?

(Beifall)

Im Gegenteil: Wer den Krieg gebracht hat, der soll die Ruhe für immer vergessen. Wer schuldig ist am Krieg, muss die gerechte Verantwortung für jedes Verbrechen dieses Krieges tragen.

Nur aus der gerechten Verantwortung erwächst die historische Chance, sich von der Aggression zu erholen.

Russland muss diesen Weg gehen – durch die volle, fundamentale Verantwortung für den entfachten Krieg.

Russland muss auch den Weg der Beseitigung der hinterlassenen Trümmer gehen und für alle Schäden bezahlen, die diese Aggression unserem Land und unserem Volk zugefügt hat.

Denn wenn irgendwo Trümmer zurückbleiben, heißt das: Irgendwann kehrt der Krieg dorthin zurück. Das darf nie mehr sein. Nie mehr.

Wir müssen das normale Leben wieder aufbauen. Alle zusammen. Alle, die das Leben schätzen.

Und alle russischen Vermögen, die dafür eingesetzt werden können, müssen eingesetzt werden. Ohne Kompromisse, ohne Kompromisse mit dem Aggressor. Die Zeit der Kompromisse ist vorbei.

Vorbei seit dem Moment, als Putin begann, unsere Städte niederzubrennen und seine Mörder auszuzeichnen, als er begann, auf Mord statt auf Verträge zu setzen.

Die russische Armee hinterlässt Dutzende neuer Friedhöfe. Das bedeutet, dass keiner von uns das Recht hat, einen Mangel an Schutz vor der russischen Armee zuzulassen. Das Wort von irgendjemandem in Moskau darf kein solcher Schutz sein.

Europa muss ein Kontinent der ausreichenden Stärke sein, um ein Raum des ausreichend starken Friedens zu sein. Anders geht es nicht.

Und selbst wenn es jemand versuchen sollte, wird Putin selbst jede Hoffnung auf Verständigung mit ihm zerstören. Er will unterwerfen – und nicht nur Russlands Nachbarn. Die russischen Mörder waren in Aleppo und sind jetzt in Afrika. Sie haben Krieg gelernt, als sie Grosny zerstörten und Georgien zerschlugen. Sie haben Moldova geteilt zurückgelassen und Belarus in die Knie gezwungen.

Werden wir zulassen, dass Russland seinen Marsch durch Europa fortsetzt – diesen Marsch der Verachtung des Lebens und der Völker?

Die Ukraine leistet seit mehr als 800 Tagen Widerstand gegen die groß angelegte Aggression. Seit 839 Tagen.

Am 24. Februar 2022, zu Beginn dieser Aggression, hätte niemand daran geglaubt, aber heute ist es eine Tatsache.

Wir haben bewiesen, dass Russland scheitern und verlieren kann. Wir haben bewiesen, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern über alle notwendigen Mittel verfügen, um Leben zu verteidigen.

Wir haben bewiesen, dass wir durch unsere Zusammenarbeit den Raum der Sicherheit erweitern können. Und dieser Raum der Sicherheit erweitert sich nicht von selbst, sondern nur durch gemeinsame Entscheidungen und durch gemeinsamen Mut.

»Wir wollen der Diplomatie eine Chance geben und haben dafür rund 100 Staaten versammelt.«

All das sind Tatsachen. All das sind Zeugnisse der Führungsrolle der Ukraine, Deutschlands und all unserer Verbündeten, Mit Sicherheit nicht.

Das ist unser gemeinsames Interesse. Es ist unser gemeinsames Interesse, dass Putin persönlich verliert.

(Beifall)

Dass er diesen Krieg verliert. Dass Putin seinen Versuch, Europa in einen endlosen Krieg zu stürzen, verliert.

Damen und Herren!

Sie erinnern sich sicher: Ein, zwei Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer konnte sich niemand vorstellen, wie schnell das geschehen würde. Die Mauer schien für immer zu sein. Aber sie steht nicht mehr. Und das hing vom Willen der Politiker und vom Willen der Menschen ab. Nur davon.

Auch jetzt scheint es manchen, dass Putin für immer ist und dass der Krieg nie aufhören wird. Aber das ist nicht so, das ist eine Illusion. Eine Illusion, die man mit Führungsstärke, Entscheidungen und Erfolg überwinden kann.

Und das tun wir! Gemeinsam mit Dir, Deutschland! Die Ukrainer werden Euch dafür immer dankbar sein.

(Beifall)

Die ukrainische Flagge vor dem Reichtstagsgebäude. © picture-alliance/AP/Markus Schreiber

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) nahm den Gast in Empfang. © DBT/Marc Beckmann

lich. Denn es gibt keine Mauern, die nicht fallen.

(Beifall)

Damen und Herren!

In wenigen Tagen treffen wir uns in der Schweiz mit dem deutschen Bundeskanzler und anderen Leadern aus Europa und der Welt zum ersten Friedensgipfel. Russland hat versucht, den Gipfel zu sabotieren, aber er wird stattfinden. Das ist ein gemeinsamer Erfolg der Ukraine und Dutzender Länder.

Nachkriegsordnungen wurden üblicherweise von den Siegern festgelegt oder von einigen wenigen Starken, die sich einmischen und andere zwangen, auch gegen deren Willen.

Wir schlagen nun ein grundlegend anderes Format vor.

Wo niemand Vereinbarungen manipulieren und zerstören kann – wie es Russland mehrfach getan hat – und wo alle Stimmen gehört werden – die Stimmen der Welt.

Beim Friedensgipfel werden Staaten aus allen Teilen der Welt vertreten sein, und jeder kann in der gemeinsamen Arbeit seinen Charakter und seine Führungsrolle zeigen. Unser gemeinsames Ziel ist es, Schritt für Schritt den vollständigen Wiederaufbau der Sicherheit zu beginnen und eine Bewegung in Richtung eines echten Friedens zu initiieren. Dabei wollen wir Schritt für Schritt die Wirksamkeit der Charta der Vereinten Nationen und die der Grundprinzipien des Völkerrechts wiederherstellen, sodass die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten sowie die Rechte der Menschen und Völker wieder garantiert werden können.

Wir wollen der Diplomatie eine Chance geben und haben dafür rund 100 Staaten versammelt.

Die Ukraine hat sich nie allein auf die Macht der Waffen verlassen. Ja, wir wissen, gegen welche Mörder wir heute kämpfen müssen. Und wir werden nicht vergessen, dass nur Waffen wirksam sind, um sie zu stoppen und unsere Leben zu schützen.

Aber Frieden entsteht nicht durch Schüsse, sondern durch Garantien – durch verlässliche Garantien, dass es keine Schüsse mehr geben wird und dass das Böse nicht in das Land des Volkes zurückkehren wird, das dieses Böse vernichten wollte.

(Beifall)

Was kann der Ukraine jetzt solche Garantien geben? Die Einheit der Welt – daher ist der Friedensgipfel wichtig. Die Einheit der Freunde – daher muss unsere Zusammenarbeit mit euch effektiv sein. Die Einheit Europas – daher muss die Ukraine ein vollwertiges Mitglied des europäischen politischen und Sicherheitsraums werden. So wie ihr und eure Nachbarn seit Jahrzehnten dank dessen ohne die Gefahr leben, dass euch jemand eure Heimat nimmt.

(Beifall)

Liebe Freunde!

Es liegt an uns, an all unseren Partnern, an allen, die das Leben schätzen und heute zu seinem Schutz beitragen, gemeinsam zu bestimmen, was das Erbe Europas für die kommenden Zeiten sein wird. Ist es Sicherheit? Ist es Respekt? Ist es Frieden?

Ich bin sicher, dass wir gemeinsam die richtige Antwort wählen werden.

Wir werden das Ende dieses Krieges wählen, zu unseren Bedingungen. Wir werden auch den Mangel an Sicherheit in Europa vollständig beseitigen, der Putin die Illusion gab, dass seine aggressiven Schritte Erfolg haben würden.

Es ist unsere gemeinsame Führungsrolle und der Wille der Ukrainer, die Erfolg haben müssen – für den Frieden, für Europa, für das Leben.

Und so wird es sein.

Es wird Europa geben – einen Kontinent ohne Krieg.

(Beifall)

Danke für die Einladung! Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit! Ich danke euch für eure Empathie gegenüber unseren Menschen, die ihr seit Beginn des Krieges aufgenommen habt. Wir werden das nie vergessen.

Vielen Dank, Deutschland!

Slava Ukraini! [Ruhm der Ukraine!]

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

KURZ NOTIERT

Ja zum Deutsch-französischen Ausbildungsabkommen

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag bei Enthaltung der AfD-Fraktion und Zustimmung der übrigen Fraktionen nach zweiter Beratung dem Abkommen zur deutsch-französischen Berufsausbildung zugestimmt. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hatte zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „zu dem Abkommen vom 21. Juli 2023 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Berufsausbildung" (20/10818) eine Beschlussempfehlung (20/11739) abgegeben. *cha*

Gesetz zur Validierung der Berufsbildung beschlossen

Der Bundestag hat am Freitag das von der Bundesregierung vorgelegte „Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz" (20/10857) beschlossen. Für den Gesetzentwurf stimmten die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Union, die AfD-Fraktion votierte gegen den Gesetzentwurf, die Gruppe Die Linke enthielt sich der Stimme. Mit der Regelung will die Bundesregierung die berufliche Handlungsfähigkeit, die unabhängig von einem formalen Berufsausbildungsabschluss erworben wurde, feststellen, bescheinigen und „im System der beruflichen Bildung anschlussfähig machen". Zugleich sollen mit dem Gesetz Bürokratie abgebaut und berufsschulische Leistungen besser sichtbar gemacht werden. *cha*

Rasche Umsetzung der NSI-2-Richtlinie gefordert

Die CDU/CSU-Fraktion will die „Cyberresilienz stärken und kritische Infrastrukturen wirksam schützen". In einem Antrag (20/11633), über den der Bundestag am Donnerstag erstmals beriet, fordert sie die schnelle Umsetzung der sogenannten NIS-2-Richtlinie. Diese Anfang 2023 in Kraft getretene EU-Richtlinie sei die „konsequente Reaktion auf die zunehmende Bedrohungslage" durch Cybersicherheitsvorfälle. Der Rechtsrahmen solle modernisiert werden, um mit der zunehmenden Digitalisierung und sich verschärfenden Cyberbedrohungslage Schritt zu halten. Die Bundesregierung soll der Vorlage zufolge daher unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie vorlegen, damit das Gesetzgebungsverfahren bis zur Umsetzungsfrist am 17. Oktober 2024 abgeschlossen werden kann und KRITIS-Betreiber Planungssicherheit erhalten. *sto*

Justiz soll weiter digitalisiert werden

Mit einem Bündel an Maßnahmen soll die Justiz in Deutschland weiter digitalisiert werden. Am Freitag passierte ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung in geänderter Fassung (20/11788) mit großer Mehrheit den Bundestag. Ziel sei es demnach, durch Rechtsanpassungen im Bereich des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung die bereits fortgeschrittene Digitalisierung in der Justiz in allen Verfahrensordnungen weiter zu fördern Der Entwurf sieht Änderungen in 26 einzelnen Gesetzen und Verordnungen vor. *scr*

CDU/CSU und AfD ist das Bürgergeld schon lange ein Ärgernis. Beide Parteien haben deshalb alternative Konzepte erarbeitet, mit einem stärkeren Fokus auf das Fordern. © picture-alliance/CHROMORANGE/Michael Bihlmayer

Angriff und Verteidigung

AKTUELLE STUNDE Union und AfD fordern neue Grundsicherung. Koalition kritisiert Populismus

Die Aufarbeitung der Europawahl-Ergebnisse hat diese Woche auch im Bundestag begonnen. Mit einem Thema, das vielleicht vielen nicht als erstes dazu einfällt. Aber für die Unionsfraktion ist klar: Eine Lehre aus ihrem guten Abschneiden beziehungsweise der klaren Watsche für die Ampel-Bundesregierung ist: Das Bürgergeld muss weg. So lautete zumindest sinngemäß der Titel der von ihr beantragten Aktuellen Stunde, die im Bundestag am Donnerstagnachmittag stattfand. Aktuelle Stunden sind stets eine gute Gelegenheit, politischen Kontrahenten einfach mal ordentlich eins mitzugeben. Da es nicht die erste Grundsatzdebatte zum Thema Bürgergeld war, zeigten sich alle Seiten einigermaßen routiniert, aber trotzdem leidenschaftlich, in Angriff und Verteidigung.

Den Anfang machte für die Unionsfraktion Carsten Linnemann, den bei seiner Kritik vor allem die Zahl der Menschen, die in Beschäftigung vermittelt werden, umtrieb. So rechnete er vor, dass in den 16 Jahren von 2006 bis 2022 die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsbezieher um 1,5 Millionen gesunken sei. Aber: „Dann kam das Bürgergeld, und das war der Wendepunkt zum Negativen." Heute seien 200.000 Menschen mehr im Bürgergeld-Bezug als zum Start 2022, auch weil das Prinzip des Forderns und Förderns nicht mehr gelte.

> **»Wer arbeiten kann, muss arbeiten gehen, sonst gibt es keine Sozialleistungen.«**
> *Carsten Linnemann (CDU)*

Es müsse aber klar sein, „wer arbeiten kann, muss arbeiten gehen, ansonsten gibt es keine Sozialleistungen. Wir brauchen eine ‚neue Grundsicherung, die den Vermittlungsvorrang in Arbeit wieder einführt", sagte Linnemann unter Verweis auf das gleichnamige Konzept seiner Partei. Das Bürgergeld sei „die schlechteste Sozialstaatsreform der letzten 20 Jahre", so sein Resümee.

Annika Klose (SPD) fragte ihn daraufhin: „Ist das wirklich ihr Ernst? Glauben Sie wirklich, dass die Bürger die Union bei der EU-Wahl wegen ihres Konzeptchens der neuen Grundsicherung gewählt haben?" Wie später Grüne und FDP-Abgeordnete, wies auch die Sozialdemokratin darauf hin, dass die Union der Einführung des Bürgergeldes im Vermittlungsausschuss zugestimmt habe. „Das Bürgergeld ist keine soziale Hängematte: Dreh- und Angelpunkt sind die Qualifizierung und Weiterbildung von Menschen. Es ist auch kein bedingungsloses Grundeinkommen. Hören Sie endlich auf, Menschen, die wenig haben, gegen Menschen, die gar nichts haben, gegeneinander auszuspielen. Damit machen Sie das Geschäft derjenigen, die hier ganz rechts außen sitzen", empörte sich Klose.

AfD lobt ihr »Spitzenmodell« Norbert Kleinwächter (AfD) erwiderte in Richtung Koalitionsfraktionen: „Warum regieren Sie eigentlich noch? Es ist wirklich Zeit für einen Rücktritt", denn diese Regierung könne die Probleme des Landes nicht mehr lösen. Das Bürgergeld sei „eine Katastrophe. Wir haben von Anfang an gesagt, es wird viel zu teuer, Sie haben es eingeführt, und jetzt haben wir den Schlammassel." Kleinwächter lobte das AfD-Modell einer „aktivierenden Grundsicherung" als „einsame Spitze. Wir werden die Leute in Arbeit bringen, weil wir auch Bürgerarbeit einführen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass illegale Migranten keinen Zugang mehr zur Grundsicherung haben. Wir werden das System entlasten", sagte er.

Andreas Audretsch (Grüne) warf der Union vor, keine klare Haltung zu haben. So beziehe sie unter anderem in der Frage der Realisierung des Lohnabstandsgebotes nicht klar Position. „Sie sagen zum Beispiel nie, dass Sie die Regelsätze senken wollen, weil Sie genau wissen, was das bedeutet." Wenn man über Lohnabstand rede, dann gehöre dazu auch, über anständige Löhne zu reden. „Und da sind Sie ein Totalausfall. Auch da sind Sie nicht in der Lage, eine Position zu formulieren. Sie haben keine Antworten, weil Sie nur darauf aus sind, Unfrieden in die Gesellschaft zu tragen", sagte Audretsch.

> **»Sie haben keine Antworten. Ihnen geht es darum, Unfrieden zu stiften.«**
> *Andreas Audretsch (Grüne)*

Jens Teutrine (FDP) betonte, „auch wir sind nicht zufrieden, wenn weniger Menschen in Arbeit vermittelt werden, weil wir den Wert der Arbeit kennen". Deshalb fordere seine Partei Korrekturen beim Bürgergeld. „Deshalb erwarten wir eine Nullrunde, denn es kann nicht sein, dass Sozialleistungen immer weiter steigen, das schwächt die Erwerbsanreize und die Leistungsgerechtigkeit", sagte der Liberale. Aber einfach nur mehr Härte und mehr Steuergerechtigkeit zu fordern, reiche auch nicht aus, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen, ergänzte er und lobte in diesem Zusammenhang die höheren Hinzuverdienstgrenzen im Bürgergeld.

Janine Wissler (Die Linke) attackierte die Union scharf: „Sie stellen Bürgergeld-Beziehende als faul da. Aber schauen wir uns die Fakten doch mal an: Von den rund 5,5 Millionen Menschen im Bürgergeld sind zwei Millionen Kinder und Jugendliche." Etwa 1,5 Millionen seien in einer Maßnahme, Ausbildung oder pflegten Angehörige, viele seien chronisch krank. Mehr als 20 Prozent seien Aufstocker, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Arbeitgeber sparten so Lohnkosten auf Kosten der Allgemeinheit. „Das ist Sozialleistungsmissbrauch."

Alexander Ulrich (Gruppe BSW) sagte an die Union gerichtet: „Wenn Sie mit Arbeitnehmern reden, merken Sie, deren Grundproblem ist nicht das Bürgergeld, sondern die Deindustrialisierung durch diese Bundesregierung." Die Antwort darauf seien Investitionen und die Auflösung der Schuldenbremse und nicht Diskussionen über das Ende des Bürgergeldes. *Claudia Heine*

Hilfen für Asylsuchende

SOZIALES Antrag der Union als überholt abgelehnt

Leistungen für Asylbewerber einzuschränken - das hat die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag gefordert, aber dafür nicht die nötige Mehrheit erhalten. Am Mittwoch lehnte das Parlament die Forderung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP und den Stimmen der Gruppe Die Linke ab. Für den Antrag (20/9740) stimmten die AfD-Fraktion und die Gruppe BSW. An die Ausschüsse überwiesen wurde zugleich ein AfD-Antrag (20/11745) zur „Eindämmung von Sozialleistungsmissbrauch" durch Bürgergeld-Bezieher mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Die CDU/CSU-Fraktion hatte in ihrem Antrag konkret weniger Leistungen für Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gefordert. Rechtliche Spielräume dafür müssten genutzt werden. Unter anderem sollte die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür schaffen, die Bezugsdauer der niedrigeren Leistungen nach dem AsylbLG von 18 Monaten auf 36 Monate zu verlängern. Die vorrangige Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen und die Einführung einer möglichst bundeseinheitlichen Bezahlkarte solle zur Regel gemacht werden, Rücküberweisungen in Herkunftsländer nicht mehr erlaubt sein. Solange eine Ausreisepflicht besteht und eine Ausreise tatsächlich und rechtlich möglich ist, solle eine Leistungskürzung auf das physische Existenzminimum stattfinden, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag.

Stephan Stracke (CSU) warf der Koalition vor, eine Politik zu machen, die nur noch frustriere. „Die Bürger erwarten zu Recht, dass nicht Schlepper und Schleuser darüber entscheiden, wer in unser Land kommt, sondern dass es der Staat ist, der darüber bestimmt." Norbert Kleinwächter (AfD) stellte an die Union gerichtet fest: „Sie liegen damit ja nicht technisch falsch; aber Sie gehen nicht weit genug. Lassen Sie sich mal von uns erklären, wie das geht: Zuerst müssen wir die Grenzen sichern." Und Klaus Ernst (BSW) dankte der Union ausdrücklich für den Antrag.

Falsche Annahmen Kritik musste sie sich auch anhören. Annika Klose (SPD) attestierte der Union, sie „unterstellt recht simpel, dass die Leute im Kriegsgebiet sitzen und quasi erst einmal alle Länder durchgehen und überlegen, wo sie welche Sozialleistungen für welche Dauer abrufen können". Stephanie Aeffner (Grüne) warf CDU/CSU eine einseitige Polarisierung gegen die Grünen vor. Vieles in dem Antrag habe sich bereits erledigt, die Grundannahmen blieben dennoch falsch. Jens Teutrine (FDP) forderte von der Union: „Es ist jetzt Ihr Job, die Bezahlkarte vor Ort einzuführen. Sie haben es lange gefordert; wir haben geliefert." Clara Bünger (Die Linke) stellte fest: „Sie setzen uns etwas vor, was die Koalition in der Hauptsache längst umgesetzt hat, und zwar vor Monaten. Ist Ihnen das nicht mal peinlich?" *che*

Aktionsplan für Vielfalt

FAMILIE Queerfeindlichen Angriffen etwas entgegensetzen

Allein in der Hauptstadt sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft Berlin im vergangenen Jahr fast 800 queerfeindliche Angriffe angezeigt worden. Diese Zahlen steigen seit Jahren bundesweit. Um der Queerfeindlichkeit entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung einen Aktionsplan für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt verabschiedet.

Über diesen Plan (20/4573) hat der Bundestag am Mittwoch erstmals diskutiert und ihn zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Das 16-seitige Dokument enthält Empfehlungen für Initiativen in sechs Handlungsfeldern: Rechtliche Anerkennung, Teilhabe, Sicherheit, Gesundheit, Stärkung von Beratungs- und Communitystrukturen, Internationales.

© picture-alliance/dpa

Demonstration des Bündnisses für sexuelle Vielfalt in Berlin

Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann (Grüne), verwies in der Debatte auf die Fortschritte beim Abbau von Diskriminierungen. Doch das reiche nicht, es brauche zum Beispiel einen verfassungsrechtlichen Schutz der Ehe für alle, damit dieser Fortschritt nicht wieder zurückgedreht werden könne. Seine Parteikollegin Nyke Slawik (Grüne) forderte eine Reform des Abstammungsrechts.

Kritik am Label Mareike Lotte Wulf (CDU) kritisierte die Vereinnahmung ganzer Bevölkerungsgruppen, denn „nicht jeder, der homosexuell oder transgeschlechtlich ist, kann mit dem Label ‚queer' etwas anfangen". Anke Hennig (SPD) sagte: „Wir sind noch lange nicht am Ende angekommen, denn es gibt noch unzählige Bereiche, in denen queere Menschen keine Gleichberechtigung erfahren." Martin Reichardt (AfD) warf den Grünen vor, „die traditionelle Familie zersetzen, Frauen und Kinder gefährden und Minderheitenpolitik der Mehrheit aufdrücken" zu wollen. Jürgen Lenders (FDP) fragte deshalb nach der Definition von „Minderheit". „In Deutschland definieren sich 11 Prozent der Menschen als queer. Das sind über 9 Millionen Menschen!" Gökay Akbulut (Gruppe Die Linke) bemängelte, dass die Regierung die sozialen Themen vernachlässige, wie zum Beispiel Wohnungslosigkeit. *che*

Streit über Betreibermodell

VERTEIDIGUNG Debatte über Gefechtsübungszentrum

Nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion soll das Kooperationsmodell zwischen der Bundeswehr und einer zivilen Firma für den Betrieb des Gefechtsübungszentrums des Heeres in Gardelegen fortgesetzt werden. In einem Antrag (20/11760), über den der Bundestag am Donnerstag erstmals debattierte und zur weiteren Beratung in den Verteidigungsausschuss überwies, fordert die Union die Bundesregierung auf, „umgehend" alle Maßnahmen zu ergreifen, um einen unterbrechungsfreien Weiterbetrieb des Gefechtsübungszentrums sicherzustellen. Der aktuelle Betreibervertrag für den zivilen Anteil laufe noch bis zum 31. Januar 2026 mit einer Verlängerungsmöglichkeit bis zum 31. August 2026.

Das Gefechtsübungszentrum werde seit 1997 mit wirtschaftlichem wie militärischem Erfolg in Kooperation zwischen der Bundeswehr und einem zivilen Konsortium betrieben, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag. Der Ausbildungs- und Übungsbetrieb werde maßgeblich durch die mehr als 1.000 Soldaten und zivilen Mitarbeiter sichergestellt. Diese Kooperation nutze zum einen Knowhow des zivilen Dienstleisters und schone zum anderen Personalressourcen der Bundeswehr.

Maßgabebeschluss der Haushälter Laut einem Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses aus dem Jahr 2019, so führte der CDU-Abgeordnete Jens Lehmann aus, soll das Gefechtsübungszentrum ab 2026 im Eigenbetrieb durch die Bundeswehr betrieben werden. Dieser Maßgabebeschluss müsse aufgehoben werden. Dies werde auch von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und vom Inspekteur des Heeres so gesehen, argumentierte Lehmann.

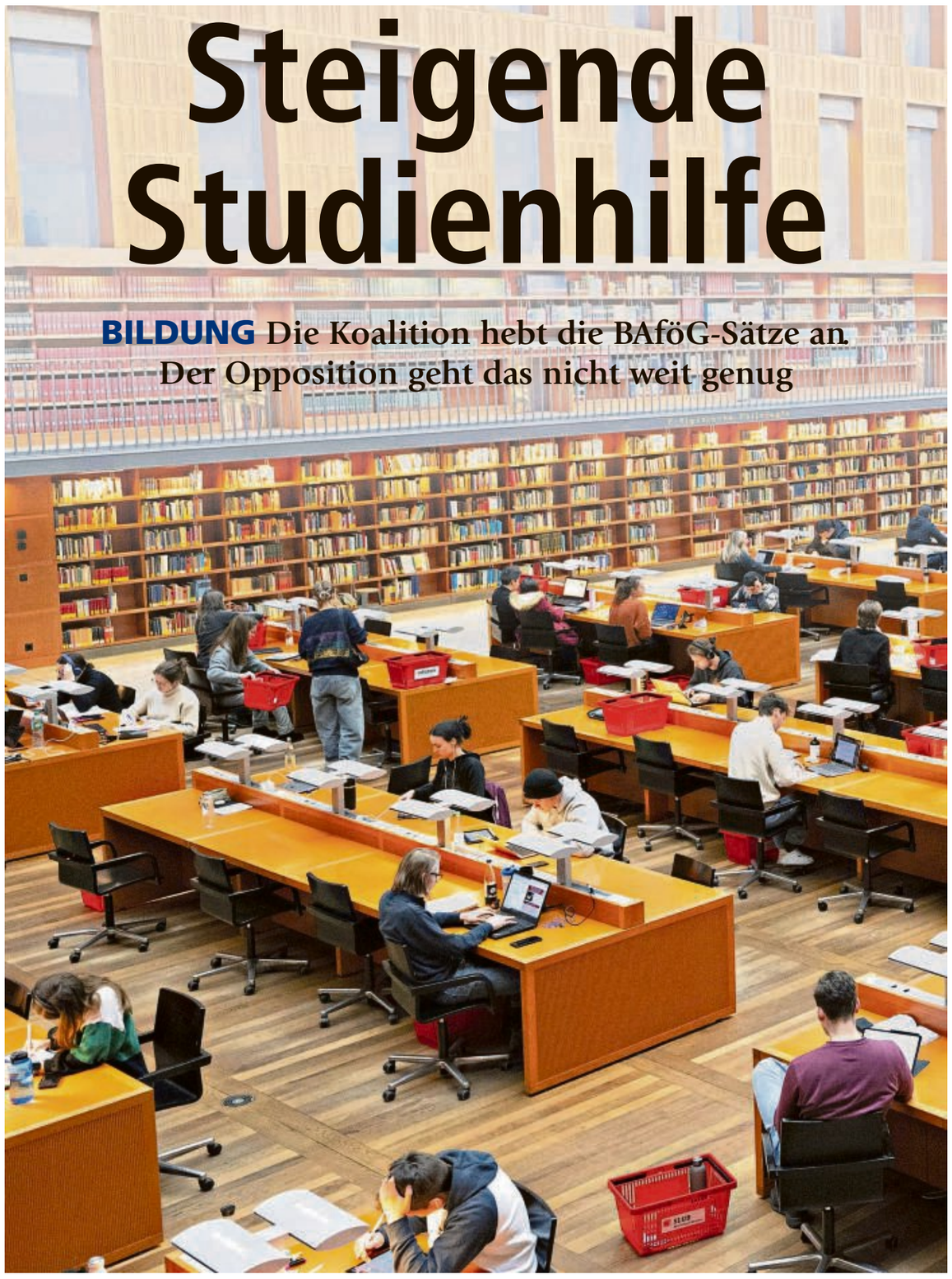
Joe Weingarten (SPD) sagte einen „bruchlosen Weiterbetrieb" des Gefechtsübungszentrum ab August 2026 zu. Doch der Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses sei aus gutem Grund von SPD und Union gemeinsam gefasst worden. Durch die geplante Übernahme des Gefechtsübungszentrums durch die Heeresinstandsetzungslogistik GmbH werde ein effizienter Betrieb garantiert. Allerdings dürften für den Betrieb keine Soldaten eingesetzt werden, die dann an anderer Stelle fehlen, forderte Weingarten.

Personalmangel Unterstützung für den Unionsantrag kam aus den Reihen der AfD. Das Gefechtsübungszentrum werde seit Jahrzehnten erfolgreich mit dem derzeitigen Kooperationsmodell betrieben, sagte Rüdiger Lucassen. Die Bundeswehr habe nie Personal abstellen müssen. In Zeiten des Personalmangels müsse dies auch weiterhin die Lösung sei.

Auch Alexander Müller (FDP) bezeichnete das aktuelle Kooperationsmodell als Erfolg und sprach sich für dessen Fortsetzung aus. Bislang sei es leider nicht gelungen, den Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses aufzuheben. *aw*

Steigende Studienhilfe

BILDUNG Die Koalition hebt die BAföG-Sätze an. Der Opposition geht das nicht weit genug



Büffeln dank BAföG: Die Bedarfssätze der Unterstützungsleistung soll steigen. © picture-alliance/dpa/Sebastian Kahnert

BAföG-Beziehende bekommen ab dem neuen Schuljahr beziehungsweise kommenden Wintersemester mehr Geld. Das hat der Bundestag in seiner Sitzung am Donnerstagvormittag beschlossen. Der zuvor im Bildungsausschuss geänderte Gesetzentwurf (20/11313) der Bundesregierung zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (29. BAföGÄndG) passierte das Haus mit Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die AfD-Fraktion enthielt sich, die Unionsfraktion und die Gruppen Die Linke und BSW votierten dagegen.

Danach werden die BAföG-Bedarfssätze um fünf Prozent erhöht; der sogenannte Grundbedarf für Studierende steigt damit von 452 auf 475 Euro. Die Wohngeldpauschale für diejenigen, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, soll um 20 Euro angehoben werden. Zudem sollen Erstsemester aus ärmeren Haushalten künftig eine einmalige Studienstarthilfe in Höhe von 1.000 Euro erhalten.

Das Gesetz sieht auch vor, den Wechsel des Studienfachs zukünftig zu erleichtern und ein sogenanntes Flexibilitätssemester einzuführen. Ein solches Semester soll es Studierenden ermöglichen, für ein Semester über die Regelstudienzeit hinaus gefördert zu werden. Nicht umgesetzt wird der ursprüngliche Plan, die Mindestraten bei der BAföG-Rückzahlung zu erhöhen.

Monatelang hatte es zuvor innerhalb der Koalition Diskussionen um die Ausgestaltung der geplanten BAföG-Reform gegeben, die ursprünglich keine Erhöhung der Sätze vorgesehen hatte. Dafür musste die Regierung harte Kritik von den Gewerkschaften und Studierendenvertretungen einstecken, die ein existenzsicherndes BAföG sowie die Anhebung der BAföG-Sätze und Wohnkostenpauschale gefordert hatten.

Koalition lobt Reform Im Plenum zeigten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfraktionen zufrieden mit den geplanten Änderungen. „Ich freue mich, dass zukünftige Generationen Studierenden andere, bessere Bedingungen für ihre Ausbildung vorfinden werden“, sagte Ria Schröder (FDP). Sie hob besonders die Einführung des Flexibilitätssemesters und der Studienstarthilfe als Erfolge der Novelle hervor. In dieser Legislatur seien Milliarden investiert worden, um jungen Menschen „exzellente Bildungschancen zu ermöglichen“, befand die Abgeordnete.

Laura Kraft (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete das BAföG als das wichtigste Instrument für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland, das bereits seit fünfzig Jahren Bildungsbiografien verändere. Trotz der nun errungenen Erfolge wünschte sich Kraft, dass die Entwicklung der Studienförderung nun nicht stehenbleiben. Auch weiterhin müsse das BAföG an die wirtschaftlichen Umstände angepasst werden, um jungen Menschen den Bildungsaufstieg zu ermöglichen.

„Wir waren und sind überzeugt, dass alle jungen Menschen ihre Bildungs- und Ausbildungswege frei und unabhängig wählen und gehen können“, sagte Saskia Esken (SPD). Sie lobte das BAföG als eine „durch und durch“ sozialdemokratische Idee. Mit der Erhöhung der BAföG-Sätze und Wohnkostenpauschalen sollen die Sorgen der Studierenden aufgrund hoher Mieten und Stromkosten etwas gemindert werden, so Esken.

Kritik an der Novelle kam von Vertreterinnen und Vertretern der Opposition, die mit Ausnahme des BSW jeweils eigene Anträge zur Reform des BAföG eingereicht hatten, die aber keine Mehrheit fanden.

So nannte Katrin Staffler (CSU) die Reformen des BAföG marginal und nicht strukturell genug. Außerdem fehlten ihr Vorschläge der Bundesregierung zur Entbürokratisierung und Digitalisierung des BAföG. Staffler merkte zudem an, dass die Umsetzung der Reform bis zum kommenden Wintersemester eine enorme Herausforderung für die BAföG-Ämter darstellen werde.

Opposition für höheres BAföG Mittlerweile lebten 36 Prozent der Studierenden in Armut, erklärte Nicole Gohlke (Die Linke) und warf der Regierung vor, dass ihr „echte Bildungschancen“ zu teuer seien. Gohlke kritisierte das BAföG als schlecht und unzureichend; viele Studierende nähmen es aus Angst vor Schulden nicht mehr in Anspruch. Auch die Erhöhung der Bedarfssätze um fünf Prozent und die Erhöhung des Wohngeldzuschusses um 20 Euro seien ungenügend.

Kritik kam auch von Ali Al-Dailami (BSW). Er befand, dass von Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem keine Rede sein könne, da nicht einmal 15 Prozent aller Studierenden BAföG erhielten. Zudem sei die Erhöhung des BAföG so gering, dass es den armutsgefährdeten Studierenden nicht ausreichend helfe, da die steigenden Lebenshaltungskosten nicht ansatzweise mit der Erhöhung ausgeglichen würden. Für Al-Dailami ist die Novelle ein Armutszeugnis für die Regierung: „Aufstieg durch Bildung in Deutschland, das war einmal“, so der Abgeordnete.

Auch Götz Frömming (AfD) forderte eine Anhebung der BAföG-Bedarfssätze um zehn Prozent. Zudem lehnte er die Öffnung des BAföG für geduldete Ausländer und Asylbewerber ab; so werde ein weiterer Magnet für die „ohnehin schon aus dem Ruder gelaufene Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ geschaffen, befand Frömming. *Carolin Hasse*

> STICHWORT

BAföG-Förderung

> **Höchstsatz** Bisher lag der BAföG-Höchstsatz bei 934 Euro pro Monat für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen. Mit der Reform steigt der Höchstsatz auf 992 Euro.

> **Wohnkostenzuschuss** Der finanzielle Zuschuss zum Wohnen soll um 20 Euro von zuvor 360 auf nun 380 Euro steigen.

> **Studienstarthilfe** Der einmalige Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro soll Studierende unter 25 Jahren aus Haushalten mit Bürgergeld unterstützen.

Suche nach Antworten auf den Terror von Mannheim

ISLAMISMUS I Union fordert unbegrenzten »Ausreisearrest«

Als am 31.Mai ein aus Afghanistan stammender Mann auf dem Marktplatz von Mannheim den 29-jährigen Polizisten Rouven Laur mit einem Messer ermordete, war die Betroffenheit in allen politischen Lagern groß. Der Union reicht das aber nicht als Reaktion. Ihre Abgeordneten fordern in einem Antrag (20/11758), „klare Konsequenten aus dem Terror von Mannheim zu ziehen“. Neben einer konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, einem unbegrenzten „Ausreisearrest“ für Straftäter und Gefährder verlangen CDU und CSU auch Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen, bei denen prinzipiell auch die Zurückweisung von Personen möglich sein soll.

Bei der namentlichen Abstimmung am Donnerstag fand sich dafür jedoch keine Mehrheit. Lediglich die AfD-Fraktion stimmte geschlossen mit der Union, was zu 253 Ja-Stimmen, 399-Nein-Stimmen bei elf Enthaltungen führte.

Andrea Lindholz (CSU) beklagte während der Debatte, das Thema sei durch den Bundeskanzler und die SPD-Innenpolitiker im Wesentlichen auf die Ankündigung verengt worden, Straftäter wieder nach Afghanistan und Syrien abschieben zu wollen. Das sei zwar zu begrüßen. „Allerdings hat Innenministerin Faeser das schon im März 2023 angekündigt und bis heute nicht umgesetzt“, sagte Lindholz. Die Bevölkerung habe jedoch die „Politik der leeren Phrasen und der Nebelkerzen“ satt. „Tun Sie etwas, oder geben Sie den Weg frei für Neuwahlen“, forderte Lindholz.

Einem Vorwurf sah sich die Union im Verlauf der Debatte jedoch immer wieder gegenüber. Nämlich dem, für die aktuelle Situation angesichts einer 16-jährigen Regierungszeit selbst mitverantwortlich zu sein. Der Terrorist von Mannheim lebe seit 2013 in Deutschland, sagte Daniel Baldy (SPD). Auch diejenigen, die ein Kalifat auf deutschen Straßen fordern, hätten schon hier gelebt, als die Union noch in Verantwortung war. „Nach 16 Jahren Kanzlerschaft können Sie nicht so tun, als hätten Sie damit nichts zu tun“, sagte der SPD-Abgeordnete.

Brandmauer Steffen Janich (AfD) sagte, die Politik der offenen Grenzen werde zwar durch die Ampel auf die Spitze getrieben. Erfunden habe sie aber die Union. Nun wolle man wohl eine Politikwende und lege mit diesem Antrag ein Best-off der AfD-Forderungen der vergangenen Jahre vor. „Man könnte es fast als Kompliment begreifen, gäbe es da nicht die viel beschworene Brandmauer“, sagte Janich.

Irene Mihalic (Grüne) wies darauf hin, dass ihre Fraktion schon 2020 gefordert habe, die Abschiebung islamistischer Gefährder voranzutreiben. Ideologische Fanatiker und Extremisten dürften nicht die hiesige Freiheit und Sicherheit bedrohen, sagte sie. Gefährder und Straftäter müssten nach Verbüßung ihrer Strafe abgeschoben werden. „Da gibt es in meiner Fraktion keine zwei Meinungen“, machte die Grünen-Abgeordnete deutlich.

Eine zentrale Lehre ist es laut Manuel Höferlin (FDP), „dass wir unsere Migrationspolitik noch entschlossener verorten müssen“. In den vergangenen drei Jahren seien bereits wichtige Schritte unternommen worden, befand er. So seien Abschiebungen erleichtert und die Migration neu geordnet worden. „Wir stellen sicher, dass Personen, die kein Aufenthaltsrecht haben, zügig ausgewiesen werden können“, sagte Höferlin. *Götz Hausding*

Ruf nach Vereinsverboten

ISLAMISMUS II Bundestag lehnt AfD-Anträge ab

Nach der CDU/CSU (siehe Beitrag oben) ist am Donnerstag auch die AfD im Bundestag mit Anträgen zur Bekämpfung des Islamismus in Deutschland gescheitert. Mit den Stimmen aller anderen Fraktionen sowie der Linken und des BSW lehnte das Parlament einen AfD-Antrag (20/11373) ab, den Kampf gegen islamistische Organisationen mit Hilfe weiterer Verbote fortzuführen. Gegen einen Antrag der AfD zu einem Verbot des Vereins Muslim Interaktiv (20/11372) votierten in namentlicher Abstimmung 577 Abgeordnete, 68 stimmten für die Vorlage, elf enthielten sich.

In der Debatte sagte Daniel Baldy (SPD), das Risiko islamistischer Anschläge in Deutschland sei so hoch wie lange nicht mehr, doch seien die Sicherheitsbehörden aufmerksam. Die Regierungskoalition habe den Islamismus fest im Blick, was auch das am Vortag verhängte Verbot eines salafistischen Vereins in Braunschweig zeige. Mit derselben Härte werde man auch im Bund weiterhin gegen Islamisten vorgehen, sei es gegen Muslim Interaktiv oder andere.

Christoph de Vries (CDU) forderte, die Bundesregierung müsse endlich das Islamische Zentrum Hamburg schließen und alle Organisationen verbieten, die in Deutschland ein islamistisches System errichten wollen. Zudem müsse ein Aktionsplan gegen politischen Islamismus erarbeitet werden, wie dies auch beim Rechtsextremismus gemacht worden sei. Angesichts der vielen Initiativen der Union gegen den politischen Islamismus würden die AfD-Vorlagen indes nicht gebraucht.

Lamya Kaddor (Grüne) mahnte, der Kampf gegen den Islamismus könne nicht ohne die Muslime gewonnen werden. Man müsse aber auch von den muslimischen Verbänden verlangen, mit an den „Herausforderungen eines deutschen, also zeitgemäßen Islam zu arbeiten, der hier lebbar ist“.

Bernd Baumann (AfD) wertete das Video von dem tödlichen Attentat auf einen Polizisten in Mannheim als Zeitdokument, das entlarve, was „unkontrollierte Masseneinwanderung“ bedeute. Tausende forderten bereits auf deutschen Straßen ein Kalifat. An der Spitze stehe dabei der Verein Muslim Interaktiv, der endlich verboten werden müsse.

Ann-Veruschka Jurisch (FDP) betonte, das von dem Verein geforderte Kalifat beinhalte, „dass es den Staat Israel nicht mehr geben würde“. Schon das sei ein Signal, dass die Voraussetzungen für ein Vereinsverbot erfüllt sein könnten. Ein solches Verbot müsse „rechtlich wasserdicht“ sein, dürfe aber trotzdem nicht zu lange hinausgezögert werden. *Helmut Stoltenberg*

Musterverfahren für Kapitalanleger entfristet

RECHT Union kritisiert, die Reform gehe nur Symptome an. Koalition erwartet hingegen schnellere und effektivere Verfahren

Kapitalanleger, die sich von Unternehmen getäuscht fühlen, sollen sich auch weiterhin im Rahmen eines Musterverfahrens gerichtlich zur Wehr setzen können. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstagabend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (20/10942). Zuvor hatte der Rechtsausschuss noch diverse Änderungen an der Vorlage vorgenommen (20/11787). Für den Gesetzentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, dagegen die CDU/CSU-Fraktion und die Gruppe Die Linke. Die AfD-Fraktion enthielt sich.

Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz war bislang befristet und wäre ohne Novelle zum 31. August 2024 außer Kraft getreten. Die Regelungen werden nun entfristet, im parlamentarischen Verfahren wurde festgeschrieben, das Gesetz nach fünf Jahren zu evaluieren.

Das Gesetz stelle insbesondere für Ansprüche wegen falscher, irreführender oder unterlassener öffentlicher Kapitalmarktinformation ein besonderes zivilprozessuales Musterverfahren vor den Oberlandesgerichten bereit, schreibt die Bundesregierung. Tatsachen- oder Rechtsfragen, die sich in mehreren Individualklageverfahren vor den Landgerichten gleichermaßen stellen, würden danach dem Oberlandesgericht vorgelegt und in einem einheitlichen Verfahren verhandelt und entschieden. Die Bundesregierung hatte in der Begründung ihrer Novelle angeführt, dass sich das Verfahren „grundsätzlich bewährt“ habe, aber sich in der Praxis zahlreiche Reformbedarfe gezeigt hätten.

Union nicht überzeugt In der Debatte zeigte sich die Union nicht überzeugt von dem Entwurf und den Änderungen der Koalition. Aktuell seien Kapitalanlegermusterverfahren ein „totes Pferd“ und „viel zu langwierig, viel zu kompliziert und viel zu schwerfällig“, sagte Martin Plum (CDU). „Die Verfahren beschäftigen Anleger und Emittenten, Gerichte und Anwälte oft viele, viele Jahre – zu viele Jahre.“ Die nun von der Ampel vorgelegte Lösung werde daran nichts Grundlegendes ändern. Zwar seien einzelne Änderungen, etwa die Möglichkeit für Oberlandesgerichte, den Streitstoff abzuschichten, positiv zu bewerten. Die Reform befasse sich aber nur mit Symptomen und nicht mit Ursachen – hierfür müsste das materielle Recht angegangen werden. Plum kritisierte zudem die Entfristung der Regelungen.

20 Jahre dauerte das Kapitalanleger-Musterverfahren gegen die Telekom. Die Koalition hofft nun auf schnellere Verfahren. © picture-alliance/dpa

Auf Seiten der Koalition überwogen positive Einschätzungen. Katharina Willkomm (FDP) verwies auf das Musterverfahren gegen die Telekom zum dritten Börsengang, dem sich 16.000 Anleger angeschlossen hätten. Ohne Musterverfahren hätten die Anleger mit 16.000 Einzelklagen um ihr Recht kämpfen müssen, so die Liberale. Das Verfahren habe aber 20 Jahre gedauert – „unvorstellbar lang“. Die Reform gestalte die Verfahren nun „einfacher und effektiver“, sagte sie.

Luiza Licina-Bode (SPD) wandte sich gegen Plums Vorschlag, das Gesetz erneut zu befristen. „Man muss irgendwann auch mal Fakten schaffen“, sagte die Sozialdemokratin. Das Gesetz habe sich bewährt.

Ein »Kanarienvogel« Manuela Rottmann (Grüne) sah anders als Plum das ursprüngliche Gesetz nicht als „totes Pferd“, sondern als „Spatz auf der Hand“, weil es eigentlich einen viel größeren Bedarf beim kollektiven Rechtsschutz gebe. Die nun vorgenommene Reform sei mehr als nur „Kosmetik“ und gehe nicht nur Oberflächlichkeiten an. Nun könne man von einem „Kanarienvogel“ sprechen, sagte sie.

Fabian Jacobi (AfD) kritisierte, dass der Entwurf hinter den Ansprüchen zurückbleibe. Er sei nicht gut genug, um zuzustimmen, aber auch nicht schlecht genug, ihn abzulehnen. „Es mag sich dann zeigen, ob er in der Realität eine wahrnehmbare Verbesserung bewirken kann“, sagte Jacobi. *scr*

Politik braucht Forschung

BILDUNG Koalition will Wissenschaftskommunikation stärken

Die Wissenschaftskommunikation soll umfassend und systematisch gestärkt werden. Einen entsprechenden Antrag (20/10606) der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Antragsteller sowie der Unionsfraktion und der Gruppe Die Linke angenommen. Die AfD-Fraktion votierte gegen die Vorlage.

Spätestens die Corona-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, dass Entscheidungen über Lockdowns, Impfkampagnen oder Schutzmaßnahmen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren müssen, um von der breiten Öffentlichkeit akzeptiert zu werden. Daher ist es essenziell, dass sowohl Abgeordnete als auch Wählerinnen und Wähler die wissenschaftlichen Hintergründe verstehen. Denn das stärkt das Vertrauen in politische Entscheidungen. Die Wissenschaftskommunikation spielt hierbei eine zentrale Rolle als Bindeglied zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft.

Systematisch verankern Wie die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag unter anderem fordern, solle die Bundesregierung sicherstellen, dass Wissenschaftskommunikation systematisch auf allen wissenschaftlichen Karrierestufen sowie als integraler Bestandteil der Forschungsförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verankert wird. Auch die Abgeordneten im Plenum betonten am Donnerstag die Bedeutung der Wissenschaftskommunikation.

So argumentierte Stephan Seiter (FDP), Wissenschaft könne dazu beitragen, Lösungen zu großen gesellschaftlichen Problemen wie beispielsweise dem Klimawandel oder dem demografischen Wandel zu finden. Holger Mann (SPD) betonte, dass Wissenschaftskommunikation eine wichtige Rolle beim Treffen von evidenzbasierten Entscheidungen spiele und zur Bekämpfung von Desinformationen und Fake News beitrage. Forscherinnen und Forscher, die ihre Erkenntnisse kommunizieren, müssten besser geschützt werden. Der Abgeordnete Kai Gehring (Grüne) forderte, dass exzellente Wissenschaftskommunikation ein Karrierevorteil für Forschende sein sollte und partizipative Wissenschaftsformate weiterentwickelt werden müssten, um jene zu erreichen, die wenig Kontakt zur Wissenschaft haben.

Kritik kam von Katrin Staffler (CSU), die Mechanismen zur Evaluation von erfolgreicher Wissenschaftskommunikation im Antrag der Koalitionsfraktionen vermisste.

Michael Kaufmann (AfD) kritisierte, dass erfolgreiche Wissenschaftskommunikation zwei Dinge brauche: sowohl den mündigen, aufgeklärten und gebildeten Bürger, als auch eine ergebnisoffene, nicht wertende und nicht selektive Vermittlung aller wissenschaftlicher Standpunkte – das sei jedoch beides derzeit nicht gegeben. *cha*

KURZ REZENSIERT

Annie Jacobsen:

72 Minuten bis zur Vernichtung. Atomkrieg – Ein Szenario.

Heyne, München 2024; 400 S., 22,00 €

Er sei sich nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, hat Albert Einstein einmal gesagt. In einem vierten aber würden die Menschheit mit Stöcken und Steinen kämpfen. Im Kalten Krieg galt für Atomwaffen die Formel eines „Gleichgewichts des Schreckens": Diese Waffen seien dazu da abzuschrecken. Ihr Einsatz galt als undenkbar, ein Atomkrieg wäre für keine Seite zu gewinnen. Mit den atomaren Drohungen Russlands als Begleitrauschen des Angriffskriegs auf die Ukraine sind die Sorgen vor einer Eskalation zurückgekehrt. Wie es zum Äußersten kommen könnte, das hat die US-Journalistin Annie Jacobsen in ihrem Buch skizziert. Das Szenario: Die USA werden mit einem (wahrscheinlich) atomaren Marschflugkörper von der koreanischen Halbinsel angegriffen und entschließen sich zum vernichtenden Gegenschlag. Vom Zeitpunkt des Entdeckens auf den US-Radaren an lässt Jacobson einen Countdown ablaufen: Es ist ein von einem gut geölten Räderwerk und von vielen klugen Leuten durchdachten Nukleardoktrinen ermöglichter Ritt ins Armageddon.

Das mag zuweilen reißerisch wirken. Das Verdienst Jacobsens ist aber, dieses fiktive Szenario auf den Boden harter und mit einigem Fleiß zusammengetragener Fakten zu stellen: Bedenkt man, dass Atommächte über Einsatzregeln, Befehlsketten und technische Details mit guten Gründen einige Geheimnisse hüten, ist das eine überzeugende Rechercheleistung. Besonders beeindruckt die Unausweichlichkeit, mit der Jacobsen das Wechselspiel aus Fehlwahrnehmungen, knappen Entscheidungsspielräumen und Zeitfenstern beschreibt. Niemand muss sich von Darstellungen wie diesen kirre machen lassen, keinesfalls ist Jacobsens Buch als Begleitheft für das russische Schüren atomarer Ängste zu lesen. Unbedingt aber als Vernunftaufruf für das Einrichten roter Telefone, für Rüstungskontrolle und Transparenz. Gerade hier sind zuletzt wichtige Verträge zwischen den Atommächten USA und Russland annulliert und einiges Porzellan zerschlagen worden. *Alexander Heinrich*

»Augenöffnende Analyse«

DEUTSCHER SACHBUCHPREIS Die Historikerin Christina Morina ist für ihr Werk „Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren" mit dem Deutschen Sachbuchpreis 2024 auszeichnet worden. Die Jury wählte das Buch unter den acht Nominierten für die mit 25.000 Euro dotierte Auszeichnung aus. Morina habe anhand bisher wenig beachteter Quellen wie Briefen, Petitionen und Flugblättern aufgezeigt, wie unterschiedlich sich das Demokratieverständnis in Ost- und Westdeutschland entwickelt habe, heißt es in der Begründung der Jury. Morinas „augenöffnende zeitgeschichtliche Analyse" gebe Bürgerinnen und Bürgern der DDR und der Bundesrepublik eine Stimme. Ihr Buch sei eine „profunde deutsch-deutsche Demokratiegeschichte ‚von unten' jenseits vorgefertigter Erzählmuster und polemischer Einseitigkeiten".

© picture-alliance/dpa

Christina Morina

Die Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels würdigt zum vierten Mal ein herausragendes Sachbuch in deutschsprachiger Originalausgabe, das Impulse für die gesellschaftliche Auseinandersetzung gibt. Schirmfrau der Auszeichnung ist Kulturstaatsministerin Claudia Roth, Hauptförderin ist die Deutsche Bank Stiftung.

Nominiert waren außerdem: Jens Beckert („Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht"), Sebastian Conrad („Die Königin. Nofretetes globale Karriere"), Ruth Hoffmann („Das deutsche Alibi: Mythos „Stauffenberg-Attentat" – wie der 20. Juli 1944 verklärt und politisch instrumentalisiert wird"), Roman Köster („Müll. Eine schmutzige Geschichte der Menschheit"), Frauke Rostalski („Die vulnerable Gesellschaft. Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit"), Marcus Willaschek („Kant. Die Revolution des Denkens") und Moshe Zimmermann („Niemals Frieden?:Israel am Scheideweg"). *aw*

Walter Ulbricht redet auf dem VI. Parteitag der SED vom 15. Januar bis 21. Januar 1963 in Ost-Berlin. Links hinter ihm sitzt der sowjetische Generalsekretär Nikita Chruschtschow. © picture-alliance/akg-images

Der rote Machiavellist

WALTER ULBRICHT Ilko-Sascha Kowalczuk beendet seine monumentale Biografie des Diktators

War Walter Ulbricht ein eigenständiger kommunistischer Diktator? Oder war er nur eine Marionette Moskaus, die sich führen ließ, um führen zu können? Hält man den zweiten Band der bislang kenntnisreichsten und abgewogensten Biografie des „Spitzbarts" von Ilko-Sascha Kowalczuk in den Händen ergibt sich ein ebenso differenziertes wie klar konturiertes Bild des DDR-Staatsratsvorsitzenden. Erst mit seiner Rückkehr aus dem Moskauer Exil unmittelbar nach Kriegsende sollte sich herausstellen, was er machtpolitisch umzusetzen gedachte und imstande war. Ohne die Implementierung, Schützenhilfe und Legitimation durch Stalin hätte er weder die DDR aufbauen noch sie über Jahrzehnte beherrschen können. Er ist den Direktiven aus der Sowjetunion zwar meist brav gefolgt, hat sich aber selten gescheut, seine eigenen Pläne anzugehen und durchzusetzen. Und diese waren in erster Linie darauf ausgerichtet, eine möglichst unangefochtene Machtstellung zu erringen, sie auszubauen und mit allen Mitteln zu verteidigen.

Genau davon handelt im Kern der abschließende Teil dieser monumentalen Herrschaftsbiografie. War der erste Band noch sehr darauf konzentriert, die persönliche und politische Entwicklung und Prägung Ulbrichts zum Kommunisten zu analysieren, geht es nun verstärkt darum, welchen Einfluss er bei den zentralen Ereignissen und Entscheidungen in der DDR-Geschichte hatte. Von der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED 1946 sowie der Staatsgründung im Oktober 1949 über den Aufstand vom 17. Juni 1953 und den Mauerbau 1961 und die vollständige Entfaltung und Sicherung seiner Macht in den 1960er Jahren bis zur Wachablösung durch Erich Honecker 1971.

»Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille.«

Parole der Demonstranten vom 17. Juni in der DDR

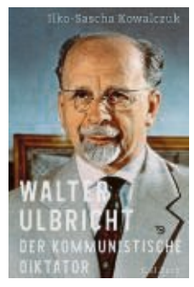
Erstaunlich ist immer wieder, dass er sich seiner machtpolitischen Stellung in Partei und Staat über die ersten Jahre hinweg nicht sicher sein konnte, er bei vielen Parteigenossen und der Bevölkerung verhasst war und er auch gut hätte scheitern können. Insbesondere während der Unruhen von 1953, als er mit den Worten „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille" angegriffen wurde.

Kowalczuk entfaltet Ulbrichts Politkarriere in all ihren charakterlichen und gesellschaftlichen Dimensionen. Sei es bei der Zwangskollektivierung, der Planwirtschaft, der sozialistischen Kulturpolitik, seiner auf staatliche Souveränität setzenden Deutschlandpolitik oder seiner vom Kalten Krieg gespeisten Militär- und Geheimdienstpolitik. Es wird sehr deutlich, dass Ulbricht seine politisch-ideologischen Grundsätze nie verließ, aber sie als Realpolitiker immer wieder an neue Bedingungen anpasste. Er war ein Machiavellist, der kaum moralische Skrupel kannte und entsprechend mit Opposition jeder Art umging.

Kowalczuk wartet beständig mit der Beschreibung, Analyse und Interpretation zentraler politischer und gesellschaftlicher Entscheidungen und Entwicklungen auf, die Ulbricht maßgeblich beeinflusst oder gar bestimmt hat. Es bleibt jedoch immer wieder zu fragen, wie unumschränkt sein Handlungsspielraum dabei wirklich war. Bisweilen vernachlässigt er auch die systemimmanenten Faktoren des Sozialismus, die nicht selten im Widerspruch zu Ulbrichts Handeln und Denken standen. Darunter litt bisweilen auch die Glaubwürdigkeit seiner Politik. Das machte sich vor allem nach dem Tode Stalins 1953 bemerkbar, als sich der Wind in der Sowjetunion drehte und Ulbricht Erklärungen für die bisweilen nur oberflächliche Abkehr vom bisherigen Kult und Terror finden musste. Im Gegensatz zu seinen „Lehrjahren" in der Weimarer Republik und der NS-Zeit war er nun in der politischen Verantwortung und hatte viel mehr als früher zu verlieren.

Dennoch erklärt Kowalczuk souverän, wie geschickt Ulbricht immer wieder taktierte, im Gegensatz zu seinem späteren Nachfolger Honecker den Konflikt mit inneren und äußeren Gegnern nicht scheute, bewusst die Halbwahrheit sagte und log, um seine machtpolitischen Ziele zu erreichen und zu sichern. Dies lässt sich von der Gründung der SED über den Bau der Mauer bis hin zu den unruhigen Jahren Ende der 1960er Jahre nachverfolgen. Dabei wird auch nicht der kleinste Aspekt seiner Herrschaftssicherung und seines Machtstrebens außer Acht gelassen. Akribisch geht Kowalczuk allen Facetten von Ulbrichts Persönlichkeit und Politik nach, so dass erstmals eine umfassende Biographie des „kommunistischen Diktators" vorliegt.

Auch wenn der Autor betont, keine „als Biographie verbrämte SBZ/DDR-Gesamtgeschichte zu schreiben", so lässt sich dieser ehrgeizige lebensgeschichtliche „Rundumschlag" doch auch als eine solche lesen. Zum einen weil Ulbricht in alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens der DDR hineinregierte. Zum anderen weil Kowalczuk es konzeptionell, sprachlich und fachlich bestens versteht, Ulbrichts autoritäres Wirken in die allgemeine Zeit- und DDR-Geschichte einzubinden. Man hat nicht ohne Grund das Gefühl, dass der Autor mit seiner historischen Arbeit uns nicht nur Ulbricht wieder ins Bewusstsein rufen, sondern sich auch selbst ein kleines Denkmal setzen wollte. *Jörg von Bilavsky*



Ilko-Sascha **Kowalczuk:**

Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator.

C.H. Beck, München 2024; 956 S., 58,00 €

»Ein hochgeschätzter Freund der DDR«

STASI Heribert Schwan erzählt die Geschichte der Ausspähung der Bundespräsidenten

Es war kein Zufall, dass Helmut Kohl den Journalisten Heribert Schwan zum Ghostwriter seiner Erinnerungen machte, auch wenn diese Zusammenarbeit unschön endete. Schwan gehört zu den besten Kennern unserer Zeitgeschichte. Sein neues Buch über die Ausspähung der Bundespräsidenten durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR belegt seine überragende Expertise.

Auf den ersten Blick kommt das Buch wenig spektakulär daher: Nach etwas langatmigen Berichten über die Amtszeiten der sechs Bundespräsidenten zwischen 1949 und 1994 – Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker – erfährt der Leser Wissenswertes über die Methoden der Informationsbeschaffung der Stasi und ihre Interna. Die Analyse der Archivunterlagen gelingt Schwan so spannend, dass sie sich wie ein politischer Roman liest.

Neben den Biografien der sechs Bundespräsidenten enthält das Buch die Lebensläufe ausgewählter Stasi-Spitzel: Ihre Decknamen lauteten „Olaf", „Flöt", „Friedrich", „Karstädt", „Max", „Komet", Brede", „Iris" oder „Krüge". Die sogenannten „Kundschafter des Friedens" unter der Leitung von Markus Wolf durchleuchteten das politische Bonn, berichteten aus dem Bundeskanzleramt, den Ministerien und aus dem Präsidialamt. Die dritte Reihe von Schwans „Romanhelden" bilden die Stasi-Offiziere, die Spitzel anwarben, betreuten und deren Berichte über den jeweiligen Bundespräsidenten analysierten. Ursprünglich arbeiteten sie als Mechaniker, Handwerker oder Landwirt, bevor sie die Karriereleiter erklommen und zum Offizier oder General des MfS aufstiegen.

Neben Tausenden Seiten Stasi-Akten, darunter Agentenberichte, Observationsprotokolle und Abschriften abgehörter Gespräche, sichtete Schwan die Erinnerungen der beteiligten Akteure und die entsprechende Sekundärliteratur. Dabei stützt er sich auch auf die umfangreichen Veröffentlichungen deutscher Historiker, die die Lebensläufe und das politische Schaffen der Bundespräsidenten bereits detailliert erforschten, unter anderen das im vergangenen Jahr erschienene Standardwerk von Norbert Frei „Im Namen der Deutschen" über die NS-Vergangenheit der Bundespräsidenten.

Heribert Schwan:

„Heuss weiß es und billig es."

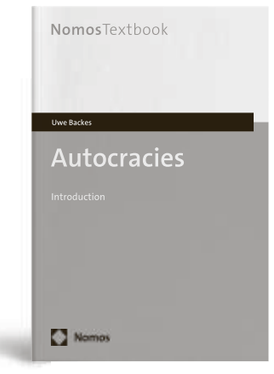
Heyne, München 2024 368 S., 25,00 €

Propaganda Schwan zeichnet nach, welchen Wissensstand die DDR-Führung über die politischen Machtverhältnisse in Bonn hatte, unter besonderer Berücksichtigung der Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Staatsbesuche der Bundespräsidenten. Das erworbene Wissen wurde nicht nur nutzbringend von der DDR-Außenpolitik verwendet, sondern es diente der Desinformation, Propaganda und gezielten Verleumdung westdeutscher Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Bemerkenswert ist die Schlussfolgerung Schwans, warum Ost-Berlin bei der Ausspähung der sechs Bundespräsidenten unterschiedliche „aktive Maßnahmen" einsetzte. So ignorierte die Stasi „ambivalente Haltung" von Heuss zum Nationalsozialismus, während sie gegen Lübke mit einer massiven Diffamierungskampagne vorging. Besonders beliebt war Richard von Weizsäcker: Er galt den Genossen „als hoch geschätzter Freund der DDR". *Aschot Manutscharjan*

Anzeige

Autokratien im Vergleich



Autocracies
Von Prof. Dr. Uwe Backes
2024, 196 S., brosch., 29,– €
ISBN 978-3-7560-0637-3
E-Book 978-3-7489-4267-2
(NomosTextbook)

Das Studienbuch führt umfassend in die Funktions- und Entwicklungsbedingungen nicht-demokratischer Regime ein. Es breitet die Ergebnisse der internationalen Autokratieforschung aus, macht mit deren Konzepten und Methoden vertraut, informiert über die Typen der Autokratie und beleuchtet deren Stabilitätsbedingungen.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

20. Juni 1974: Der Bonner Staatssekretär Günter Gaus (rechts) überreicht dem DDRStaatsratsvorsitzenden Willi Stoph sein Beglaubigungsschreiben als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. © Bundesarchiv, Bild 183-N0602-026/Joachim Spremberg

Ein Haus mit Anziehungskraft

DEUTSCH-DEUTSCHE GESCHICHTE Vor 50 Jahren wurde die Bonner Ständige Vertretung in Ost-Berlin eröffnet

Eine Minute nach elf Uhr wurden an der Längsseite im Empfangssaal des Staatsratsgebäudes in Ost-Berlin mit einem Ruck die Flügeltüren geöffnet. Willi Stoph, der höchste Repräsentant der DDR, betrat den grün-weiß gemusterten Teppich, der den Boden des Audienzraumes fast völlig bedeckte. Ihm gegenüber stand, begleitet von einigen Mitarbeitern, Günter Gaus, der erste Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, bereit, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Nach einem höflichen Wortwechsel, bei dem beide den Wunsch ihrer Regierungen nach gut nachbarlichen Beziehungen betonten, bekräftigen sie dies mit einem kräftigen Händedruck.

Der historischen Begegnung am 20. Juni 1974 war ein pompöses Zeremoniell vorausgegangen, mit dem der sozialistische deutsche Staat auswärtige Botschafter zu akkreditieren pflegte. Gewöhnlich gab es dazu vor dem Amtssitz des Staatsoberhauptes den Auftritt einer Ehrenkompanie des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“. Doch an diesem Tag hatte sich der Platz in eine Baustelle verwandelt, und so fand der militärische Staatsakt, den Blicken Schaulustiger entzogen, im Hof des Gebäudes statt.

Alle Mitarbeiter wussten, dass sie im Fadenkreuz der DDR-Staatssicherheit standen.

Zur Berichterstattung waren lediglich drei bundesdeutsche Korrespondenten zugelassen worden. Ich stand mit meinen beiden Kollegen am Fenster des breiten Treppenhauses und beobachtete, wie der Kommandeur der Ehrenkompanie Meldung erstattete. Nur nach außen bewegungslos, vernahm Gaus, wie ein Musikzug der Nationalen Volksarmee die beiden Nationalhymnen intonierte. Dann schritt er, begleitet vom DDR-Protokollchef, unter den Klängen von Beethovens Militärmarsch Nr. 1 die Front der Soldaten ab, die in grauer Uniform preußischen Zuschnitts ihr Gewehr präsentierten. Zum Schluss grüßte er – wie es das Protokoll vorschrieb – die schwarz-rot-goldene DDR-Fahne mit Hammer und Zirkel durch „Neigen des Kopfes“.

Der Weg bis zu diesem Tag war lang und beschwerlich. Zwar hatten die beiden deutschen Staaten im Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 die Einrichtung „Ständiger Vertretungen“ (StäV) vorgesehen. Doch über Rechtsstatus und Zuständigkeiten dieser Institutionen gingen die Ansichten weit auseinander. Während die DDR sie klassischen Botschaften anderer Staaten rechtlich gleichstellen wollte, war die Bundesregierung der Ansicht, die geplanten Institutionen dienten innerdeutschen und nicht diplomatischen Beziehungen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR sei damit nicht verbunden.

Viele Monate blieben die Gespräche über diese Kernfragen erfolglos. Erst im Herbst 1973 kam Bewegung in die festgefahrene Situation. Günter Gaus, designierter Ständiger Vertreter, übernahm als amtierender Staatssekretär Bonns Verhandlungsführung. Sein Gegenüber war DDR-Vizeaußenminister Kurt Nier. Im Februar 1974 präsentierten sie eine Einigung, die beide Seiten ihr Gesicht wahren ließ.

Danach sollten für die Vertretungen, ihre Mitglieder und Familienangehörigen die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen „entsprechend“ gelten. Die Chefs trugen die Amtsbezeichnung Ständiger Vertreter, nicht Botschafter. Ferner wurde vereinbart, dass der Leiter der StäV in Ost-Berlin beim Vorsitzenden des Staatsrates, sein Amtskollege in Bonn beim Bundespräsidenten akkreditiert werden. Ihre Ansprechpartner waren an der Spree das Außenministerium, am Rhein das Kanzleramt. Zudem wurde schriftlich fixiert, dass die bundesdeutsche Vertretung berechtigt sei, die Interessen von Berlin (West) wahrzunehmen.

Am 1. Mai 1974 traf Hans Otto Bräutigam als Leiter der Vorauskommandos mit einem Dienstwagen des Bundeskanzleramts in Ost-Berlin ein. Im Interhotel Unter den Linden bezog er vorläufig Quartier. Den künftigen Chef der politischen Abteilung drängte es, das vorgesehene, noch im Umbau befindliche Kanzleigebäude der Vertretung in der Hannoverschen Straße zu besichtigen. „Es hatte einige Mühe gekostet, der DDR das ansehnliche Gebäude mit fünf Stockwerken abzuringen“, schrieb Bräutigam im Rückblick. „Sie hätte uns am liebsten irgendwo in einer Randlage Berlins untergebracht.“ Doch darauf ließ sich die Bundesregierung nicht ein und beharrte auf dem etwas widerwillig angebotenen Amtssitz in zentraler Lage. Für den sprach auch ein dazu gehörender großer Hof, den die Vertretung für den Anbau eines Casinos nutzen wollte, in dem größere Empfänge möglich waren. Dieses zweigeschossige „Gartenhaus“, von dem aus ein überdachter Gang zum Hauptgebäude führte, wurde im November 1975 mit einem Empfang eingeweiht.

© picture-alliance/e / ullstein bild

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin kurz vor ihrer Eröffnung im Jahr 1974.

Am 24. Juni 1974, vier Tage nach dem Agrément von Gaus und wesentlich später als geplant, nahm die Ständige Vertretung in Ost-Berlin offiziell ihre Arbeit auf. An der Hausfront wehte die Bundesflagge. Am Haupteingang wurde unter interessierten Blicken von Passanten ein Schild enthüllt, das verkündete, wer hier residiert: „Bundesrepublik Deutschland – Ständige Vertretung“. Der verschobene Zeitplan hatte Gründe. Vier Wochen zuvor war Günter Guillaume, der persönliche Referent von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), als Agent des DDR-Staatssicherheitsdienstes aufgeflogen.

Der spektakuläre Spionagefall, der Brandt zum Rücktritt bewog, verschlechterte die ohnehin labile deutsch-deutsche Wetterlage. Bundesdeutsche Gegner der Entspannungspolitik fühlten sich in ihrer Skepsis bestätigt. Brandts Amtsnachfolger Helmut Schmidt (SPD) sah jedoch keinen Grund, die eingeleitete Aufnahme geregelter Beziehungen zur DDR zu stoppen. Über Gaus ließ er den DDR-Regenten lediglich ausrichten, dass die Bundesregierung sehr empört sei und sich Derartiges nicht wiederholen dürfe.

Dem Ständigen Vertreter und seinen Mitarbeitern war von Anfang an bewusst, dass sie im Fadenkreuz der Staatssicherheit standen und damit rechnen mussten, abgehört zu werden. In einen der Räume wurde daher eine Telefonzelle installiert, von der aus gehackte Impulse zum Kanzleramt in Bonn übertragen wurden, wo sie von einem speziellen Empfängergerät wieder decodiert wurden. Ob die Anlage ihren Zweck erfüllte, ist zweifelhaft. In ihrem Buch „Das ‚weiße Haus‘ in Ost-Berlin“ zitiert Jacqueline Boysen eine Sekretärin mit den Worten: „Wir mussten laut und mit hoher Stimme in den Hörer brüllen, sodass die Lauscher auf der anderen Straßenseite wahrscheinlich ohnehin alles mithören konnten.“

Ohne Konsularabteilung Auch die Telex-Verbindung zum Kanzleramt war verschlüsselt. Der Code wurde regelmäßig geändert. Die Vorsicht ging so weit, dass die Sekretariate auch nach der Einführung elektrischer Schreibmaschinen zeitweise wieder mechanische Modelle nutzten – aus Furcht, die Impulse der Elektrogeräte könnten von der Stasi aufgefangen werden. Der Clou aber war die „Laube“, ein abhörsicherer, fensterloser, sauna-ähnlicher Raum im vierten Stock , wo auch der Leiter der Ständigen Vertretung und sein Stellvertreter ihre Büros hatten. Dort fanden tägliche Lagebesprechungen und andere Gespräche statt, die fremden Ohren vorenthalten werden sollten.

Mit rund 80 Mitarbeitern war die StäV die größte westliche Vertretung in Ost-Berlin. Sie kamen aus verschiedenen Bundesministerien. Willkommen waren auch jüngere Referenten, die nicht aus dem Beamtenapparat stammten, aber als Anhänger der sozialliberalen Ostpolitik hoch motiviert waren. Gegliedert war die Vertretung in die Abteilungen Politik, Wirtschaft und Rechtsfragen, denen Referate wie das für Kultur unterstanden. Der Rechtsabteilung oblag das Kerngeschäft. Das reichte von der Lösung humanitärer Einzelfälle über teilungsbedingte Vermögensangelegenheiten, den Reise- und Besuchsverkehr bis zur Familienzusammenführung und Häftlingsbetreuung. Die in Botschaften übliche Konsularabteilung, die Pässe ausstellen kann, fehlte.

Botschaftsbesetzung Nicht nur Bundesbürger und West-Berliner kamen mit ihren Anliegen in die Vertretung, sondern auch Menschen aus Ost-Berlin und den DDR-Bezirken. Weder ließen sie sich von dem vor dem Eingang stehenden Volkspolizisten abschrecken noch von der Aussicht, auf dem Heimweg kontrolliert oder gar verhaftet zu werden. Die meisten suchten Hilfe bei dem Wunsch, aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen zu werden. Immer wieder mussten die Mitarbeiter der StÄV den Bittstellern erklären, dass darüber allein die DDR bestimmen könne und sie nicht berechtigt seien, ihnen die Tür in den Westen zu öffnen.

Kritischer wurde es, wenn Besucher nicht mehr gehen wollten, um auf diese Weise ihre Ausreise zu erwirken. Gaus erlebte das im Frühjahr 1975, als er spät abends in die Vertretung gerufen wurde: „Meine beiden Sekretärinnen waren da, zwischen ihnen kroch so ein entzückendes Baby herum.“ Im Nebenzimmer saß das aus Dresden angereiste Ehepaar, das sich weigerte, das Haus zu verlassen. In seiner Not rief Gaus den Rechtsanwalt Wolfgang Vogel an, der sich in Ausreise-Fällen als verlässlicher Vermittler bewährt hatte. Der machte den Eltern ein Angebot. Wenn sie mit Kind nach Dresden zurückkehrten und nach dem üblichen Verfahren einen Ausreiseantrag stellten, werde ihr Anliegen innerhalb von sechs Wochen positiv beschieden. Dafür garantiere er. Die Familie ließ sich notgedrungen darauf ein und die DDR-Führung ermöglichte Vogel, sein Versprechen zu halten.

Im Januar 1984 besetzten sechs junge DDR-Bürger unter dem Vorwand, einen Film sehen zu wollen, die Bibliothek der US-Botschaft in Ost-Berlin und verlangten,, nach West-Berlin gebracht zu werden. Die Mission wandte sich ratsuchend an ihre Kollegen von der StäV, die auf Rechtsanwalt Vogel verwiesen. Der machte den jungen Männern ein außergewöhnliches Angebot: Wenn sie die Botschaft verließen, könnten sie unter Umgehung des zeitraubenden Amtsweges die DDR verlassen. Nach kurzem Besuch in Vogels Kanzlei, wo sie ihre Ausreiseanträge ausfüllten, fuhr sie der Anwalt noch am Abend desselben Tages mit seinem Auto nach West-Berlin.

Als Medien darüber berichteten, fanden sich sofort Nachahmer. In den folgenden Monaten kamen immer mehr DDR-Bürger, um über die StäV ihre Ausreise zu erzwingen. Hans Otto Bräutigam, der 1982 seinen Vorgänger Klaus Bölling als Leiter der Vertretung abgelöst hatte, sah sich veranlasst, nach Rücksprache mit der Bundesregierung das Haus vorübergehend für Besucher zu schließen. Zu dieser Zeit waren 55 Männer, Frauen und Kinder in dem Gebäude, für die in bedrückender Enge Schlafquartiere eingerichtet worden waren. Hinter den Kulissen suchten die Beauftragten beider Regierungen nach einer Lösung. Sie kam in Form einer Zusicherung auf Straffreiheit und dem Angebot, Ausreiseanträge im Sinne der Betroffenen zu entscheiden. Trotz anfänglichen Misstrauens leerten sich allmählich die Unterkünfte.

Der Höhepunkt der Krise stand indes noch bevor. Als sich 1989 Ostblock-Staaten wie Polen und Ungarn für demokratische Regierungsformen öffneten, hielt die SED-Führung trotzig an ihrem dogmatischen Kurs fest. Während mutige Bürger offen dagegen protestierten, breitete sich bei der Mehrheit der Bevölkerung Staatsverdrossenheit rasant aus. Andere DDR-Bürge wollten nur noch weg. Sie flüchteten in bundesdeutsche Botschaften von Nachbarstaaten. Oder eben in die StäV.

Allein am 8. August suchten 117 Menschen im Haus an der Hannoverschen Straße Zuflucht. Zum zweiten Mal mussten die Rollgitter am Eingang heruntergelassen werden. Die Zustände im Gartenhaus, wo für 19 Einzelpersonen und 39 Familien nur zwei Waschräume nebst zwei Toiletten zur Verfügung standen, nannte die Bundesregierung „menschenunwürdig.“ Die DDR-Regierung stellte sich stur und protestierte gegen die „widerrechtliche“ Wahrnehmung von Obhutspflichten gegenüber DDR-Bürgern. Sie empfahl, die Bittsteller vor die Tür zu setzen, und bot Unterstützung durch „Organe der DDR“ an, um die Menschen aus dem Haus zu entfernen. Das lehnte die Vertretung entschieden ab.

Die meisten suchten Hilfe bei dem Wunsch, aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen zu werden.

Geschockt von Ungarns Ankündigung, seine Grenze zu öffnen und so tausenden angereister DDR-Bürger den Weg in den Westen frei zu machen, zeigte sich die DDR-Führung bereit, den Flüchtlingen in der Vertretung Straffreiheit zu gewähren und ihre Ausreiseanträge zu genehmigen. Am 8. September, drei Tage bevor sich der Eiserne Vorgang zwischen Ungarn und Österreich hob, teilte Wolfgang Vogel den Ausreisewilligen in der Vertretung die Entscheidung seiner Regierung mit. Die bei diesem Verfahren üblichen Kosten übernahm einmal mehr die Bundesregierung.

Nach dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des SED-Regimes nahm die Bedeutung der StäV von Tag zu Tag ab. „Sie war nicht etwa wichtiger Austragungsort deutschlandpolitischer Entscheidungen, sondern sie wurde schlicht nicht mehr gefragt“, schreibt Jaqueline Boysen in ihrem Buch. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) nahm das Heft selbst in die Hand und führte Telefongespräche mit der SED-Spitze. Auch die war nicht mehr auf die Vermittler der StäV angewiesen, sondern bevorzugte den direkten Zugang nach Bonn.

An der Bedeutung der Arbeit, die die bundesdeutsche Außenstelle als Ort der Begegnung zwischen den Deutschen Ost und West geleistet hatte, änderte das nichts. Die Empfänge der großzügigen Gastgeber waren legendär. Das Gartenhaus wurde zum Begegnungsort, an dem man ungezwungen seine Meinung austauschen konnte. Bürgerrechtler, bekannte Künstler und Schriftsteller der DDR trafen auf wissbegierige West-Kollegen. Protokollbewusste Vertreter der DDR-Regierung blieben selten lange, angereiste Bundespolitiker und das Gros der Gäste umso länger. Lesungen, Konzerte und Kunstausstellungen lockten Heerscharen interessierter DDR-Bürger. Und auch im Privatleben der Vertretungs-Mitarbeiter entwickelten sich Freundschaften, die zum besseren Verständnis zwischen Deutschland Ost und West beitrugen.

Anfang Oktober 1990 luden Franz Bertele, seit Januar 1989 letzter der vier StäV-Chefs, und seine Frau unter dem Motto „Die deutsche Einheit kommt – die Ständige Vertretung geht“ zum Empfang. Zum letzten Mal traf sich eine deutsch-deutsche Gesellschaft, die – wie die Autorin Boysen schreibt – seit mehr als 16 Jahren versucht hatte, „politische Klippen zu umschiffen und die Sprachlosigkeit zwischen den Lagern zu überwinden“.

Für eine abschließende, symbolträchtige Inszenierung plante Bertele, das Amtsschild der Vertretung öffentlich abzuschrauben. Doch eines Morgens war die Plakette mit dem Hoheitszeichen verschwunden – gestohlen offenbar von einem Souvenirjäger. Auf eigene Kosten ließ Bertele einen Ersatz anfertigen. Am 2. Oktober 1990 zelebrierte er mit einen Schraubenzieher vor Publikum und Kameras den symbolträchtigen Akt. Wie die Deutsche Demokratische Republik hörte auch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik „bei der DDR“ auf zu existieren. *Peter Pragal*

© picture-alliance/dpa/Andreas Altwein

Franz Bertele, letzter StäV-Chef, schraubt 1990 unmittelbar vor der deutschen Einheit das Bonner Hoheitszeichen ab.

Der Autor berichtete von 1974 bis 1979 als West-Korrespondent für die „Süddeutsche Zeitung“ und von 1984 bis 1991 für den „Stern“ aus Ost-Berlin.

Hochlauf der Vermerke

ATOM Mit Abschaltung der letzten Kernkraftwerke endete eine Energieepoche. Jetzt folgt die Aufarbeitung

Das war das Atom-Ende: Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) schaltet symbolisch das AKW Emsland ab. Jetzt wird untersucht. © picture-alliance/Klemmer

Eigentlich schien das Kapitel Atomenergie in Deutschland abgeschlossen zu sein. Das änderte sich schlagartig am 25. April 2024, als das Magazin „Cicero“ mit einer Story unter der Überschrift „Wie die Grünen beim Atomausstieg getäuscht haben“ aufwartete. Ein Journalist des Magazins hatte vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von Minister Robert Habeck (Grüne) auf Herausgabe von Akten über die Umstände des Atomausstiegs geklagt. Der Journalist gewann das Verfahren und löste mit seiner Story über die Ministeriums-Vermerke ein politisches Beben in Berlin aus.

»Grüne Parteipolitik« Für den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt steht inzwischen fest, dass die Bundesregierung „in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entscheiden hat“. In einem Brief der beiden Politiker an die Mitglieder der Unionsfraktion heißt es weiter: „Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene des Ministeriums wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Offenkundig gibt es ein grünes System, dass Parteiideologie über die Interessen des Landes stellt.“ Geklärt werden müsse jetzt, inwieweit die trotz des Ukraine-Krieges und des Energiepreisanstiegs erfolgte Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke „in Kenntnis oder Unkenntnis oder auf Weisung oder Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat“.

Die Klärung soll ein Untersuchungsausschuss des Bundestages übernehmen, den die CDU/CSU beantragt hat. Der Antrag (20/11731) wurde am Freitag vom Bundestag an den Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Der Untersuchungszeitraum soll am 24. Februar 2022 (Beginn des Ukraine-Krieges) beginnen und mit dem Beschluss des Bundestages über die Einsetzung des Ausschusses enden.

Wie die CDU/CSU-Fraktion schreibt, sollten die drei letzten in Deutschland betriebenen Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland zum 31. Dezember 2022 den Leistungsbetrieb beenden. Wirtschaftsminister Habeck habe am 27. Februar 2022 eine ergebnisoffene Prüfung zu einem möglichen Weiterbetrieb zugesagt und am 1. März 2022 eine Prüfung angekündigt, bei der es „keine Tabus“ geben werde. Verwiesen wird von der Unionsfraktion auf einen Vermerk der Fachebene des Bundesumweltministeriums (BMUV) vom 1. März 2022, in dem aufgezeigt werde, unter welchen Voraussetzungen ein kurzzeitiger oder ein langzeitiger Weiterbetrieb möglich und mit der nuklearen Sicherheit verträglich wäre.

In einem Vermerk vom 3. März 2022 sei der Leiter der Abteilung Nukleare Sicherheit und Strahlenschutz im BMUV jedoch zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen und habe eine Laufzeitverlängerung als sicherheitstechnisch nicht vertretbar bezeichnet. In einem gemeinsamen „Prüfvermerk“ von Wirtschafts- und Umweltministerium vom 7. März 2022 sei der Weiterbetrieb aus Gründen der nuklearen Sicherheit abgelehnt worden. Schließlich habe Bundeskanzler Olaf Scholz Mitte Oktober 2022 per Richtlinienkompetenz den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum 15. April 2023 durchgesetzt. Verwiesen wird auf eine Äußerung von Habeck vom 26.April 2024 vor Abgeordneten, er habe den Vermerk vom 3. März 2022 erstmalig am 25. April 2024 gesehen.

In der Debatte sagte Patrick Schnieder (CDU), bis heute gebe es keine zufriedenstellenden Antworten auf die gestellten Fragen. Deshalb müsse die Union „mit dem schärfsten Schwert der Opposition“ und mit den Mitteln der Strafprozessordnung in einem Untersuchungsausschuss Aufklärung betreiben. „Unsere Anträge halten sich an Recht und Gesetz. Tun Sie es auch“, appellierte Schnieder vor dem Hintergrund, dass die Koalition die Einsetzung des CumEx-Untersuchungsausschusses abgelehnt hatte, obwohl die Union das notwendige Quorum erreicht hatte.

Nina Scheer (SPD) sagte, es sei wichtig, dass das scharfe Schwert dort eingesetzt werde, wo Missstände zu vermuten seien. Hier hatte Scheer aber in der Sache Zweifel, ob die Union ihren Antrag gut begründet habe. Sie wies darauf hin, dass die Atomkraftwerke mit den vorhandenen Brennelementen nur noch für begrenzte Zeit nutzbar gewesen wären und dass keine rechtzeitige Beschaffung von neuen Brennelementen möglich gewesen wäre. Eine Weiternutzung wäre überhaupt nicht möglich gewesen.

Rainer Kraft (AfD) erklärte, die Koalition habe mit der Atomkraft einen der größten energiepolitischen Schätze Deutschlands vernichtet, weil sie ihn habe vernichten wollen.

Irene Mihalic (Grüne) reagierte mit Spott auf die Vorwürfe . Die in der Presse dargestellten Vorgänge hätten ergeben, dass die Grünen für den Atomausstieg seien. Aber „Atomkraft nein danke“ sei Teil der grünen DNA. Wer sich den Antrag der Union ansehe, müsse feststellen: „Die Suppe ist reichlich dünn. Der Antrag beziehe sich nur auf einen Zeitungsartikel.“

Stephan Thomae (FDP) warnte vor Vorverurteilungen. Die Koalition werde dem Untersuchungsausschuss zustimmen, wenn die inhaltlichen und formellen Voraussetzungen gegeben seien. Das werde jetzt im Geschäftsordnungsausschuss untersucht.

Dem Ausschuss sollen 14 Mitglieder angehören. SPD und die Union würden je vier Mitglieder stellen, Grüne und FDP je zwei Mitglieder. AfD und Linke hätten je ein Mitglied. *Hans-Jürgen Leersch*

> STICHWORT

Untersuchungsausschuss

> **Quorum** Auf Antrag von mindestens einem Viertel der Abgeordneten muss der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Die Unionsfraktion erreicht dieses Quorum allein.

> **Auftrag** Der Auftrag eines Untersuchungsausschusses ist es, mögliche Missstände in Regierung und Verwaltung und mögliches Fehlverhalten von Politikern zu prüfen.

> **Bericht** Zum Abschluss seiner Arbeit erstellt der Ausschuss einen Bericht, der im Bundestag debattiert wird.

Zukunft des Verbrenners

VERKEHR Union fordert Technologieoffenheit

CDU und CSU machen sich dafür stark, dass Neuwagen mit Verbrenner auch nach 2034 in der EU zugelassen werden können. Derzeit gilt: Ab 2035 erstmals zugelassene Autos in der EU dürfen kein CO2⊠ mehr ausstoßen. Ausnahmen für E-Fuels soll es geben. Nun hat die Unionsfraktion einen Antrag (20/11759) im Bundestag eingebracht, der vorsieht, die Zukunft des „klimafreundlichen“ Verbrennungsmotors in Deutschland langfristig zu sichern: Die Koalition solle dafür sorgen, dass der Verbrenner in Deutschland dauerhaft und ohne Enddatum gesichert werde, heißt es in dem Antrag, der am Donnerstag erstmals im Plenum beraten und anschließend an die Ausschüsse überwiesen wurde. Federführend ist der Verkehrsausschuss. Die Union spricht sich für die Anerkennung von E-Fuels und Biokraftstoffen und gegen einen automatischen Vorrang der Schiene gegenüber der Straße bei Investitionen aus.

Es gehe darum, „wie wir eine vernünftige Klimaschutzpolitik mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik verbinden“, sagte Christoph Ploß (CDU). Seine Fraktion stehe zu den Klimaschutzzielen - „aber herauszufinden, wie wir diese Ziele erreichen, ist nicht Aufgabe der Politik, sondern das sollte in einer sozialen Marktwirtschaft Sache von Verbrauchern und Unternehmen sein, sagte Ploß.

Es gebe gar kein Verbot des Verbrenners ab 2035 hielt Isabel Cademartori (SPD) ihm entgegen. Es gebe Flottengrenzwerte, die vorschrieben, dass ab 2035 nur noch Autos neu zugelassen werden dürfen, die null CO2 emittieren. „Die Millionen von Autos, die noch mit Verbrennungsmotoren fahren werden, die Gebrauchtwagen, werden natürlich auch nach 2035 auf dem Markt und unterwegs sein.“ Das betonte auch Stefan Gelbhaar (Grüne): Natürlich sei der Einsatz von Verbrennungsmotoren 2036 noch erlaubt. „Das heißt, sagte Gelbhaar: Wenn Sie einen Käfer finden, mit dem Sie dann noch herumfahren wollen, Herr Ploß, dann tun Sie es“.

Bernd Reuther (FDP) wiederum stellte sich hinter die Unionsforderung nach Technologieoffenheit: „Wir brauchen alle Optionen: egal ob Wasserstoff, ob batterieelektrisch oder E-Fuels“, sagte der FDP-Politiker.

Dirk Spaniel (AfD) prophezeite, mit dem Aus des Verbrennungsmotors werde die bezahlbare Mobilität für viele Menschen in Deutschland verschwinden. *mis*

Erste Bilanz

TIERSCHUTZ Beauftragte Kari stellt Tätigkeitsbericht vor

Die Tierschutzbeauftragte Ariane Désirée Kari hat am Mittwoch im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ihren ersten Tätigkeitsbericht vorgestellt. Sie nannte drei Themenfelder, die das erste Amtsjahr geprägt hätten und mit denen die Verbesserung des Tierschutzes erreicht werden soll. Zum einen sei die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt worden, um die Menschen für das Thema Tierschutz stärker zu sensibilisieren und um über Missstände bei der Tierhaltung aufzuklären. Vielfach fehle es am Wissen, wie Tiere gehalten werden, vor allem auch im Bereich der Haustierhaltung. Ein Fokus habe dabei auf Aufklärungskampagnen in Sozialen Medien zum Thema Qualzucht gelegen. Zudem habe man Gesetzgebungsverfahren beraten, vor allem über die Novelle des Tierschutzgesetzes. Als dritten Bereich nannte sie die Stärkung der Zusammenarbeit von Veterinären und Juristen. Ihre Erfahrungen im Tierschutzvollzug hätten gezeigt, dass auf dem Gebiet eine engere Verflechtung sinnvoll sei. Das gelte sowohl für die landwirtschaftliche Tierhaltung als auch für die Versuchstierhaltung und den Heimtierbereich. Erstmals habe im Frühjahr eine Tagung mit Teilnehmern aus beiden Berufsgruppen stattgefunden.

Die Abgeordneten der Unionsfraktion kritisierten den Umstand, dass die Tierschutzbeauftragte ihren Bericht mündlich vorstellte, die schriftliche Fassung jedoch erst in den nächsten Tagen verschickt werde. Zudem wurde bemängelt, dass Kari in den vergangenen Monaten zwar zahlreiche Gespräche mit den Verbänden geführt habe, die Kontaktaufnahme zu den Tierhaltern jedoch weniger intensiv verlaufen sei.

Die Koalitionsfraktionen lobten die Arbeit der Tierschutzbeauftragten, die Ergebnisse des ersten Jahres hätten bereits gezeigt, wie sinnvoll eine aktive Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft und mit den Bürgern sei. Die Vertreter der Gruppe Die Linke und die der AfD-Fraktion sprachen sich dafür aus, das Amt der Tierschutzbeauftragten stärker von der Bundesregierung zu emanzipieren. Aus diesem Grund solle darüber nachgedacht werden, ob die Berufung durch die Bundesregierung der richtige Weg sei oder ob das Amt nicht durch Wahlen besetzt werden könnte. *nki*

Natur weiter unter Druck

UMWELT Regierungsbericht zeigt bedenklichen Zustand

Trotz Fortschritten bei der Luftqualität oder der Reduzierung von Treibhausgasen seit den 1990er Jahren: Der Umweltbericht 2023 der Bundesregierung (20/11330), den der Bundestag am Mittwoch erstmalig debattiert und anschließend in die Ausschüsse überwiesen hat, zeigt, dass die Natur in Deutschland weiterhin stark unter Druck steht: Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Verschmutzung setzen den Ökosystemen zu und gefährden die Grundlagen des menschlichen Lebens, heißt es in dem Bericht. Wasser werde regional knapper. Wälder litten unter Trockenheit, Nitrateinträgen aus der Landwirtschaft belasteten Flüsse und Seen. Nur neun Prozent seien in einem ökologisch guten Zustand, so die Regierung.

Hoher Flächenverbrauch Handlungsbedarf bestehe auch bei der Verringerung von Flächenverbrauch und Einträgen von Mikroplastik und Schadstoffen in die Böden.

Der Klima- und Umweltschutz sei ein zentrales Anliegen der Bundesregierung, so Umwelt-Staatssekretär Jan-Niclas Gesenhues (Grüne) im Plenum. „Wir müssen die Natur als Schutzschild gegen Extremwetter fit machen“, sagte er mit Blick auf das Hochwasser in Süddeutschland. Dazu diene das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, mit dem Ökosysteme wie Flussauen renaturiert werden sollen, betonte auch Linda Heitmann (Grüne).

Björn Simon (CDU) monierte „klare Defizite in der politischen Umsetzung“: Wo bleibe die lange angekündigte Kreislaufwirtschaftsstrategie? Andreas Bleck (AfD) warf der Ampel vor, mit ihrer Klimapolitik die Umwelt zu zerstören. Und Ralph Lenkert (Linke) vermisste im Bericht das Problem sinkender Grundwasserpegel und austrocknender Flüsse.

Während Muhanad Al-Halak (FDP) auf frei zugängliche Hochwasserrisiko- und Gefahrenkarten abhob, mahnte Lina Seitzl (SPD), das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur als zentraler Bestandteil des Green Deals nicht zu vergessen. *sas*

Keine Chance mehr auf dem Wohnungsmarkt

BAU Rund 370.000 Menschen in Unterkünften untergebracht. Nationaler Aktionsplan soll die Wende bringen

Wohnungslosigkeit ist ein massives Problem in der Bundesrepublik. Rund 370.000 Menschen hatten Ende Januar 2023 keine Wohnung, sondern lebten in Unterkünften. Zu finden sind diese Zahlen in einer Antwort der Bundesregierung (20/11324) auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke.

Zahlen gestiegen Allein in Berlin lebten 39.375 Menschen in Unterkünften, weil sie keine Wohnung mehr hatten, in Nordrhein-Westfalen waren es 84.690. Die Zahlen sind massiv gestiegen. 2022 waren 178.000 Menschen registriert worden, die in Unterkünften lebten. Das Problem ist in Wahrheit noch viel größer, worauf die Bundesregierung in der Antwort hinweist: „Die Zahlen umfassen nicht die verdeckt wohnungslosen Menschen sowie die wohnungslosen Menschen ohne Unterkunft.“ Dazu gibt es nur Schätzungen, die von rund 87.000 Personen ausgehen.

Das Problem ist also lange bekannt, aber jetzt soll etwas geschehen. Bund, Länder, Kommunen und alle weiteren Beteiligten wollen gemeinsam daran arbeiten, dass jede wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Person bis 2030 ein passendes Wohnungsangebot erhält. Dies sieht der von der Bundesregierung als Unterrichtung (20/11200) vorgelegte Nationale Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit 2024 vor, der am Freitag erstmals im Bundestag beraten und an die Ausschüsse überwiesen wurde. In dem Aktionsplan heißt es, insbesondere im Segment für geringe Einkommen fehle es vielerorts an bezahlbarem Wohnraum. Eine wesentliche Voraussetzung bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit sei ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem und bedarfsgerecht ausgestattetem Wohnraum. Der Aktionsplan soll nach Angaben der Bundesregierung die bestehenden Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen sichtbar machen, an geeigneten Stellen ergänzen und den Wirkungsgrad der Wohnraumversorgung für wohnungs- und obdachlose Menschen erhöhen.

Zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit wird die Bundesregierung als gemeinsames Dach ein Nationales Forum gegen Wohnungslosigkeit einrichten. In dem Nationalen Forum werden Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände sowie interessierte Institutionen an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans arbeiten. Auf Bundesebene soll zudem beim Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Kompetenzstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit eingerichtet werden. Damit werde das Ziel verbunden, mittelfristig eine bundeseigene Institution gegen Wohnungslosigkeit zu etablieren. Der Lenkungskreis des Nationalen Forums Wohnungslosigkeit soll über Jahresprogramme beraten, die sich aus den Leitlinien des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit und den Beiträgen der beteiligten Akteure ergeben.

Zu den Ursachen der Wohnungslosigkeit heißt es, insbesondere in den angespannten Wohnungsmärkten in Metropolregionen seien wohnungs- und obdachlose Menschen noch stärkerer Konkurrenz zu anderen Interessenten für eine bezahlbare Wohnung ausgesetzt. Hinzu komme die aktuell schwierige Lage beim Wohnungsneubau infolge des Fachkräftemangels, wegen Preissteigerungen und wegen der sich daraus ergebenden hohen Finanzierungskosten. *hle*

Anträge zur Rüstung

EXPORTE AfD will weniger Beschränkungen

Drei Anträge der AfD-Fraktion zur Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung hat der Bundestag am Freitag nach Redaktionsschluss erstmals debattiert. Die Papiere sollten anschließend zur weiteren Beratung in den federführenden Wirtschaftsausschuss überwiesen werden.

In den Anträgen fordert die AfD eine stärkere Beteiligung von deutschen Rüstungsunternehmen bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen des erhöhten Verteidigungsetats (20/11754) sowie eine bessere Planungssicherheit für die Erweiterung der Produktionskapazitäten der deutschen wehrtechnischen Industrie (20/11755). Im dritten Antrag werden berechenbarere Rüstungsexportkontrollen gefordert, indem künftig auf sämtliche Exportbeschränkungen für deutsche Zulieferungen und Unterstützungsleistungen in Produkten verzichtet werden soll (20/11753).

Bereits am Donnerstagabend überwies das Plenum einen Antrag der Gruppe BSW zu Exportstopp für Rüstungsgüter für Israel (20/10981) nach erster Debatte zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. In dem Antrag fordert die BSW „angesichts der schwerwiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch das israelische Militär ihre Genehmigungen für Rüstungsexporte an Israel zu widerrufen und ein Waffenembargo gegen Israel zu verhängen“.

Die Kriegführung der israelischen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im Gazastreifen stelle eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag. Dies sei „von Israels legitimem Recht auf Selbstverteidigung infolge des schrecklichen Massakers am 7. Oktober 2023“ nicht gedeckt. *emu/ahe*

Künftig sollen erst am dritten Werktag nach Einwurf 95 Prozent der Briefe zugestellt werden müssen. Am vierten Werktag sollen es 99 Prozent sein. Das legt das modernisierte Postrecht fest. © picture-alliance/SZ Photo/StephanRumpf

Verspätete Zustellung

POSTGESETZ Ampel modernisiert nach 26 Jahren Rechtsgrundlagen für Brief- und Paketdienste

In 26 Jahren kann sich vieles ändern – und das hat es auch. Die E-Mail hat den Brief abgelöst, das Smartphone die Telefonzelle und der Online-Shop den Einzelhandel; zumindest teilweise. Dass es deshalb Zeit wurde, den Brief- und Paketmarkt anders zu gestalten und zu regulieren, darin waren sich alle Fraktionen des Bundestages einig. Und so hat die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP das Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (20/10283) am Donnerstag abschließend beraten und verabschiedet.

Das Gesetz, kurz PostModG, soll die bislang gültige Fassung von 1998 an die heutigen Anforderungen anpassen und den sich ändernden Bedingungen auf dem Brief- und Paketmarkt Rechnung tragen. So sollen unter anderem eine flächendeckende Zustellung von Briefen an sechs Tagen die Woche gewährleistet werden. Die garantierten Zustellfristen für Briefe sollen dafür von drei auf fünf Tage angehoben werden. Auf dem Paketmarkt soll eine stärkere Überwachung von Subunternehmern durch die Bundesnetzagentur zu weniger Ausbeutung und mehr Wettbewerb führen.

> »Es ist ein Gesetz mit ganz viel Kontrolle und Bürokratie.«
> *Hansjörg Durz (CDU)*

Die Modernisierung des Postgesetzes garantiere eine weiterhin flächendeckende Grundversorgung mit Brief- und Paketzustellung zu Preisen, die unter dem EU-Durchschnitt liegen, sagte Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) bei der abschließenden Beratung im Plenum. Es gehe bei der Modernisierung aber auch darum, den Wettbewerb, insbesondere auf dem Paketmarkt, zu stärken. Die Branche sei in den vergangenen Jahren immer größer geworden, mittlerweile herrschten dort „unreguliert verheerende Bedingungen", sagte Audretsch.

„Das teilweise herrschende System von Ausbeutung, Schwarzarbeit und Kriminalität werden wir beenden", kündigte er an. Unternehmen, die künftig Pakete ausliefern wollen, müssten sich bei der Bundesnetzagentur registrieren und der Prüfung standhalten, ob sie den Anforderungen bei Arbeitsschutz und Mindestlohn gerecht werden. „Wer auf diesem Markt glaubt, mit Ausbeutung Geschäfte machen zu können, dem schieben wir einen Riegel vor", schloss der Abgeordnete seine Rede. Für die Bundesregierung sagte seine Parteikollegin Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, mit dem Gesetz werde man die Arbeitsbedingungen für hunderttausende Beschäftigte verbessern.

Mehr Gesundheitsschutz Dem stimmte auch der Sozialdemokrat Sebastian Roloff zu. Besonders auf dem Paketmarkt sei es „gut und richtig, dass wir da jetzt regulieren können", sagte Roloff. Auch was den Gesundheitsschutz der Beschäftigten angehe, weshalb es künftig eine Kennzeichnungspflicht für Pakete ab zehn Kilogramm Gewicht und eine verpflichtende Zwei-Personen-Zustellung ab 20 Kilogramm geben soll, „wenn kein geeignetes technisches Hilfsmittel zur Verfügung steht". Wie genau dieses Gerät zu definieren sei, werde demnächst per Verordnung geregelt, kündigte Roloff an.

Zwar habe der Prozess zur Erarbeitung des Gesetzes knapp zwei Jahre gedauert, sagte Reinhard Houben (FDP), doch die Meinungsverschiedenheiten unter den Koalitionären seien nie in Streit ausgeartet. „Das zeigt: Die Ampel kann zusammenarbeiten und geräuschlos vernünftige Politik machen."

Für die Unionsfraktion ist das neue Postgesetz ist ein „Bürokratieaufbaugesetz", wie es der CDU-Abgeordnete Hansjörg Durz formulierte. Er sah im PostModG „viele neue Regelungen", die in der langen Beratungszeit hinzugekommen seien. Zwar stimme seine Fraktion weitgehend mit den Zielen der Modernisierung überein. Aber dafür brauche es auch mehr Wettbewerb und dieser werde durch das Mehr an Regulierung behindert statt gefördert.

Der AfD-Abgeordnete Bernd Schattner sah in der verlängerten Zustellzeit für Briefe eine „signifikante Verschlechterung, die weitreichende Auswirkungen haben wird".

Die Regierung habe bei der Erarbeitung des Gesetzes zudem die soziale Komponente außer Acht gelassen: Die Verlängerung der Zustellzeit werde die Teilhabe von älteren Menschen weiter erschweren, denn diese könnten oft nicht auf digitale Kommunikation als Alternative zugreifen.

Nach der Debatte wurde das Gesetz in der geänderten Ausschussfassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP angenommen; dagegen stimmten die Fraktionen von Union und AfD, die Gruppen Die Linke und BSW enthielten sich. Die Entschließungsanträge von AfD-und Linke wurden jeweils mehrheitlich abgelehnt. Ein Antrag (20/9733) der CDU/CSU-Fraktion zum Thema wurde ebenfalls abgelehnt. *Elena Müller*

> STICHWORT

Einige Änderungen im Postgesetz

> **Briefzustellung** Weiterhin sollen Briefsendungen an sechs Tagen in der Woche zugestellt werden. Künftig sollen erst am dritten Werktag nach Einwurf 95 Prozent der Briefe zugestellt werden müssen. Am vierten Werktag sollen es 99 Prozent sein.

> **Paketzustellungen** Um die Gesundheit der Zustellerinnen und Zusteller zu schützen, ist bei Paketen ab 20 Kilogramm Gewicht künftig eine Zwei-Mann-Zustellung Pflicht.

> **Klimaschutz** Nachtflüge werden gestrichen, zudem gibt es ein freiwilliges Label für nachhaltige Postdienstleister.

© picture-alliance/imageBROKER/T. Krüger

Kein Recht auf schnelles Netz

INTERNETVERSORGUNG Die Union hält die Mindestversorgung mit Internet inzwischen für zu gering: Die Lebenswirklichkeit zeige, dass diese gerade für Familien auf dem Land nicht ausreiche, hieß es am Donnerstagabend in einer Debatte zu einer Antwort der Bundesregierung (20/11415) auf eine Große Anfrage der Fraktion (20/10683). Darin hatten sich die Abgeordneten nach der Umsetzung der Telekommunikations-Mindestversorgungsverordnung (TKMV), die seit Juni 2022 gilt, und dem sogenannten Recht auf schnelles Internet erkundigt. Im Digitalausschuss hatte die Bundesnetzagentur (BNetzA) Anfang Juni berichtet, sie plädiere dafür, die Downloadgeschwindigkeit von 10 auf 15 Megabit pro Sekunde und die Uploadgeschwindigkeit von 1,7 auf 5 Mbit/s anzuheben. „Das ist unterambitioniert und eindeutig zu wenig", monierte Hansjörg Durz (CSU).

Vertreter der Ampelfraktionen entgegneten, es gehe um eine Mindestversorgung und nicht um ein Recht auf schnelles Netz; die Verordnung werde konsequent weiterentwickelt. Zudem sei es die Union gewesen, die den Netzausbau 16 Jahre lang vernachlässigt habe, sagte unter anderem Digitalpolitikerin Carolin Wagner (SPD).

Zwischen Juni 2022 und Ende Februar 2024 sind laut der Regierungsantwort 5.581 Meldungen eingegangen. Die BNetzA habe bei einem Großteil der Fälle keine Unterversorgung feststellen können. In 29 Fällen sei eine Unterversorgung festgestellt worden, die meisten davon in Bayern (16), gefolgt von Niedersachsen mit elf Feststellungen und Nordrhein-Westfalen und Hamburg mit jeweils einem Fall. *lbr*

Statistik wird schneller

BAU Mit neuen und in kürzeren Abständen erhobenen Daten soll es in Zukunft bessere und vor allem schnellere Informationen über das Baugeschehen geben. Der Bundestag wollte am Freitag nach Redaktionsschluss eine entsprechende Gesetzesänderung auf den Weg bringen. Für den vom Bauausschuss zuvor in einigen Punkten geänderten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hochbaustatistikgesetzes (20/11315, 20/11789, 20/11791) stimmten im Ausschuss die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP. Union und AfD-stimmten dagegen, Die Linke enthielt sich.

In dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf ist vorgesehen, die Baufertigstellungsstatistik zukünftig monatlich zu erheben. Neu eingeführt werden soll eine monatliche Statistik über den Beginn von Baumaßnahmen. Nach Feststellungen der Regierung besteht ein Bedarf nach unterjährigen Statistiken zu Baubeginnen und Baufertigstellungen, um kurzfristige Entwicklungen der Bautätigkeit zeitnah nachzuvollziehen und darauf reagieren zu können.

Durch die Erhebungen der Statistik der Bautätigkeit würden unentbehrliche Informationen für Politik, Stadtplanung, Wirtschaft, Wissenschaft und Klimaschutz bereitgestellt. Die Ergebnisse fänden in der Politik und in der Bauwirtschaft Anwendung, schreibt die Bundesregierung weiter. Die konjunkturelle Entwicklung im Immobilienmarkt werde durch die Statistik der Baubeginne zuverlässiger abgebildet als durch Baugenehmigungen, da erteilte Baugenehmigungen teilweise nicht ausgeführt würden. *hle*

Deutsches Lieferkettengesetz bleibt

WELTHANDEL Union scheitert mit Antrag auf Abschaffung der nationalen Regulierung zu globalen Lieferanten

Die Kritik der Wirtschaft am Lieferkettensorgfaltsgesetz (LkSG) ist vernichtend. Es sei „viel zu bürokratisch" und „die eingeforderte Volldokumentation ist absolut überzogen", beschwerte sich Siegfried Russwurm, Präsident des Bundes der Deutschen Industrie (BDI), bereits im vergangenen Jahr. Nicht weniger hart fiel die BDI-Reaktion vor wenigen Wochen aus, als auch auf europäischer Ebene ein solches Gesetz beschlossen wurde. Über einen „weiteren Rückschlag für Europas Wettbewerbsfähigkeit" wurde geklagt. Sowohl die bereits geltende deutsche als auch die beschlossene EU-Regelung verpflichten Unternehmen auf Sozial- und Umweltstandards im globalen Handel.

Der Kritik der Unternehmensverbände daran hat sich die CDU/CSU-Fraktion angeschlossen und ein Lieferkettensorgfaltspflichtenaufhebungsgesetz formuliert (20/11752). Es ergebe keinen Sinn, dass Unternehmen jetzt die nationalen Regelungen umsetzen sollen und sich zugleich auf die Bestimmungen der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten, argumentiert sie.

Bei der Debatte im Bundestag zum Gesetzentwurf der Unionsfraktion bezogen sich deren Redner auf Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), der sich ebenfalls für eine Aussetzung der deutschen Regelung ausgesprochen habe. Der Gesetzentwurf zur LkSG-Abschaffung biete die Gelegenheit zu einer zeitnahen Umsetzung des Vizekanzler-Vorschlags, sagte Hermann Gröhe (CDU). „Taten sind gefragt", so Gröhe.

Dass Habeck sich so geäußert hat, bestritt der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn. Es sei Habeck lediglich um einen guten Übergang von der deutschen zur EU-Regelung gegangen. Zum Vorstoß der Union sagte er: „Diese Rolle rückwärts machen wir nicht mit."

Bernd Rützel (SPD) erinnerte an den früheren Entwicklungsminister Gerd Müller von der CSU, in dessen Amtszeit das deutsche Gesetz beschlossen worden war. Er hoffe, dass dieser nicht zuschaue. „Ich glaube, der würde aus ihrer Partei austreten und würde heute noch in die SPD eintreten." Rützel verwies unter anderem auf Kinderarbeit in Entwicklungsländern, gegen die sich die bestehenden Regelungen richteten.

Für globale Lieferketten sollen Sozial- und Umweltstandards gelten © picture-alliance/dpa

Gerrit Huy (AfD) forderte, nicht nur das deutsche Lieferkettengesetz abzuschaffen, sondern auch die EU-Richtlinie. „Unsere Firmen werden aus dem Markt hinausreguliert", warnte sie.

Carl-Julius Cronenberg (FDP) verlangte mehr Freihandel und Investitionen. „Mehr Regulierung von Lieferketten ist nur hinnehmbar, wenn nachweislich Menschenrechte gestärkt werden", sagte er.

Susanne Ferschl (Die Linke) kritisierte: „Beim Einschränken von Arbeitnehmerrechten ist die Union vorne dabei." Der „Kniefall" Habecks und der Union vor der Wirtschaft sei „ein Tiefpunkt".

Klaus Ernst (BSW) sagte in Richtung der CDU/CSU-Fraktion: „Sie waren mit dem Gesetz niemals einverstanden. Jetzt wollt ihr die Chance nutzen, es zu kappen. Und das ist unredlich. Es zeigt, dass Sie null Empathie für die Menschen haben." Zwar könne man über einzelne Regelungen in dem Gesetz reden, aber nicht das gesamte Gesetz abschaffen.

Der Entwurf wird nun in den Ausschüssen beraten. Den sofortigen Eintritt in die zweite Beratung des Entwurfes, den die Union gefordert hatte, lehnte der Bundestag mit großer Mehrheit in namentlicher Abstimmung ab. *Stephan Balling*

Anzeige

Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2025

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2025 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 8. Juli 2024
Teilnahmebedingungen unter
http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630

AUFGEKEHRT

Post von Boris zum Geburtstag

Einen Brief zum 18. Geburtstag vom beliebtesten Bundesminister? Schon bald sollen Deutschlands Jugendliche (m/w/d) bei Erreichen der Volljährigkeit Post von Boris Pistorius bekommen. Und er wird sie freundlich aber bestimmt unter Verweis auf das Grundgesetz und mindestens ein Dutzend Bundesgesetze und Verordnungen fragen, ob der eine oder die andere ganz zufällig gerade nichts besseres zu tun weiß und für sechs Monate – gerne auch länger – zur Bundeswehr kommen möchte. Antworten müssen auf diese Anfrage von Vater Staat alle Landeskinder (m), ansonsten droht ein Bußgeld. Süß und ehrenvoll ist es, an das Vaterland zu zahlen. Landeskinder (w/d) hingen steht es frei, zu dienen – Gleichstellungspolitik im 21. Jahrhundert.

Auf dem Postweg soll nun also geschafft werden, was mobile Infotrucks, Karrierecenter, Youtube-Videos und TikTok-Clips, Plakatierungen und Appelle nicht vermochten: Mehr Soldaten für die vom Personalmangel gebeutelte Truppe rekrutieren. Die Zeit drängt, schließlich befürchtet Pistorius, dass Russland ab 2029 ein Nato-Land angreifen könnte. Sollte die Bundeswehr allerdings für die Beschaffung der benötigten rund 400.000 Briefbögen pro Jahrgang samt Kuverts ähnlich lange brauchen wie für die Beschaffung von Schießgerät, dann drohen die Kasernen, Fregatten und Flugzeuge endgültig zu verwaisen und zu vergreisen. Alte Männer sind ja für fast alles verantwortlich, was schief geht. Warum also nicht auch für die Verteidigung der Freiheit?

Da trifft es sich ganz prima, dass der Bundestag gerade das Postgesetz reformiert hat und der Post mehr Zeit für die Zustellung von Briefen einräumt. Dafür soll sie zuverlässiger werden. Kriegstüchtig nennt man das wohl. Herzlichen Glückwunsch. *Alexander Weinlein*

VOR 50 JAHREN...

Aus für den Camel-Mann

18.6.1974: Bundestag beschließt Tabak-Werbeverbot. Das hippelige HB-Männchen, der Marlboro-Cowboy, der Camel-Mann – für die Werbe-Ikonen der Tabakindustrie war am 18. Juni 1974 Schluss, zumindest in Rundfunk und Fernsehen: An diesem Tag beschloss der Bundestag eine umfassende Reform des

© picture alliance / SZ Photo | Alessandra Schellnegger

Seit 2022 auch auf Plakaten verboten: Werbung für Zigaretten und Tabak.

Lebensmittelrechts, dass Verbraucher vor Täuschungen und gesundheitlichen Schäden schützen sollte. Dazu gehörte das teilweise Werbeverbot für Zigaretten & Co.

Auch wenn das Votum für den Entwurf einstimmig ausfiel, gab es nicht nur in der Tabakindustrie Widerstand. Der CDU-Abgeordnete Hugo Hammans betonte etwa, dass Werbung „in der Marktwirtschaft als Notwendigkeit zu verstehen" sei. Werbung mache „den Markt für den Verbraucher transparent", indem man sie einschränkt, „wird man keinen Jugendlichen vom Rauchen abhalten", so Hammans. Und überhaupt sei er der „Meinung, dass gute Beispiele viel mehr bewirken, als gemeinhin angenommen wird". Daher forderte Hammans Gesundheitspolitiker, Kabinettsmitglieder und den rauchenden Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) auf, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Katharina Focke (SPD) war da schon einen Schritt weiter. Die Ministerin für Familie, Jugend und Gesundheit war selbst Kettenraucherin, hatte sich die Zigaretten jedoch mit Amtsübernahme extra abgewöhnt. „Bei widerstreitenden Interessen muss dem Schutz der Gesundheit Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen eingeräumt werden", erklärte sie im Bundestag und betonte: „Rauchen ist immer gesundheitsschädlich". Mit Aufklärungskampagnen kündigte sie an, über die Gefahren des Rauchens aufklären zu wollen. Kanzler Schmidt blieb dennoch bis zu seinem Lebensende Raucher. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG POLITISCHE GEFANGENE IN BELARUS

Mindestens 1.400 politische Gefangene sitzen in Belarus in Haft. Einer von ihnen ist der Menschenrechtsaktivist und Friedensnobelpreisträger Ales Bialiatski. Im Bundestag zeigt eine Ausstellung seinen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte. © Deutscher Bundestag/Arndt Oehmichen

»Europa hört nicht hinter Warschau auf«

Als Ales Bialiatski im Dezember 2022 den Friedensnobelpreis für sein herausragendes und unerschütterliches Engagement für Menschenrechte erhalten soll, kann er den Preis nicht annehmen. Zu diesem Zeitpunkt sitzt er bereits seit anderthalb Jahren in einem Gefängnis in Belarus. Der Vorwurf gegen ihn lautet Steuerhinterziehung. Das Urteil: zehn Jahre Haft. Doch die Anklage wird als Vorwand gesehen:

Denn Bialiatski ist seit Mitte der 1980er Jahre eine zentrale Figur der belarussischen Demokratiebewegung. Immer wieder hat der Menschenrechtsaktivist gegen gefälschte Präsidentschaftswahlen protestiert und den seit 1996 ununterbrochen amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko öffentlich kritisiert. Bialiatskis Einsatz für ein demokratisches Belarus führte schließlich zur Gründung des Menschenrechtszentrums „Viasna", was auf Deutsch „Frühling" bedeutet.

Nun widmet der Bundestag Bialiatski eine Ausstellung. Unter dem Titel „I am not afraid, let them be afraid!" (auf Deutsch: „Ich habe keine Angst, lass sie Angst haben") dokumentiert die Schau den komplexen und kontinuierlichen Kampf des Aktivisten und beleuchtet sowohl sein Leben als auch seine unermüdlichen Bemühungen, die Zivilgesellschaft in Belarus zu stärken. Doch die Ausstellung ist nicht nur die Würdigung eines mutigen Mannes. Sie ist auch ein Appell an die internationale Gemeinschaft, den Kampf für die Menschenrechte nicht zu vernachlässigen.

Neben Bialiatski sitzen nach Schätzungen des Menschenrechtszentrums Viasna mindestens 1.400 weitere politische Aktivistinnen und Aktivisten in Belarus in Haft. Viele von ihnen wurden im Zuge von Massenprotesten nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl im August 2020 festgenommen, gedemütigt und gefoltert. Die Demonstrierenden warfen Präsident Lukaschenko Wahlfälschung vor. Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat seit 1995 keine einzige Wahl in Belarus als frei und fair eingestuft.

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt verurteilte in ihrer Rede zur Ausstellungseröffnung die „menschenverachtende Politik des belarussischen Lukaschenko-Regimes" und forderte die bedingungslose und unverzügliche Freilassung der politischen Gefangenen. „Lieber Ales, wir vergessen dich nicht", sagte sie in ihrer Rede und appellierte an die anwesenden Gäste und Abgeordneten, Patenschaften für belarussische Gefangene zu übernehmen. Das sei eine Möglichkeit den Aktivistinnen und Aktivisten zu zeigen: „Wir sind bei euch, wir stehen zu euch, wir bleiben bei euch".

Einer, der auch in Belarus in Gefangenschaft saß, ist der Anwalt und Menschenrechtsaktivist Leanid Sudalenka, ein langjähriger Weggefährte Bialiatskis. Bei der Ausstellungseröffnung berichtete er von seinen Erfahrungen und den unmenschlichen Bedingungen in Haft. So habe es im Gefängnis in Belarus keine Gesundheitsversorgung und keinen Kontakt zur Außenwelt gegeben. Nicht einmal Decken oder eine Matratze hätten die Inhaftierten in ihren Zellen bekommen. Pakete von Familienmitgliedern seien nicht zugestellt worden. Seit seiner Freilassung im Juli vergangenen Jahres lebt Sudalenka im selbstgewählten Exil. Im Bundestag appellierte er an die Anwesenden, Belarus nicht zu vergessen und mahnte: „Europa hört nicht hinter Warschau auf". *Carolin Hasse*

Die Ausstellung wird vom 12. Juni bis zum 5. Juli 2024 in der Halle des Paul-Löbe-Hauses im Bundestag gezeigt. Sie kann montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr besucht werden. Eine vorherige Anmeldung ist notwendig unter: https://www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung

LESERPOST

Zur Ausgabe 24 vom 8.6.2024, „Neue Prioritäten" auf Seite 1:
Rechtzeitig vor der EU-Wahl lag das aktuelle „Parlament" im Briefkasten. Nur Thomas Gutschkers Beitrag „Neue Prioritäten" hätte mich dann fast noch vom Wahlgang abgehalten, insbesondere die Titel-Unterzeile: „Verteidigung und Sicherheit rücken ins Zentrum, der Green Deal soll nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit gehen". Nichts davon entspricht für mich einem weltoffenen, nachhaltigen, zukunftsfähigen und vital vernetzten Europa. Unbestritten stehen direkte Demokratie und insbesondere eine intensive Bürgerbeteiligung in einem Zielkonflikt zu Struktur und Historie der Union. Das erklärt auch arge Unsicherheiten der Wählerinnen und Wähler, wie sie sich in verlässlich wachsender Nutzung eines Wahl-O-Mat offenbaren. Vielleicht kann man die Ebene der Wähler*innen und den EU-Leitbildprozess künftig besser verzahnen, wenn man in gehörigem Abstand vor der Wahl eine repräsentative Befragung zum Entwurf der jeweils neuen strategischen Agenda durchführt. Und das Ergebnis ubiquitär veröffentlicht.

Karl Ulrich Voss, Burscheid

Zur Ausgabe 21 vom 18.5.2024, „Bestürzung nach Schüssen auf Robert Fico" auf Seite 1:
Ich verurteile jegliche Art von Gewalt, gegen wen die auch immer gerichtet ist!
Viele dieser Attacken richten sich speziell gegen Politiker und stehen somit noch mehr im Rampenlicht. Gott sei Dank sprach Kanzler Olaf Scholz (SPD) hier von einem „feigen Anschlag" auf den Ministerpräsident Robert Fico. Trotz alledem war auch dieses Attentat kein Anschlag auf die Demokratie, sondern ein hinterhältiger Anschlag auf einen Menschen.

Riggi Schwarz, Büchenbach

Zur Ausgabe 22-23 vom 25.5.2024, „Weil es um etwas geht" auf Seite 1:
Die Überschrift „Weil es um etwas geht" verharmlost total die Auswirkungen der Europawahl 2024. Es muss vielmehr richtigerweise heißen: „Weil es um viel geht"! Demokratie statt Autokratie und Rechtsdruck in Europa.

Herbert Kleiner, Argenbühl

SEITENBLICKE

PERSONALIA

>Ernst Ulrich von Weizsäcker
Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD
Am 25. Juni vollendet Ernst Ulrich von Weizsäcker sein 85. Lebensjahr. Der Naturwissenschaftler und Universitätsprofessor trat 1966 der SPD bei und gehörte zeitweise dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Von 2000 bis 2002 war er Vorsitzender der Bundestags-Enquetekommission „Globalisierung der Weltwirtschaft" und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Umweltausschusses. Weizsäcker, von 1975 bis 1980 Gründungspräsident der Universität Kassel amtierte von 1991 bis 2000 als Präsident des „Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie". Er ist Mitglied des Club of Rome und dessen Ehrenpräsident. Auch trat er als Autor zahlreicher Veröffentlichungen in Erscheinung.

>Gerd Wartenberg
Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD
Am 26. Juni begeht Gerd Wartenberg seinen 80. Geburtstag. Der Redakteur aus Berlin, SPD-Mitglied seit 1967, gehörte von 1975 bis 1980 dem Abgeordnetenhaus an. Im Bundestag wirkte er im Innenausschuss mit. Von 1996 bis 2002 war Wartenberg Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Berlin.

>Joachim Holz
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Am 27. Juni wird Joachim Holz 80 Jahre alt. Der Diplom-Agraringenieur aus Arendsee trat 1963 der Bauernpartei in der DDR bei und schloss sich 1990 der CDU an. Holz war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. *bmh*

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 26. – 28.06.2024

Bericht des Petitionsausschusses (Do) , Landwirtschaft entlasten (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.

PERSONALIA

>Klaus Töpfer †
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU
Am 8. Juni starb Klaus Töpfer im Alter von 85 Jahren. Der aus Waldenburg in Schlesien stammende promovierte Volkswirt, war CDU-Mitglied seit 1972 und von 1990 bis 1995 saarländischer Landesvorsitzender. Von 1989 bis 1998 gehörte Töpfer dem Bundesvorstand und von 1992 bis 1998 dem CDU-Parteipräsidium an. Töpfer war von 1978 bis 1985 Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt in Rheinland-Pfalz und von 1985 bis 1987 dort Minister für Umwelt und Gesundheit, bevor er in die in die Bundespolitik wechselte. Von 1987 bis 1994 amtierte er als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie von 1994 bis 1998 als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Mit seinem Namen sind die Gründung des Bundesamts für Strahlenschutz, eine neue Verpackungsverordnung, der „gelbe Sack", sowie das FCKW-Verbot verbunden. Von 1998 bis 2006 war Töpfer Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und galt weltweit als gefragter Experte für Umweltpolitik.
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte das Engagement Töpfers für den Umweltschutz: „Für ihn war Umweltschutz immer verbunden mit der weltweiten Bekämpfung der Armut; Umwelt- und Klimapolitik war für ihn auch Friedenspolitik", so Steinmeier in seinem Kondolenzschreiben. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte bei X, vormals Twitter, Töpfer habe Klimaschutz zu einem wichtigen Anliegen gemacht. „Wir sind dankbar für seine Weitsicht und seine starke Stimme", schrieb Scholz.

>Lothar Maier
Bundestagsabgeordneter 2017-2021, AfD
Am 19. Juni wird Lothar Maier 80 Jahre alt. Der Hochschullehrer aus Stuttgart trat 2014 der AfD bei und war von 2015 bis 2017 Co-Sprecher des Landesverbands Baden-Württemberg. Von 2014 bis 2018 gehörte er dem Gemeinderat Stuttgart an. Maier war Mitglied des Rechtsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses.

>Hansmartin Simpfendörfer
Bundestagsabgeordneter 1972-1980, SPD
Am 22. Juni begeht Hansmartin Simpfendörfer seinen 90. Geburtstag. Der Gymnasiallehrer aus Weikersheim/Main-Tauber-Kreis schloss sich 1963 der SPD an und war von 1968 bis 1972 Vorsitzender des Kreisverbands Mergentheim. Von 1972 bis 1984 gehörte er dem Kreistag Main-Tauber und von 1968 bis 1976 dem Stadtrat in Weikersheim an. Simpfendörfer engagierte sich im Haushaltsausschuss.

>Peter Gauweiler
Bundestagsabgeordneter 2002-2015, CSU
Peter Gauweiler wird am 22. Juni 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus München wurde 1968 CSU-Mitglied und amtierte von 2013 bis 2015 als stellvertretender Parteivorsitzender. Von 1972 bis 1982 gehörte er dem Stadtrat in München und von 1990 bis 2002 dem Bayerischen Landtag an. Von 1986 bis 1990 war er Staatssekretär im bayerischen Innenministerium und von 1990 bis 1994 Umweltminister. Gauweiler gehörte dem Kulturausschuss sowie dem Auswärtigen Ausschuss an. Von 2006 bis 2015 war er Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

>Hildebrecht Braun
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, FDP
Am 23. Juni begeht Hildebrecht Braun seinen 80. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus München, FDP-Mitglied seit 1964, gehörte von 1969 bis 1990 dem dortigen Vorstand und danach dem FDP-Landesvorstand an. Von 1988 bis 1994 war er Mitglied des Münchner Stadtrats. Braun, von 1994 bis 1998 wohnungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Raumordnung sowie im Verteidigungsausschuss mit.

>Max Kunz
Bundestagsabgeordneter 1972-1990, CSU
Max Kunz vollendet am 25. Juni sein 95. Lebensjahr. Der Diplom-Agraringenieur aus Weiden trat 1959 der CSU bei und war dort von 1978 bis 2002 Stadtrat. Kunz arbeitete im Bundestag im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit. Von 1975 bis 1990 war er Mitglied der Nordatlantischen Versammlung.

>Gerhard Neumann
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD
Gerhard Neumann wird am 25. Juni 85 Jahre alt. Der Logopäde aus Gotha war 1989 Gründungsmitglied der dortigen SPD und wurde 1992 stellvertretender Landesvorsitzender in Thüringen. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. Neumann engagierte sich anschließend im Bundestag im Verteidigungsausschuss. *bmh*

Informationen in Leichter Sprache Ausgabe Nr. 255 Beilage für: DasParlament

leicht erklärt!

Eine neue Arbeits-Gruppe

Bundes-Regierung wird kontrolliert

Worum geht es?

Im Bundes-Tag ging es diese Woche auch um diese Frage:

Soll es einen **U**ntersuchungs-**A**usschuss geben?
Die Abkürzung dafür ist UA.

Das ist das Thema:
Das Abschalten von **A**tom-**K**raft-**W**erken.
Die Abkürzung dafür ist AKW.

In diesem Text werden folgende Fragen beantwortet:

- Was ist ein UA?
- Was sind AKW?
- Warum gibt es Streit darüber?
- Wie geht es jetzt weiter?
- Welche Meinungen gibt es dazu?

Was ist ein UA?

In Deutschland gibt es den Bundes-Tag.

Das ist eine Gruppe von Politikern.

Sie werden gewählt.

Und zwar von den Wählern in Deutschland.

Ihre wichtigste Aufgabe ist:
Sie machen Gesetze.

Sie haben aber auch noch andere Aufgaben.

Zum Beispiel:

- Sie entscheiden, für was Geld in Deutschland ausgegeben wird.
- Sie wählen den Bundes-Kanzler.

Eine besonders wichtige Aufgabe vom Bundes-Tag ist auch:
Er überwacht die Arbeit von der Bundes-Regierung.

Die Bundes-Regierung sind die Politiker, die Deutschland leiten.

Ihr Chef ist Bundes-Kanzler Olaf Scholz.

Die Chefs für die einzelnen Aufgaben in der Bundes-Regierung nennt man Minister.

Zum Beispiel:
Umwelt-Ministerin.

Der Bundes-Tag passt auch auf, dass die Bundes-Regierung ihre Aufgaben ordentlich erledigt.

Der Bundes-Tag kann die Bundes-Regierung auf verschiedene Arten überwachen.

Eine Möglichkeit dafür ist ein UA.

Ein UA ist eine Arbeits-Gruppe.

In ihr arbeiten mehrere Politiker vom Bundes-Tag zusammen.

Ein UA wird in besonderen Situationen gegründet.

Zum Beispiel:
Viele Politiker im Bundes-Tag glauben:
Ein Minister hat einen schlimmen Fehler gemacht.

Das macht eine Arbeits-Gruppe im UA:

- Sie befragt Personen.
- Sie liest Briefe und Papiere durch.
- Sie schaut sich Beweise an.

Das ist das Ziel davon:
Die Politiker im UA wollen herausfinden, was genau passiert ist.

Zum Beispiel:
Hat der Minister wirklich einen schlimmen Fehler gemacht?

Lange Arbeit

Ein UA dauert oft sehr lange.

Manchmal auch mehrere Jahre lang.

In dieser Zeit treffen sich die Mitglieder immer wieder und besprechen ihr Thema.

Außerdem lesen sie in der Zeit die Briefe und Papiere.

Oder sie befragen die Zeugen.

So finden sie immer mehr Antworten auf die Fragen.

Weil das viel Arbeit ist, gibt es den UA nur bei besonderen Themen.

Und der Bundes-Tag muss entscheiden:
Wollen wir einen UA?

Nur wenn genug Politiker Ja sagen, gibt es auch einen UA.

Was sind AKW?

Es gibt unterschiedliche Arten, wie man Strom herstellen kann.

Zum Beispiel:

- Aus Wind
- Aus Sonnen-Licht
- Aus Kohle

Und es gibt besonderen Strom.

Er heißt so: Atom-Strom.

Es ist schwierig, Atom-Strom herzustellen.

Man braucht besondere Roh-Stoffe aus der Erde dafür.

Und man muss winzig kleine Teile davon noch kleiner machen.

Dabei entsteht sehr viel Energie.

Und daraus kann man Strom machen.

Die Kraft-Werke, in denen das passiert, nennt man AKW.

Warum werden AKW abgeschaltet?

Im Jahr 2011 hat der Bundes-Tag entschieden:
Wir wollen unsere AKW nicht mehr.

Das ist der Grund:
AKW können für den Menschen gefährlich sein.

Zum Beispiel dann:

- Ein AKW bekommt einen Riss.
- Ein AKW wird von jemandem kaputt gemacht.
- Ein AKW wird überschwemmt.

Wenn das passiert, dann können Teile von dem Roh-Stoff aus dem AKW raus kommen.

Und das ist gefährlich für Menschen.

Zum Beispiel:
Die Menschen bekommen davon die Krankheit Krebs.

Und es gibt noch ein Problem:
AKW machen Müll.

Dieser Müll kann viele 1000 Jahre lang Menschen krank machen.

Der Müll muss also weit weg von Menschen gebracht werden.

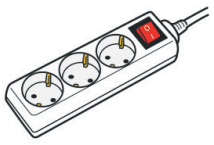
Niemand möchte diesen Atom-Müll in seiner Nähe haben.

Warum ist das Abschalten von AKW schwierig?

Man kann ein AKW nicht einfach abschalten.

Das ist der Grund:
Der besondere Roh-Stoff muss immer erst fertig benutzt werden.

Deshalb dauert das Abschalten viele Jahre lang.



Es muss gut vorbereitet werden.

Es gibt noch ein Problem:
Wenn man ein AKW abschaltet, gibt es weniger Strom.

Deutschland muss also dafür anderen Strom herstellen.

Zum Beispiel aus Sonne und Wind.

Deshalb können AKW nur abgeschaltet werden, wenn genug anderer Strom da ist.

Warum soll es dazu einen UA geben?

Manche Politiker sagen:
Die Bundes-Regierung hat einen schlimmen Fehler gemacht.

Das soll der Fehler sein:
Sie haben nicht auf Fach-Leute gehört.

Diese Politiker sagen auch:

Schuld sind die Umwelt-Ministerin und der Wirtschafts-Minister.

Der Name von der Umwelt-Ministerin ist Steffi Lemke.

Der Name vom Wirtschafts-Minister ist Robert Habeck.

Beide sind bei dieser Partei: die Grünen.

Eine Partei ist eine Gruppe von Politikern, die zusammen arbeiten.

Die Grünen wollen keine AKW.

Und das sagen die Politiker noch:
Der Bundes-Kanzler Olaf Scholz hat beim Fehler machen geholfen.

Robert Habeck hat zusammen mit Steffi Lemke entschieden:

Die letzten drei AKW werden abgeschaltet.

Aber ein Minister darf sowas nicht einfach so entscheiden.

Er muss zuhören, was Fach-Leute dazu sagen.

Das ist der Grund:
Ein Minister kann sich nicht mit allen Sachen gut auskennen.

Manche Fach-Leute haben gesagt:
Man sollte die AKW noch nicht abschalten.

Der Grund dafür war:
Wir haben noch nicht genug anderen Strom.

Das sagen die Politiker, die einen UA wollen:
Robert Habeck hat nicht auf die Fach-Leute gehört.

Es gab dazu viel Streit.

Dann hat Bundes-Kanzler Olaf Scholz entschieden:
Wir schalten die AKW ab.

Der UA soll nun herausfinden:
Durften die Politiker der Bundes-Regierung das so entscheiden?

Wie geht es jetzt weiter?

Der UA soll noch vor den Sommer-Ferien mit der Arbeit beginnen.

Diese Arbeits-Gruppe soll herausfinden:

- Was ist wirklich passiert?
- Durften die Politiker das entscheiden: Die AKW werden ausgeschaltet.

Am Ende schreiben die Mitglieder vom UA einen Bericht.

Das ist ein sehr langer Text.

Darin stehen alle Dinge, die die Mitglieder vom UA herausgefunden haben.

Den Bericht bekommen die Politiker vom Bundes-Tag.

Dann können sie entscheiden, was sie machen wollen.

Sie können die Mitglieder der Bundes-Regierung auch bestrafen.

Das kann zum Beispiel passieren:
Robert Habeck darf nicht mehr Wirtschafts-Minister sein.

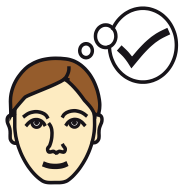
Der Bericht wird auch ins Internet gestellt.

Das heißt:
Jeder kann ihn dort lesen.

Dann berichten auch Zeitungen, was im Bericht drin steht.

Und jeder weiß dann:
Das hat der UA zu dem Thema herausgefunden.

Welche Meinungen gibt es dazu?



Robert Habeck und Steffi Lemke sagen:
Wir haben nichts falsch gemacht.

Aber sie sagen auch:
Ein UA ist nicht schlimm.

Sie sind sich sicher:
Der UA findet heraus, dass wir alles richtig gemacht haben.

Besonders wichtig ist der UA für die Partei CDU.

Der Chef von der Partei CDU heißt Friedrich Merz.

Er sagt:
Die Bundes-Regierung macht schlechte Arbeit.

Und ganz besonders Robert Habeck.

Und einige Politiker sagen:
Deutschland hat ohne AKW nicht genug Strom.

Das wollen sie:
AKW sollen wieder eingeschaltet werden.
Oder sie sollen neu gebaut werden.

Andere sagen aber:
Wir haben auch ohne AKW genug Strom.

Und viele sind froh, wenn es keine AKW mehr gibt.

Kurz zusammengefasst

Diese Woche hat der Bundes-Tag darüber gesprochen:
Soll es einen UA geben?

Darum ging es dabei:
Das Ausschalten von Atom-Kraftwerken.

Die Partei CDU sagt:
Die Bundes-Regierung hat einen schlimmen Fehler gemacht.

Und sie sagen:
Wirtschafts-Minister Robert Habeck macht seine Arbeit schlecht.

Die Kritik lautet:
Robert Habeck hat nicht auf Fach-Leute gehört.

Ob das stimmt, das soll nun der UA herausfinden.

Das ist eine Arbeits-Gruppe mit verschiedenen Politikern aus dem Bundes-Tag.

Sie versuchen herauszufinden:

- Was ist wirklich passiert?
- War das wirklich ein schlimmer Fehler?

Am Ende schreiben sie einen Bericht.

Diesen Bericht können alle lesen.

Auch Zeitungen berichten dann darüber.

Wenn es wirklich ein schlimmer Fehler war, kann das passieren:
Robert Habeck darf nicht mehr Wirtschafts-Minister sein.

Robert Habeck sagt dazu:
Ich habe alles richtig gemacht.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de
Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

antonius gemeinsam Mensch

Redaktion: Annika Klüh,
Daniel Krenzer, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / SvenSimon / Frank Hoermann/SVEN SIMON. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 27/2024
Die nächste Ausgabe erscheint am 29. Juni 2024.